

DIREKTE AKTION
anarchosyndikalistische Zeitung
H20318 · 33. Jahrgang
197 | Januar/Februar 2010 EUR 1,50

Verboten kämpferisch!

Im Konflikt mit der Neuen Babylon Berlin GmbH wird der FAU Berlin untersagt, sich „Gewerkschaft" oder „Basisgewerkschaft" zu nennen

Bereits in der letzten Ausgabe der *Direkten Aktion* berichteten wir über die dramatischen Entwicklungen im Konflikt zwischen Berliner SyndikalistInnen und dem Kino Babylon Mitte. Der Geschäftsleitung des Berliner Lichtspielhauses scheint die gerichtlich verfügte Aufhebung des Boykotts und die Intervention der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di jedoch keineswegs zu genügen. Nachdem die FAU Berlin und ihre Betriebsgruppe angekündigt hatten, ungeachtet aller neuerlichen Entwicklungen nicht zurückzuweichen und weiterhin im Betrieb präsent und aktiv zu bleiben, erwirkte die Geschäftsleitung des Kinos erneut eine Einstweilige Verfügung, die es der FAU Berlin nun bis auf weiteres untersagt, sich selbst Gewerkschaft oder Basisgewerkschaft zu nennen. Direkt davon betroffen sind erstmals auch die Berliner FAU-Mitglieder, die nicht im „Babylon" arbeiten.

High noon und danach

Nach der überraschenden Intervention ver.dis in dem Konflikt im September 2009, begannen die Dinge sich zu überschlagen. Während die Linkspartei, ihres Zeichens Regierungspartei im Berliner Senat, von ihrer Position der Nicht-Einmischung in den Tarifstreit dazu umgeschwenkt hatte, sich zu rühmen, ver.di hätte sich auf ihre Intervention hin des Konfliktes angenommen; bemühte sich ver.di-Verhandlungsführer Andreas Köhn nach der Bundestagswahl zurückzurudern und legitimierte die Intervention als Reaktion auf die Bitte eines unbekannten ver.di-Mitglieds im Betrieb – Köhn stritt jede Verbindung zur Linkspartei ab. Eins und eins macht drei, wird denn auch die Argumentationslinie all derer sein müssen, die diesen Vorgang als sauber darstellen wollen.

Dies gilt umso mehr, als dass die Einstweilige Verfügung gegen den Boykott der FAU Berlin – welch Zufall – genau in diesen Zeitraum fiel. Zuvor hatten sowohl die Herren Grossman und Hackel als auch nen ver.di und FAU Berlin zu gemeinsamen Verhandlungen aufgefordert. So kam dem Establishment eine erste Einstweilige Verfügung mehr als gelegen, die den Berliner Syndikalisten im Oktober Arbeitskampfmaßnahmen untersagte und die Tariffähigkeit der FAU Berlin in Zweifel zog – von nun an glaubte man in den Chef-Etagen, sich der lästigen FAU entledigen zu können. Und so wurden die Verhandlungen für den Haustarifvertrag, der dank der Aktivitäten der Belegschaft und der FAU Berlin unausweichlich geworden war, in trauter Zweisamkeit geführt. Die FAU Berlin distanzierte sich folglich von den Verhandlungen, deren Verlauf auch für die Belegschaft nicht transparent war.

Das Ergebnis fällt dementsprechend aus: Der Berliner Senat bewilligte zur „Befriedung" des Standortes – wie es aus Senatskreisen hieß – zusätzliche 30.000 Euro jährlich an Fördermitteln, zweckgebunden für Lohnerhöhungen im Kino. Und es gibt mittlerweile einen Haustarifvertrag zwischen ver.di und der Neuen Babylon Berlin GmbH.

ver.di die bittere Pille eines einstimmigen Beschlusses der Babylon-Belegschaft schlucken müssen: Damit hatten die KollegIn-

Dieser Haustarif ist zwar an den zwischen ver.di und Kinoverband HDF abgeschlossenen Flächentarif angelehnt, lehnt aber dank zahlreicher Sonderregelungen faktisch so schief, dass man geneigt ist, eher von Umfallen als von Anlehnen zu sprechen. All das aus „Rücksicht auf die besondere Situation des Traditionshauses", wie ver.di bereits in der ersten Pressemitteilung offiziell verlauten ließ.

Nun, dass die Situation eines mit mittlerweile 350.000 Euro pro Jahr öffentlich subventionierten Kinos eine besondere ist, steht außer Frage. Warum jedoch diese Fördermittel Grund dafür sind, nicht etwa mehr, sondern weniger als die nicht-geförderten Kinos zu zahlen, vermag indes weder ver.di noch die Geschäftsleitung des Babylon Mitte zu erklären. Als ob all diese Geschenke noch nicht genügen würden, enthält der Tarifvertrag sicherheitshalber noch die Zusatzbestimmung, dass er im Falle der Kürzung von Subventionen mit sofortiger Wirkung die Gültigkeit verliert. „Einem geschenkten Gaul, schaut man nicht ins Maul", hat man sich bei ver.di da wohl gedacht. Indes fällt nun dem Betriebsrat des Kinos die undankbare Aufgabe zu, dem Ross mittels Betriebsvereinbarungen das Gebiss zu richten.

Wer nun denkt, damit sei die Talsohle des Konfliktes bereits erreicht, der irrt.

Fortsetzung auf Seite 3

Berliner Provinzposse

Zur Aufklärung im Verwirrspiel um Gewerkschaften und die Tariffähigkeit

In der letzten *Direkten Aktion* hatten wir in einem kurzen Kommentar das Thema „Tariffähigkeit von Gewerkschaften" angerissen. Im Rahmen einer einstweiligen Verfügung war der FAU Berlin der Boykottaufruf gegen die Neue Babylon Berlin GmbH vorläufig untersagt worden, da es sich bei dem Arbeitskampf um „einen rechtswidrigen Eingriff in (den) eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb" handeln würde. Außerdem wurde die Tariffähigkeit der FAU Berlin in Frage gestellt. Anstatt aber das Verfahren bis zur Klärung dieses Sachverhaltes auszusetzen, wie es nach § 97 Abs. 5 ArbGG vorgeschrieben ist, nahm das Gericht einfach mal an, die FAU Berlin sei nicht tariffähig und begründet mit dieser Annahme das Urteil.

Am 11. Dezember 2009 bekam die FAU Berlin dann noch per einstweiliger Verfügung vom – gar nicht zuständigen – Landgericht Berlin, ein Präsent der besonderen Art: Im Wege der einstweiligen Verfügung, und zwar wegen „Dringlichkeit ohne mündliche Verhandlung", wurde angeordnet „es zu unterlassen, wörtlich und/oder sinngemäß zu behaupten und/oder zu verbreiten" bei der Freie Arbeiterinnen und Arbeiter Union Berlin (FAU) „handele es sich um eine Gewerkschaft bzw. Basisgewerkschaft". Zu dieser Verfügung gibt es vom Landgericht keine Begründung!

In dem Antrag der Neue Babylon Berlin GmbH für diese Verfügung finden sich allerdings einige interessante Anhaltspunkte: Art. 9 Abs. 3 GG würde nicht für die FAU Berlin bzw. deren Arbeitskampf gelten; die FAU Berlin bediene sich „des Deckmantels der Gewerkschaftstätigkeit"; und sie „nimmt mit der Behauptung, sie sei eine Gewerkschaft, eine Bedeutung und Seriosität in Anspruch, die ihr nicht zukommt."

Höchste Zeit also, den Begriff der „Gewerkschaft" einmal unter die Lupe zu nehmen. Im Gegensatz zu anderen Ländern gibt es in Deutschland kein Gesetzbuch, in dem das Arbeitsrecht niedergeschrieben ist. Bei uns gibt es nur ein Sammelsurium an Paragrafen in diversen Gesetzen, die zusammen „das Arbeitsrecht" bilden. Dort, wo es keine Gesetze gibt, entscheiden die Arbeitsgerichte, was „Recht" ist.

Was ist eigentlich eine Gewerkschaft?

Nach Wikipedia ist eine Gewerkschaft ein Interessenverband von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. In Deutschland ist die Rechtsgrundlage für Gewerkschaften die „Koalitionsfreiheit", die im Grundgesetz festgelegt ist.

Fortsetzung auf Seite 7

Aus dem Inhalt

www.direkteaktion.org

Direkte Aktion · Schwanthaler Str. 139 Rgb. 80339 München
Deutsche Post AG · PVSt · „Entgelt bezahlt" · VKZ H20318

Catwalk



Hartz IV: Überprüfungsanträge stellen!
Das Hessische Landessozialgericht hat im Oktober 2009 festgestellt, dass die aktuellen ALG II-Regelsätze nicht ausreichend und somit verfassungswidrig sind. Eine endgültige Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts steht noch aus. Trotzdem ist es für alle EmpfängerInnen von ALG II wichtig, schnellstmöglich Überprüfungsanträge zu stellen – für Nachzahlungen für das Jahr 2005 war der Stichtag der 31.12.2009. Die notwendigen Unterlagen und weitere Hinweise sind auf www.chefduzen.de (dort dem entsprechenden Link oben auf der Seite folgen) zu finden.

Leiharbeit: Gleichen Lohn einklagen!
Das Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg (LAG) hat im Dezember 2009 die CGZP in zweiter Instanz für nicht tariffähig erklärt (siehe Seite 3, Artikel *Christliche Tariffähigkeit*). Damit sind deren Dumpingtarifverträge in der Leiharbeit nicht rechtens. Falls das Urteil bestätigt wird, haben alle LeiharbeiterInnen, die unter CGZP-Tarifvertrag gearbeitet haben, rückwirkend zum 01.01.2007 Anspruch auf höhere Löhne. In diesem Zusammenhang werden das Büro Günter Wallraffs und chefduzen.de Sammelklagen führen. LeiharbeiterInnen können sich an die Kanzlei wenden: Prof. Dr. Rechtsanwalt Rüdiger Knaup, www.ra-knaup.de, Doktor-Ruer-Platz 6, 44787 Bochum, Telefon: 0234-60270-0

Kauf dich glücklich!
Das Münsteraner Druckkollektiv Fairdruckt weiß es schon lange besser als das Berliner Landgericht: Die FAU ist eine Gewerkschaft, und zwar seit 1977. Die fair gehandelten T-Shirts gibt es schon seit dem Frühjahr 2009, aber angesichts der juristischen Verblendung gibt es nun einen Grund mehr, sie zu tragen – und für Fairdruckt, das Motiv nachzudrucken!



Derzeit lieferbar in verschiedenen Schnitten und Größen zum Einzelpreis von 11 Euro zzgl. Porto. Als „Shirt 14" zu beziehen bei Syndikat A: www.syndikat-a.de

FAU-Ticker

Das Regionaltreffen Süd der FAU hat fünf neue Syndikate in Aschaffenburg, Darmstadt, Kassel, Saarbrücken und Stuttgart aufgenommen +++ Eine weitere neue Gruppe ist in Südwestsachsen entstanden und in Zwickau, Limbach-Oberfrohna und Schwarzenberg aktiv +++ Initiativen für FAU-Gruppen gibt es auch in Marburg und Konstanz, Aurich und Königs Wusterhausen +++ Die neu gewählte Regionalkoordination Süd in Neustadt/Weinstraße ist unter reko-sued@fau.org erreichbar +++ Die FAU Frankfurt/M bietet donnerstags von 19–21 Uhr in ihrem Büro gewerkschaftliche Beratung für interessierte KollegInnen an +++ Zwischen dem 17. und 19. November fanden Veranstaltungen zur aktuellen Entwicklung des deutschen Anarchosyndikalismus in mehreren spanischen Städten statt. Es referierte ein Genosse der FAU Berlin +++ Bis Redaktionsschluss wurden auf Initiative der polnischen syndikalistischen Gewerkschaft ZSP 1.835 Protestmails an das Kino Babylon gesendet +++ Solidaritätsproteste für die FAU Berlin und den Betriebsrat des Kino Babylon in Berlin fanden auch in Spanien statt, Solidaritätserklärungen erreichten die FAU u.a. aus Polen, Norwegen, Russland, Frankreich und Portugal sowie von der Gewerkschaftsjugend der Schweizer UNIA +++ Mitglieder der französischen „Parti de Gauche" beschwerten sich auf der Homepage des Sekretariats über das Agieren der Linkspartei im Babylon-Konflikt +++ Die FAU Kassel hat alle drei Wochen (und manchmal auch öfter) einen Radiosendeplatz über Radio lili beim Freien Radio Kassel (UKW 105,8, samstags 20–21 Uhr, Wdh. sonntags 11-12 Uhr), die Sendungen sind bald auch online verfügbar über www.fau.org/kassel +++ Die FAU Kassel ruft Zeitungshändler zum Boykott der nationalistischen „Junge Freiheit" auf +++ Am Silvestermorgen demonstrierten ca. 50 Mitglieder der Anarchistisch-syndikalistischen Jugend (ASJ) Berlin und verschiedener FAU-Gruppen vor dem serbischen Konsulat in Berlin für die Freilassung der Belgrade 6 und die Aufhebung des Terrorismusvorwurfs +++ Im November und Dezember gab es wieder mehrere Stadtrundgänge und Kundgebungen für die Abschaffung der Leiharbeit, z.B. in Mainz +++ Die FAU Freiburg beteiligte sich an Demonstrationen für ein Bleiberecht für alle und einer antifaschistischen Soli-Demo für das autonome Zentrum KTS.

Als ich das Licht der Welt und sodann die Hebamme erblickte, war ich sprachlos. Ich hatte diese Frau ja noch nie in meinem Leben gesehen." So beschrieb einst der als „Karl Valentin" bekannte Münchner Querdenker und Medienhandwerker seine Geburt, als er chancenlos wie auch gleichermaßen entblößt von fremden Augen begutachtet wurde. Ähnlich wie Karl Valentin wird es wohl in Zukunft auch unzähligen Flugreisenden ergehen, die sich den Peep-Shows in den – so wunderbar plakativ bezeichneten – „Nackt-Scannern" unterziehen müssen. Zynische Öko-AktivistInnen könnten sich in Schadenfreude üben gegenüber den NutzerInnen der Kerosinschleudern. So manche unter den Passagieren entblödeten sich derweil noch nicht einmal, im Fernsehen kundzutun, dass sie kein Problem mit den immer gravierenderen Eingriffen in die Intimsphäre hätten, solange es ihrer Sicherheit diene. Und die bürgerlichen Medien haben es mit der kritischen Berichterstattung eh noch nie so genau genommen. Und so brauchen wir keine windigen Neujahrshoroskope aus noch windigeren Schmierblättern, um die Zukunft vorherzusehen: Auch dieses Jahr wird die Direkte Aktion *wieder alle zwei Monate das Neueste von der Klassenfront zu berichten wissen und dabei noch den ultimativen Beweis antreten, dass wir uns auch weiterhin von keiner Obrigkeit einlullen lassen dürfen. Weder von einem Vize-Kanzler Guido „Arbeit muss sich wieder lohnen" Westerwelle, noch vom DGB-Vorstand Claus „ wir brauchen zunächst eine Trendwende in der Lohnentwicklung" Matecki, denn, so das „Institut für Demoskopie": Es halten sich lediglich 13 Prozent aller Menschen an ihre Neujahrsvorsätze. Leeren Versprechungen setzen wir lieber unsere ganz eigene „Agenda 2010" entgegen: einen furiosen Böller gegen Ausbeutung und Champagner für die Arbeiterklasse.*

In diesem Sinne,
Prost Neujahr!

P.S.
In der letzten Ausgabe der Direkten Aktion *(DA #196) ist der Redaktion „Letzte Seite" ein Fehler unterlaufen. Weil der Artikel zum Lösungswort (Volkszählungsboykott) sehr spät kam, hatte die Redaktion keine Gelegenheit mehr, diesen vor Drucklegung zu stoppen. Gut zwei Drittel des Artikels sind nämlich nicht kenntlich gemachte Zitate von Wikipedia und der Website netzwerk-selbsthilfe.de. Diese Praxis deckt sich nicht mit dem Anspruch der DA.*

Und noch etwas: Unter dem Titel „Wer streikt, wird erfasst!" beleuchten wir in dieser Ausgabe auf Seite 6 die neue Datenbank ELENA. Nach Redaktionsschluss teilte das Arbeitsministerium mit, dass Streiktage nicht mehr erfasst werden sollen, und kündigte weitere Änderungen an. Wir werden unsere LeserInnen auf dem Laufenden halten.



Quelle: ccphoto.de

FAU Berlin: Verboten kämpferisch – Demonstration in Berlin am 19.12.2009

Lokalföderationen, Syndikate und Kontakte der Freien Arbeiter/innen-Union (FAU-IAA)

REGION NORD

Ammerland ..... Kontakt über Bremen
Aurich............ Kontakt über Bremen
Bad Segeberg... Café Freiheit im Hotel am Kalkberg (AJZ), Lübecker Str. 85, jeden Mittwoch ab 16 Uhr. Kontakt: <fause@fau.org> und (0160) 91 56 25 96
Bielefeld .... FAU Lokalföderation Bielefeld/OWL, c/o BI Bürgerwache e.V., Rolandstr. 16, 33615 Bielefeld. Offenes Treffen jeden 2. Montag (ungerade Kalenderwoche) ab 19.30h, Raum 102 in der „Bürgerwache". Kino: Jeden 1. Donnerstag im Monat im AJZ-Kino. <faubi@fau.org>. AGs und Syndikate siehe www.fau-bielefeld.de.vu
Braunschweig .. FAU Braunschweig, c/o Wohn- und Kulturprojekt Nexus, Frankfurter Straße 253, 38122 Braunschweig. Offener Abend jeden letzten Donnerstag im Monat ab 20:00Uhr. <faubs@fau.org>
Bremen .... FAU-IAA Bremen, c/o Naturfreundejugendhaus Buchte, Buchtstr. 14/15, 28195 Bremen, <fauhb@fau.org>, (0151) 17 93 52 90, www.fau-bremen.tk, www.bremer-aktion.tk; Syndikat der Lohnabhängigen und Erwerbslosen (SLE-FAU), <sle-hb@fau.org>
Essen............. FAU-Gründungsinitiative Essen, Kontakt über die FAU Duisburg oder <kontakt-west@fau.org
Flensburg........ FAU Flensburg, c/o Infocafé, Hafermarkt 6, 24943 Flensburg, <fau-flensburg@fau-fl.org>
Hamburg .... FAU-IAA Hamburg, Fettstraße 23, 20357 Hamburg. Offenes Treffen jeden Fr., 19.00 Uhr, <fauhh@fau.org>, (040) 43 22 124
Hannover .... FAU-Lokalföderation Hannover, UJZ Korn, Kornstraße 28-30, 30167 Hannover. Treffen jeden Di. 21.00 Uhr, letzten Di. im Monat offener Abend ab 20.00 Uhr, <fauh@fau.org>, Tiermedizinisches Syndikat, <tiermedizin@fau.org>, Gewerkschaft Gesundheitsberufe (GGB), <ggb-hannover@fau.org>
Kiel .... FAU Kiel, c/o Infoladen Beau Rivage, Hansastr. 48, 24118 Kiel, <fauki@fau.org>
Lübeck........... Kontakt über Hamburg
Wismar........... FAU Westmecklenburg, c/o Tikozigalpa, Doktor-Leber-Straße 38, 23966 Wismar, <fauhwi@fau.org>, fauwm.systemausfall.org

REGION WEST

Aachen .... FAU Aachen, <info@fau-aachen.net>, www.fau-aachen.net
Bochum .... Kontakt über FAU Dortmund, <faudo@fau.org>
Bonn .... FAU Bonn, Wolfstraße 10 (Hinterhaus), 53111 Bonn-Altstadt. Treffen jeden Mi. 20.00 Uhr, außer am ersten Mittwoch im Monat. (0228) 90 93 171, <faubn@fau.org>, www.fau-bonn.de
Dortmund .... FAU Dortmund c/o „Langer August", Braunschweiger Str.22, 44145 Dortmund, (0231) 86 30 105 (AB), (0231) 86 30 101 (Fax), <faudo@fau.org>
Duisburg......... FAU Duisburg, Querstr.38, 47178 Duisburg. Schwarz-Roter Stammtisch: Jeden ersten Sa. im Monat um 20.00 Uhr im „Ostenende", Oststr. 64, 47057 Duisburg-Neudorf, Info-Telefon und SMS: (0179) 325 86 48, <faudu@fau.org>, www.fau-duisburg.tk
Düsseldorf ...... FAU Düsseldorf, Allgemeines Syndikat, Postfach 10 24 04, 40015 Düsseldorf, Fax: (01212) 5 110 29 174, Fon/SMS: (0179) 32 586 48, <faud@fau.org>, www.fau-duesseldorf.org
Moers .... FAU Moers, c/o „Barrikade", Bismarckstr. 41a, 47443 Moers
Münster.......... FAU Münsterland, c/o Interkulturelles Zentrum Don Quijote, Scharnhorststr. 57, 48151 Münster. Offene Treffen jeden 2. Mi. im Monat 20.00 Uhr und jeden 4. Mi. im Monat, 19 Uhr. Präsenzzeit jeden Mi. 12-14 Uhr. Tel. (0251) 52 11 12, Kneipenabend jeden 1. Samstag im Monat, 21 Uhr, <faums@fau.org>, www.fau.org/muenster/
Solingen .... FAU Solingen, Postfach 10 08 02, 42608 Solingen, Treffen 14-tägig sonntags um 15 Uhr, <fausg@fau.org>, www.fau.org/ortsgruppen/solingen/

REGION OST

Altenburg .... Kontakt über Leipzig
Berlin .... FAU Berlin, Straßburger Str. 38, 10405 Berlin (U2 Senefelder Platz), <faub@fau.org>, www.fau.org/ortsgruppen/berlin, (030) 287 008 04. Offenes Büro freitags 16.00–20.00 Uhr. Allgemeines Syndikat (ASy), 2. Mi. im Monat 19.00 Uhr. Sektion Kultur im ASy, 3. Do. im Monat 20.00 Uhr, <ksy-b@fau.org>. Sektion Gesundheits- und Sozialberufe: 3. Mi. im Monat 20.00 Uhr im FAU-Lokal und am 4. Mi. im Monat 20.00 Uhr im Cafe Walden, Choriner Str. 35, <gesundheit.asy-b@fau.org>. Sektion IT: 1. Do. im Monat um 19.00 Uhr, <faub-it@fau.org>
Dresden.......... Kontakt über Leipzig, IT-Kontakt: <it-l@fau.org>
Gransee.......... Kontakt über Berlin
Halle/Saale...... VAB FAU Halle, Ludwigstraße 37, 06110 Halle, <fauhal@fau.org>, Bildungsinitiative: <bildungsinitiative@fau.org>
Leipzig .... VAB FAU Leipzig – und Landkreise Leipzig und Nordsachsen, c/o „Libelle", Kolonnadenstr. 19, 04109 Leipzig. Präsenzzeit: donnerstags 17.00–18.00 Uhr, <leipzig@fau.org>, Tel. (0341) 22 46 650, Bildungsinitiative: <bildungsinitiative@fau.org>, IT-Kontakt: <it-l@fau.org>
Magdeburg...... FAU Magdeburg, <faumd@fau.org>, c/o „Blaue Welt Archiv", Thiemstr. 13, 39104 Magdeburg.
Meiningen....... FAU Südthüringen, Postfach 100139, 98601 Meiningen, <fausm@fau.org>
Potsdam .... Kontakt über Berlin
Südwestsachen FAU-Vernetzung für Chemnitz, Erzgebirgskreis, Mittelsachsen, Vogtlandkreis und Zwickau: <fau-sws@fau.org>, Bildungsinitiative: <bildungsinitiative@fau.org>

REGION SÜD

Aschaffenburg. FAU Aschaffenburg, Postfach 100 361, 63703 Aschaffenburg, <fauab@fau.org>
Darmstadt ...... FAU Darmstadt, c/o Oettinger Villa, Kranichsteiner Straße 81, 64289 Darmstadt, <fauda@fau.org>
Dreieich .... Kontakt über Frankfurt/M.
Frankfurt/M. ... FAU Frankfurt, c/o DFG/VK, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt/Main, sonntags 19.00 Uhr, <fauffm@fau.org>
Freiburg .... FAU Freiburg, <faufr2@fau.org>, Treffen: jeden ersten So.im Monat ab 17 Uhr, KTS, Baslerstr. 103, 79100 Freiburg; zum Thema Leiharbeit jeden dritten So. im Monat ab 18 Uhr, Fabrik e.V., Habsburgerstr.9, 79104 Freiburg (Cafe im Hauptgebäude 1.OG links – nicht mit der Kneipe im Vorderhaus verwechseln!).
Ilmenau .... Kontakt über Meiningen
Kassel............ FAU-Gründungsinitiative VAB Kassel und FAU-Bildungsinitiative Kassel, <fauks@fau.org>, Offene Treffen: in allen geraden Kalenderwochen, montags 19.30 Uhr im Café Desasta an der Universität (Holländischer Platz), www.fau.org/kassel
Lich............... FAU Lich, Postfach 1215, 35420 Lich, <fauli@fau.org>
Mainz............. Kontakt über Frankfurt/M.
Marburg.......... Kontakt über FAU Münsterland
Memmingen..... FAU, Postfach 1701, 87687 Memmingen
München .... FAU Lokalföderation München, Schwanthaler Str. 139 (Rgb.), 80339 München, <faum@fau.org>, Allgemeines Syndikat: jeden zweiten Mittwoch (ungerade Kalenderwochen) ab 19h
Neustadt/W..... FAU Neustadt/Weinstraße, Tante-Emma-Laden, Stangenbrunnengasse 5, 67433 Neustadt/Weinstraße, (01578) 16 77 780 , <faunw@fau.org>
Nürnberg .... FAU Nürnberg c/o Armer Teufel, Bauerngasse 14, 90443 Nürnberg, <faum16@fau.org>
Saarbrücken.... FAU Saarbrücken, <fausb@fau.org>
Stuttgart........ FAU Stuttgart, Postfach 10 14 19, 70013 Stuttgart, <faus@fau.org>, (01578) 17 81 177, Treffen jeden 1. und 3. Donnerstag im Monat, 19 Uhr
Suhl .... Kontakt über Meiningen
Tübingen .... c/o Infoladen „Grenzenlos", Schellingstr. 6, 72072 Tübingen
Wiesbaden ...... GNLL-Kontakt, über Frankfurt/Main

Bundesweite Branchen-Koordinationen

Bildungswesen: <bsy-public-info@list.fau.org>
AG Jugend & ASJ: <kontakt.jugend@fau.org>, Koordinationsstelle NRW: <asj-nrw@riseup.net>
Branchen-Homepage zur Leiharbeit: www.fau.org/leiharbeit
Gesundheits- und Sozialwesen, Lebensmittel und Landwirtschaft, IT: Regionale Kontakte siehe www.fau.org/syndikate

Regionalkoordinationen

Nord: Braunschweig <reko-nord@fau.org> | West: Duisburg <reko-west@fau.org> | Ost: Berlin/Zwickau <reko-ost@fau.org> |
Süd: Neustadt/Weinstraße <reko-sued@fau.org>

Geschäftskommission der FAU-IAA

FAU-IAA, c/o Interkulturelles Zentrum Don Quijote, Scharnhorststr. 57, 48151 Münster, <geko@fau.org>

Internationales Sekretariat der FAU-IAA

FAU-IAA, c/o Interkulturelles Zentrum Don Quijote, Scharnhorststr. 57, 48151 Münster, <is@fau.org>

Internationale ArbeiterInnen-Assoziation (IAA)
IAA/IWA/AIT-Sekretariat, Belgrad (Serbien), AIT, ASI-MUS CLS, Postanski pretinac 6, 11077 Beograd, SERBIE <secretariado@iwa-ait.org>, www.iwa-ait.org

Schweiz

Bern.............. FAU Bern, Quartiergasse 17, CH-3013 Bern, www.faubern.ch

Österreich

Föderation der ArbeiterInnen-Syndikate (FAS) – www.syndikate.at
Die FAS besteht aus:
.. Allgemeines Syndikat Wien, c/o „Hängematte", Stiftgasse 8, 1070 Wien, <allgemeines@syndikat-wien.org>
.. Allgemeines Syndikat Oberösterreich, Infoladen Wels c/o ASOÖ, Anzengruberstr. 8, 4600 Wels, Tel. +43 (0)650 69 32 864, <syndikat_ooe@linuxmail.org>
.. ArbeiterInnen Syndikat Wissens-Industrie (AS:WI), Stiftgasse 8, 1070 Wien, <aswi@lnxnt.org>
.. Libertäre Initiative Sozial Arbeitender (LISA) c/o „Hängematte", Stiftgasse 8, 1070 Wien, <lisa.syndikat@linuxmail.org>, www.lisasyndikat.wordpress.com

Christliche Tarifgemeinschaft nicht tariffähig

Urteil in zweiter Instanz bestätigt

Die Tarifgemeinschaft Christlicher Gewerkschaften für Leiharbeit (CGZP) hatte 2003 den ersten bundesweiten Flächentarifvertrag für Leiharbeitsfirmen abgeschlossen. Eigentlich sieht das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG) vor, dass LeiharbeiterInnen nach dem „equal pay"-Grundsatz den gleichen Lohn erhalten wie die Stammbelegschaften. Davon abgewichen werden kann nur, wenn ein gültiger Tarifvertrag vorliegt. Diese Ausnahmeregelung nutzten die Christen und die Leihfirmen, um mit Gefälligkeitstarifverträgen Dumpinglöhne in der Leiharbeit zu vereinbaren.



Dass die DGB-Gewerkschaften, unter Federführung von ver.di, daraufhin ebenfalls (minimal bessere) Niedriglohntarifverträge abschlossen, verbesserte die Lage für die Beschäftigten nicht.

Das Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg (LAG) hat im Dezember 2009 die CGZP in zweiter Instanz für nicht tariffähig erklärt. Damit sind deren Dumpingtarifverträge in der Leiharbeit nicht rechtens und schwebend unwirksam (23 TaBV 1016/09).

Die CGZP kann dadurch keine Tarifverträge mehr mit Arbeitgebern abschließen.

Das LAG begründete sein Urteil damit, dass die Tarifgemeinschaft der CGZP durch „einzelne Gewerkschaften gebildet" werde, „die aufgrund ihrer Satzung nicht zum Abschluss von Tarifverträgen für den gesamten Bereich der Zeitarbeit zuständig seien."

Die rechtliche Bedeutung des Streits um die Tariffähigkeit der CGZP besteht im Wesentlichen darin zu entscheiden, ob die von ihr abgeschlossenen Tarifverträge für die Leiharbeitsbranche wirksam sind oder nicht. Wenn sie es nicht sind, haben die nach diesen Tarifverträgen bezahlten ArbeiterInnen aufgrund des gesetzlichen Grundsatzes der Gleichbehandlung einen Anspruch auf alle Leistungen, die vergleichbare Beschäftigte im Entleihbetrieb haben.

LeiharbeiterInnen, die nach CGZP-Tarif bezahlt werden, hätten damit auch rückwirkend Anspruch auf „equal pay". Außerdem müssten die Leiharbeitsfirmen, die die Tarifverträge der CGZP anwenden, oder in Arbeitsverträgen darauf Bezug nehmen, die Sozialversicherungsbeiträge für die nicht gezahlte Lohndifferenz für die letzten vier Jahre nachzahlen.

Da das LAG Berlin Beschwerde gegen ihr Urteil beim Bundesarbeitsgericht zugelassen hat, wird die endgültige Entscheidung aber noch über ein Jahr auf sich warten lassen.

Alles ganz nett, aber am Thema vorbei

Aus Sicht der FAU ist die Entscheidung zwar sinnvoll und hilfreich für die Beschäftigten, die seit Jahren um Teile ihres Lohnes betrogen werden, sie geht aber an der Grundproblematik vorbei. Das Urteil stellt nicht in Frage, dass echte oder Pseudo-Gewerkschaften Tarifverträge unterschreiben, ohne von den Betroffenen dazu legitimiert worden zu sein. So ist auch die Begründung der mangelnden „satzungsgemäßen Zuständigkeit" der CGZP für den „gesamten Bereich" der Leiharbeit, nur eine bürokratische Krücke.

Solange die „Tariffähigkeit" einer Gewerkschaft daran gemessen wird, wieviele Tarifverträge sie unterschrieben hat, führen Gefälligkeitstarifverträge absurderweise zur „Tariffähigkeit".

Aus syndikalistischer Sicht gibt es einen klaren Anhaltspunkt für die Frage (tariffähige) Gewerkschaft – ja oder nein: kämpft sie, oder kämpft sie nicht.

KC (FAU VAB Frankfurt/M)

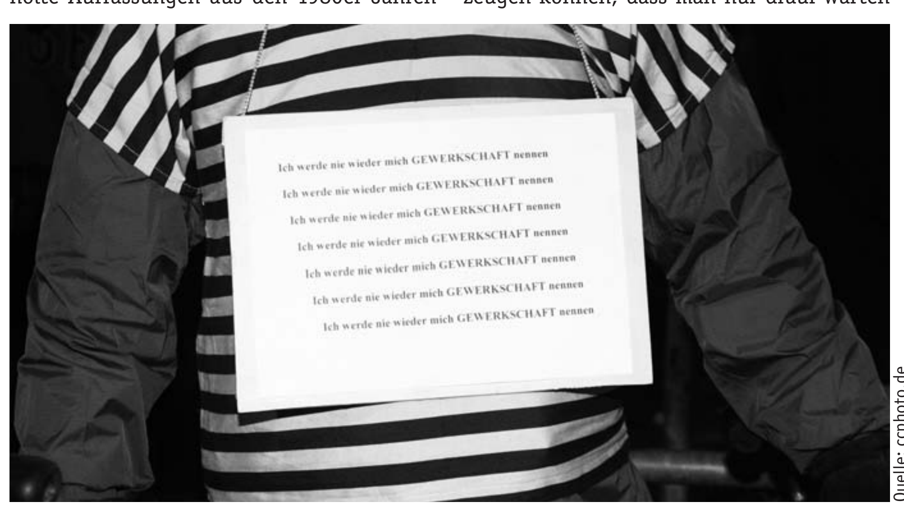
Fortsetzung von Seite 1 „Verboten kämpferisch"

„Nicht kleckern, sondern klotzen!" scheint, nach dem ersten Erfolg vor Gericht, der Wahlspruch der Babylon-Geschäftsführer gewesen zu sein. Nachdem die FAU Berlin und deren Betriebsgruppe im Kino weiterhin renitent blieben und auf die weiterhin bestehenden Missstände im Betrieb hinwiesen, legte die Geschäftsführung direkt nach: Sie stellte Ende November einen Antrag auf Erlass einer weiteren Einstweiligen Verfügung, die es der Berliner FAU nun sogar untersagen sollte, sich selbst als Gewerkschaft bzw. Basisgewerkschaft zu bezeichnen.

„Unmöglich!", mag der geneigte Leser nun denken. „Doch möglich!", entschied das Landgericht Berlin-Brandenburg am 11. Dezember 2009 ohne Anhörung der FAU Berlin. Diese Entscheidung wurde am 05. Januar 2010 vom selben Landgericht in einem Urteil bestätigt.

Alles was Recht ist

Die gegen die FAU Berlin ergangenen Urteile sind sowohl juristisch als auch politisch mehr als bedenklich. Juristisch gesehen, wird derzeit unter recht kreativer Verwurstung der Rechtssprechung der letzten 50 Jahre eine Art „Wünsch dir was"-Juristerei praktiziert, die eher einer Bananenrepublik, denn dem gern bemühten deutschen Rechtsstaat entspricht – und weit hinter Regelungen der ILO und der EU zurückfällt, die auch für die Bundesrepublik verbindlich sind. Dabei werden wahlweise umstrittene, wenn nicht gar überholte Auffassungen aus den 1980er Jahren bemüht, die den Gewerkschaftsstatus einer Organisation tatsächlich an deren Tariffähigkeit koppeln. Bei Gelegenheit wird auch die aktuelle Rechtssprechung zu den Christlichen Gewerkschaften in der Leiharbeitsbranche nach Belieben in ihr Gegenteil verkehrt, zielt die doch eigentlich auf den Schutz der Beschäftigten vor Phantom-Tarifverträgen. Was dabei herauskommt, ist ein Zirkelschluss, der den Gewerkschaftsstatus an die Tariffähigkeit und die Tariffähigkeit an den Gewerkschaftsstatus koppelt. Alles klar soweit?



Quelle: ccphoto.de

Die Christlichen Gewerkschaften mag ein geneigter Richter vielleicht noch davon überzeugen können, dass man nur drauf warten muss, dass einem die fertige Gewerkschaft und Tariffähigkeit beizeiten vom Himmel vor die Füße fallen werden. Die FAU Berlin folgt indes einer eher weltlichen Sicht der Dinge, wonach eine Gewerkschaft von ihren Mitgliedern aufgebaut wird. „You get pie in the sky when you die? That's a lie!", so sangen schon die Syndikalisten der Industrial Workers of the World vor hundert Jahren. Dementsprechend versucht die Berliner FAU heute – und zwar dort wo der DGB versagt und die Christlichen Gewerkschaften das Ganze noch unterbieten wollen –, eine konkrete Antwort auf die gesellschaftlichen Veränderungen zu geben. Heute wie damals ist der Syndikalismus die Antwort auf eine zur Dienstleistung verkommene „Gewerkschafts"-Landschaft, die – aufgrund des organisatorischen Zentralismus und der Entmündigung der Basis – der zunehmenden Prekarisierung, dem Lohndumping und der Tarifflucht der Unternehmer nicht mehr Herr zu werden vermag. Das Druckpotential, das den tradierten Gewerkschaften längst abhanden gekommen ist, wird von der FAU in den sozialen Auseinandersetzungen neu belebt. Ihre solidarische und aktive Basis, die weit über die eigenen Mitglieder und einen etwaigen Klientelismus hinausgeht, ist der Garant dafür. Die praktische Umsetzung der Losung „Einer für alle und alle für einen" besitzt mehr Durchsetzungskraft als 100 Dienstleister in ihren Gewerkschaftsbüros, denn sie bringt so manchen Stein ins Rollen. Und genau diese Durchsetzungskraft ist es, die eine wahre Gewerkschaftsbewegung heute nötiger hat denn je zuvor. So, which side are you on?

Lars Röhm

Kolumne Durruti



Es waren von jeher die 9er Jahre, die unser Leben prägten. Man denke nur an die Gründung der Weimarer Republik 1919, den schwarzen Freitag 1929, den Weltkriegsbeginn 1939 oder die Zweistaatenlösung 1949. Von der Mondlandung 1969 oder der Reichssüdfrüchtenacht 1989 will ich hier gar nicht erst anfangen. Die „9" ist eine Schicksalszahl, und insofern war ich äußerst gespannt, was uns das Jahr 2009 bescheren würde. Weltkrieg? Revolution? Marslandung? Aber nichts dergleichen. Auf den ersten Blick wirkt das Jahr 2009, nun da es vorbei ist, so aufregend wie Damenunterwäsche vom Kik-Verbrauchermarkt und so spannend wie ein Curling-Turnier. Sieht man aber genauer hin, so ist es ein Jahr des Abschieds gewesen – des Abschieds von lieb gewonnenen Traditionen und Sicherheiten. Man nehme nur das Nobelpreiskomitee, das (ausgerechnet im Darwin-Jahr) endgültig die Aufklärung zu Grabe trug, indem es Präsident Obama den Friedensnobelpreis verabreichte und so den Weg freimachte für die im kommenden Jahr anstehende Verleihung des Biologienobelpreises an Papst Benedikt XVI. Und das ist gut so. Denn – wie uns wenig später der SPIEGEL ausführte – „Islam und Christentum werden die prägenden Kräfte bleiben, auch wenn kein Schulkind mehr weiß, wer Marx und Nietzsche gewesen sind." Und das wird sicher schon bald der Fall sein. Unsere aus Twitter- und Facebook-Seiten digital herausdestillierte neue Familienministerin weiß es sicher heute schon nicht mehr. Dafür weiß unser neuer Außenminister, dass „in Deutschland deutsch (und nur deutsch) gesprochen wird" und vollzog so gleich den Abschied von der Weltgemeinschaft, ganz ohne Schützenhilfe von Erika Steinbach und ihrem Mentor Horst Seehofer, deren geplanter Abschied von der Oder-Neiße-Grenze in diesem Jahr leider nicht mehr stattfinden konnte. Dafür verabschiedete sich die Deutsche Bahn endlich von ihrem Kerngeschäft, der Personenbeförderung. Für ihr neues Tätigkeitsfeld der höchsttechnisierten High-End-Sterbehilfe konnten bedeutende Werbeträger wie Ratiopharm-Gründer Adolf Merckle oder Nationaltorhüter Robert Enke gewonnen werden. Nur Michael Jackson durfte die Hilfe der Bahn nicht in Anspruch nehmen. Der wurde in Kalifornien totgespritzt, und das, obwohl man ihm den jahrzehntelangen Missbrauch von Kindern nicht letztgültig nachweisen konnte. Darüber hätten wir beinahe auch Abschied von unserer geliebten Popkultur der achtziger Jahre nehmen müssen. Aber Dave Gahan überstand seinen mit dem jahrelangen Tragen hautenger Latex-Unterwäsche ehrlich erarbeiteten Hodenkrebs ebenso souverän, wie Madonna die Anzeigen wegen Kindesentführung und Menschenhandel. Dafür wurde Ex-Verteidiger Franz-Josef Jung samt Generalinspekteur und Staatssekretär verabschiedet. Warum genau, konnte zwar noch nicht vollständig ermittelt werden, aber es soll wohl mit der erschütternden Entdeckung zu tun haben, dass im Krieg Menschen sterben, auch wenn man sich weigert, ihn Krieg zu nennen. Von der Wucht dieser Erkenntnis getroffen, nahm dann auch Neu-Verteidiger Karl-Theodor von und zu Guttenberg postwendend Abschied von der Vorstellung, man könne in Afghanistan eine Demokratie errichten. Zum einen, so Guttenberg, weil es ein paar folkloristische Eigenarten (wie Burkas und Steinigungen) schon braucht, um einen Volkskörper zusammenzuhalten. Zum anderen, weil es ja früher auch hierzulande andere erfolgreiche Gesellschaftsmodelle gab. Von und zu Guttenberg: „Dafür stehe ich mit meinem Namen!" Apropos „stehen": Auch von der amüsanten Vorstellung, Oskar Lafontaine habe Sarah Wagenknecht gepoppt, mussten wir uns leider verabschieden. Der Grund für Lafos plötzliches mediales Abtauchen war wohl eher gegenteilig – nämlich Prostatakrebs. Schade. Ähnlich schade, wie der nunmehr endgültige Abschied von Kündigungsschutz, Rente, Mindestlohn und einer possierlichen Ex-Volkspartei namens SPD. Doch immerhin: Das Instrument ihrer verdienten Verabschiedung, die Agenda 2010, können wir nun gleichfalls verabschieden. Und auch wenn nicht alle Ziele der Agenda erreicht wurden, so doch immerhin das wichtigste: Endlich werden wir wieder von CDU und FDP regiert, wie es sich für Deutsche gehört. Artgerechte Bodenhaltung sozusagen. Danke 2009!

Markus Liske

TERMINE

Aachen
Sa, 30. Jan., 19.30 Uhr
Ort noch unbekannt, siehe www.fau-aachen.net
Anarchafeminismus – ein Ansatz, der noch ausgearbeitet werden muss.

Aschaffenburg
Di, 26. Jan., 19.00 Uhr
Café Schwarzer Riese, Rossmarkt 38a
Die Grenzen des Kapitalismus – Wie wir am Wachstum scheitern.
Vortrag und Diskussion mit Andreas Exner.

Dortmund
Mo, 01. Feb., 19.00 Uhr
Café Aufbruch, Hintere Schildstr. 18
Anarchafeminismus – ein Ansatz, der noch ausgearbeitet werden muss.
Vortrag und Diskussion, Eintritt frei

Kassel
Fr, 22. bis So, 24. Jan., Fr ab 18.00 Uhr
Universität Kassel
Hessischer Bildungskongress der Studierenden, SchülerInnen und Azubis
Weitere Informationen: unserebildung.de/wiki/Bildungskongress_Hessen

Magdeburg
Fr, 08. Jan., 19.00 Uhr
BUND, Olvenstedter Str. 10
Klassenkampf in der Postmoderne?
Vortrag und Diskussion mit Torsten Bewernitz

Münster
Mi, 27. Jan., 20.30 Uhr
Don Quijote, Scharnhorststr. 57
1929
Vom „Schwarzen Freitag" bis zum Zweiten Weltkrieg: Dokumentarfilm über die Weltwirtschaftskrise. Anschließend Diskussion: Ist die historische Krise mit der jetzigen vergleichbar?

Neustadt/Weinstraße
Di, 02. Feb., 19.00 Uhr
Tante-Emma-Laden, Stangenbrunnenstr. 5
Treffen für FAU-Interessierte

Recklinghausen
So, 31. Jan., 18.00 Uhr
Alternatives Kulturzentrum Recklinghausen, König-Ludwig-Str. 50
Schwarz/Roter Tresen
Torsten Bewernitz stellt das Buch „Die neuen Streiks" vor.

Wismar
So, 31. Jan., 15.00 Uhr
TIKOzigalpa, Dr.-Leber-Straße 38
Offenes Treffen der FAU Westmecklenburg
mit anschließendem Film oder Klönschnack am Tresen.

Winterthur/Schweiz
Fr, 12. bis So, 14. Feb.
6. Anarchietage
Nähere Infos: www.arachnia.ch/etomite/atage10/

Weitere Termine im Internet unter www.direkteaktion.org/termine

Fotos: Leiharbeiter von VW-Stöcken bei einer Demonstration im März 2009 und Protestkundgebung von Leiharbeitern vor Tor 3 der VW Nutzfahrzeuge in Hannover-Stöcken im April 2009



Sie lassen nicht locker

Arbeitskampf der Leiharbeiter bei VW Stöcken wird vor Gericht weitergeführt

Am 5. November 2009 fanden vor dem Arbeitsgericht Hannover Güteverhandlungen mit den zwölf Leiharbeitern der Wolfsburg AG statt, die im Frühjahr vor VW-Nutzfahrzeuge (VWN) in Hannover Stöcken u.a. mit einem Hungerstreik gegen ihre Entlassung zum 31. März protestiert hatten. (siehe Berichte in DA 195 und 193)

Vorhergehende Prozesse auf Weiterbeschäftigung bei der WOB AG im August letzten Jahres hatten sie gewonnen. Die Weiterbeschäftigung war aber auf sechs Monate befristet und ist damit im September abgelaufen. Die WOB AG hatte die Weiterbeschäftigung aber nicht konkret umgesetzt und auch den Lohn nicht bezahlt. Den Verstoß gegen das Urteil begründete die von Volkswagen und Stadt gegründete Leiharbeitsfirma mit angeblich ungeklärten Nebeneinkünften der Betroffenen.

Dieses Thema behandelte der Prozess im November, bei dem die Arbeiter erklärten, keine Nebeneinkünfte außer dem Arbeitslosengeld I erhalten zu haben, mit Ausnahme eines Arbeiters, der mittlerweile einen Job in einer Tankstelle hat. Das Ergebnis des Prozesses war eine Einigung, wonach die Arbeiter ihren Lohn mit der nächsten Abrechnungsperiode (ca. 15.000 Euro brutto abzüglich des erhaltenen Arbeitslosengeldes bzw. der Nebeneinkünfte) bekommen sollen. Zudem wurde ihnen Prozesskostenbeihilfe für die bisherigen Prozesse gewährt.

Mit der 6-monatigen Weiterbeschäftigung kommen die Arbeiter über die zweijährige Beschäftigung bei der WOB AG und damit in den Bereich der Entfristung ihrer Arbeitsverhältnisse, also einer Festeinstellung. Da im August versäumt wurde, gegen das damalige Urteil rechtzeitig Rechtsmittel einzulegen, um die Entfristung in dem Verfahren im November mit zu verhandeln, gibt es jetzt neue Verfahren, wofür allerdings keine Prozesskostenbeihilfe erstattet wird. Ein erster Termin dazu im Dezember fiel aufgrund mangelnder Beweismittel aus. Als Beweismittel sollten schon entfristete LeiharbeiterInnen dienen. Das bedeutet, die Betroffen sind darauf angewiesen, dass sich Kollegen melden, die am Hungerstreik teilgenommen haben und mittlerweile fest eingestellt sind. Das stellt sich leider als problematisch heraus, bislang gab es keine Kontakte.

Die Weiterbeschäftigung von 138 der ursprünglich 213 entlassenen LeiharbeiterInnen ist einerseits zwar ein Erfolg des Streiks, hat aber auch zur Isolierung der Aktivisten geführt.

Sie sind nun auf Solidarität ihrer ehemaligen KollegInnen sowie der Öffentlichkeit angewiesen, um die Entfristung vor Gericht zu erkämpfen. Die Verhandlungen finden einzeln statt, da individuelle Situationen eine Rolle spielen. Deshalb ist es umso wichtiger, die Betroffenen zu unterstützen und ihnen Mut und Rückhalt für die Prozesse zu geben.

Hagen Weber, FAU Braunschweig

Zahlen, bitte!

Kurzarbeit boomt

Fünf Milliarden Euro hat die Bundesagentur für Arbeit (BA) 2009 für Kurzarbeit ausgegeben. Der durch Kurzarbeit bedingte Arbeitsausfall entspricht ca. 319.000 Vollzeitstellen. Im September 2009 bedeutete das laut BA für ca. 1,056 Millionen Beschäftigte weniger Arbeit.

Klimaerwärmung

Um unter der für die Klimaerwärmung derzeit als kritisch angesehen Grenze von 2 °C zu bleiben, dürfte die Menschheit nach derzeitigem Forschungsstand maximal 14,5 Milliarden Tonnen (Gt) CO2 jährlich ausstoßen. Der durchschnittliche CO2-Ausstoß eines oder einer Deutschen liegt derzeit bei mehr als der vierfachen Menge. Das sind 11.000 Kilogramm jährlich. Davon werden rund 15 Prozent von privaten Haushalten direkt verursacht, 46 Prozent entfallen auf die Energiewirtschaft, 18 Prozent auf den Verkehr und etwa 20 Prozent auf Industrie und verarbeitendes Gewerbe.

Bangemachen gilt nicht?

Klinikverkauf stellt Beschäftigte vor Belastungsprobe

Im KRH Psychiatrie Wunstorf ist auch zwei Jahre nach Betriebsübergang kein Ende des Wandels in Sicht. Umstrukturierung, Sanierung und schleichender Personalabbau haben in dem psychiatrischen Krankenhaus deutliche Spuren hinterlassen. Vom einst hohen Kampfgeist der Beschäftigten ist nur noch wenig zu spüren.



Foto: Juliana Wandel

Schonzeit

Im Januar 2008 war das ehemalige Landeskrankenhaus Wunstorf (LKH) als hundertprozentige Tochter zum kommunalen Verbund Klinikum Region Hannover (KRH) gewechselt. Der Verkauf war Teil des bislang größten Klinikprivatisierungsverfahrens in Deutschland. Insgesamt acht der zehn niedersächsischen Landeskrankenhäuser wurden an private, kommunale und wohlfahrtsverbandliche Träger veräußert.

Ein vom Niveau her bundesweit einmaliger Überleitungstarifvertrag sicherte den Beschäftigten zwar gute Rahmenbedingungen und die Entgelte des Tarifvertrags für den Öffentlichen Dienst (TVöD), Schutz vor betriebsbedingten Kündigungen und andere Rechte. Doch Entwicklungen, die im Zuge von Privatisierungen immer wieder zu beobachten sind, konnten damit nicht aufgehalten werden.

Überlast

Auch wenn die WunstorferInnen für zehn Jahre vor betriebsbedingten Kündigungen geschützt sind: Der schleichende Stellenabbau setzte sofort nach Betriebsübergang ein. Der pflegerische und ärztliche Stationsdienst war davon in besonderem Maße getroffen. Befristete Verträge liefen aus, kündigende MitarbeiterInnen wurden ebenso wenig ersetzt wie Beschäftigte, die den Betrieb aufgrund von Vorruhestand und Rente verließen. Gewöhnliche Ausfallzeiten, etwa durch Mutterschaft und Erziehungszeiten, Urlaub, Fort- und Weiterbildung sowie die mit den neuen Belastungen merklich emporschnellenden Krankenstände taten das ihrige. Die Arbeit mit Mindestbesetzungen, Arbeitsverdichtung, Überstunden, Teildiensten an Wochenenden, die Verringerung von Spielräumen in der Urlaubs- und Freizeitgestaltung, Anrufe in der Freizeit, Versetzungen und immer wiederkehrendes Aushelfen auf anderen Stationen sind Ausdruck dieser Entwicklung. Der Umgangston und früher zur Unternehmenskultur gehörende Gepflogenheiten haben sich merklich verändert.

Umstrukturierungen

Einsparungen erzielte das KRH nicht nur durch die „natürliche Fluktuation" im personellen Bereich, sondern auch durch die Zentralisierung von Leistungen. „Effizienz durch Synergie" heißt das auf Neudeutsch.

Die Küche konnte in einem Ranking zur Übernahme klinik-übergreifender Dienstleistungen gegen die Caterer anderer Häuser bestehen. Zentral eingebunden wurde auch der ehemals krankenhauseigene Fahrdienst. Ähnliche Entwicklungen zeichnen sich im handwerklich-technischen Bereich ab. Fast komplett nach Hannover verlagert wurde am Ende nur die Verwaltung. Regelmäßig dementiert werden dagegen immer wieder einsetzende Gerüchte über das Aus des Labors.

Die Beschäftigten wissen um die „Schonzeit" ihrer durch den Überleitungstarif gesicherten arbeitsvertraglichen Bedingungen. Er lässt sie sogar besser dastehen als ihre KollegInnen in den anderen zwölf KRH-Häusern. Der Klinikverbund hatte 2007 einen Haustarif mit der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di und der Ärztegewerkschaft Marburger Bund abgeschlossen, der den dortigen KollegInnen für drei Jahre einen Gehaltsverzicht von rund drei Prozent abverlangte. Die Lohnabzüge waren Teil eines harten Sanierungskonzeptes. Anders als das ehemalige LKH Wunstorf, das von jeher Gewinne erwirtschaftete, war der Klinikverbund tief in die roten Zahlen gerutscht.

Perspektiven

Die Verlagerung bzw. Schließung von Klinikbereichen hat in Wunstorf irrationale Ängste geschürt. Anfangs hatten entsprechende Vorhaben noch Proteste der Belegschaft ausgelöst. Solidarisch hatten sich die Beschäftigten etwa für den Erhalt der Innerbetrieblichen Fortbildung (IBF) eingesetzt – wenn auch vergebens. Die Furcht im Alltag hingegen lähmt und macht blind für die Herangehensweise und Lösung sich aufdrängender Probleme. Vor einem solchen Hintergrund wird sich auch künftig jede Maßnahme gegen die Beschäftigten durchsetzen lassen.

Juliane Wandel, GGB Hannover

Bildungsstreik 2009

Ursachen, Grenzen und Perspektiven der aktuellen Proteste

Besetzungen, Demonstrationen, Blockaden und Streiks sind bislang die Kampfmittel, mit denen hauptsächlich Studierende und SchülerInnen auf die kapitalistischen Umwälzungen in den öffentlichen Bildungsinstitutionen reagieren. Aber ihre Betroffenheit und Wut speisen sich nicht nur aus



Räumung des Casinos der Uni FFM

universitäts- und schul-internen Belangen, sondern resultieren oftmals genauso aus ihrer gesellschaftlich-ökonomischen Situation. Der Fokus der Proteste richtet sich insbesondere auf Themen wie die Kritik am Bachelor/Master-Abschluss und fordert die „Demokratisierung des Bildungssystems" und die „soziale Öffnung der Hochschulen". Daneben gibt es aber auch einen starken Flügel innerhalb der Protestbewegung, der die libertäre Forderung nach selbstbestimmtem Leben und Lernen bzw. die Abschaffung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse vertritt.

Einer der zentralen Punkte, gegen den sich die Studierenden aufbäumen, ist die rigorose Umstellung der meisten Studiengänge von Magister oder Diplom auf das Bachelor/Master-System, das Regelstudienzeiten sowie einen sehr hohen Leistungs- und Prüfungsdruck mit sich bringt. Für den Kapitalismus ist diese Abwicklung des Studiums günstig, denn dadurch werden schnell viele billige akademische Arbeitskräfte auf den Arbeitsmarkt gepumpt. Gleichzeitig stärkt die Umstellung auf Bachelor/Master autoritäre Strukturen, wie sie beispielhaft an deutschen Schulen zu finden sind. Die streng geregelte Ausbildung zum Bachelor liefert dem Staat und der Wirtschaft die unkritischen FachidiotInnen, die nötig sind, um die Ausbeutung der arbeitenden Klasse effizient und widerspruchslos zu gestalten.

Daneben haben sich die SchülerInnen und StudentInnen vor allem die „Demokratisierung des Bildungssystems" auf die Fahnen geschrieben; das meint beispielsweise eine Stärkung der Mitbestimmungsrechte studentischer Gremien oder SchülerInnen-Vertretungen. Die Forderung wendet sich aber auch gegen die zunehmende Einflussnahme äußerer Kräfte. Änderungen in den Landeshochschulgesetzen (LHG) garantieren neuerdings sogenannten Hochschulräten, in denen viele VertreterInnen der Wirtschaft sitzen, mehr Möglichkeiten der Einflussnahme auf universitätsinterne Abläufe. Bei den aktuellen Gesetzesänderungen in Rheinland-Pfalz ist es grob gesagt so: Während der Hochschulrat mehr Macht gewinnt, beschneiden Neuentwürfe des Hochschulgesetzes die Mitspracheöglichkeiten von StudentInnen, ArbeiterInnen und wissenschaftlichen MitarbeiterInnen. Der Hochschulrat, den es inzwischen an jeder Universität in der Bundesrepublik gibt, ist ein „am Aufsichtsrat von Aktiengesellschaften orientiertes Kontrollgremium", das von neoliberalen Think-Tanks wie der Bertelsmann Stiftung oder dem Centrum für Hochschulentwicklung (CHE) erfolgreich eingefordert wurde.

Unter den vielen Themen des Bildungsstreiks 2009 zählt das Thema „soziale Öffnung der Hochschulen", zu den wichtigsten. Denn Studiengebühren, Zulassungsbeschränkungen und finanzielle Abhängigkeiten schließen bestimmte Klassen der Gesellschaft von der universitären Bildung tendenziell aus. Die Kritik der Protestierenden greift hier zu kurz, denn die Forderungen sprechen lediglich Selektionsmechanismen an den Hochschulen an, nicht aber soziale Ungleichheit, Herrschaft oder Ausgrenzung außerhalb der Unis.

Die Organisation des Bildungsstreiks hängt stark von den offiziellen Gremien der Studierendenschaft (AStA bzw. StuRa) ab, ist aber letztlich dezentral und wird von verschiedenen Bewegungen getragen. Obwohl weite Teile des Bildungsstreiks den Kapitalismus nicht in Frage stellen, gibt es starke Kräfte in ihm, die Änderungen auch jenseits der Universität oder Schule einfordern. Unter denjenigen, denen es nicht ausreicht, dass der Staat seinen Bildungsetat erhöht oder die LHG ändert, findet sich auch eine beachtliche Anzahl libertärer Individuen, die in den anarchosyndikalistischen Gruppierungen ASJ oder FAU organisiert sind. Gemeinsam mit GenossInnen aus anderen kämpferischen Bewegungen fordern sie freie Bildung in einer freien Gesellschaft ein. Solange von den Forderungen nur wenig bis gar nichts umgesetzt wird, bleibt zu hoffen, dass auch im Jahr 2010 weiter besetzt, gestreikt, blockiert und demonstriert wird.

Peter Drescher, Student, FAU VAB Frankfurt/M.

Prekärer Protest

Beschäftigte der Hochschulen im Bildungsstreik

Der Bildungsstreik wurde bisher in erster Linie von SchülerInnen, LehrerInnen und Studierenden getragen. Nur eine Minderheit des Personals an den Hochschulen hat sich aktiv daran beteiligt. Dabei hätten die Beschäftigten an den Hochschulen selbst genügend Gründe zum Protest.

Die Hochschulen leiden seit Jahrzehnten an einer chronischen Unterfinanzierung und Personalknappheit. Mit den steigenden Studierendenzahlen ist die Arbeitsbelastung der Beschäftigten an den Hochschulen stetig gestiegen. Die neoliberalen und autoritären Hochschulreformen der letzten Jahre zielten nicht zuletzt darauf, die Arbeitsbedingungen des Hochschulpersonals weiter zu verschlechtern. Nehmen wir die hessische Hochschulpolitik als Beispiel: Im Jahr 2000 stärkte die CDU-FDP-Landesregierung die Präsidien der Hochschulen und schränkte die Selbstverwaltung der Fachbereiche und die Mitbestimmung der Studierenden und der Beschäftigten ein. Diese Linie wurde mit verschiedenen Novellierungen der Hochschulgesetzgebung in den folgenden Jahren weiter verfolgt. 2004 trat die hessische Landesregierung aus der Tarifgemeinschaft der Länder aus, um Arbeitszeitverlängerungen und Lohnsenkungen für die Beschäftigten des Landes durchzusetzen. 2007 wurde die J.W. Goethe-Universität in Frankfurt/M., an der ich zur Zeit arbeite, in eine Stiftungsuniversität umgewandelt und damit noch stärker als bisher für die Interessen privater Kapitalgeber geöffnet. Die halb-privatisierte Universität kann nun auch bei der Gestaltung der Arbeitsbedingungen eigene Wege beschreiten. Die Universitätsleitung versucht, Arbeitszeitverlängerungen und einen Abbau des Kündigungsschutzes durchzusetzen. Seit zwei Jahren bemühen sich ver.di und die GEW erfolglos, einen Haustarifvertrag abzuschließen, der wenigstens den bisherigen Status quo sichert. Ein Tarifabschluss an der Universität Frankfurt ist bisher an der geringen Kampfbereitschaft oder Kampfkraft der Beschäftigten gescheitert.

Gewerkschaftliche Organisierung: Mangelhaft

Woran liegt es, dass die gewerkschaftliche Organisierung an den Hochschulen so schwach ist? Eine Ursache sind sicherlich die sehr unterschiedlichen Beschäftigungsverhältnisse und die unterschiedlichen Interessen, die daraus resultieren.

Die deutschen Professoren waren als Beamte seit jeher sehr staatsnah und eher konservativ. Auch ein traditioneller Standesdünkel mag hier eine Rolle spielen: Man hält sich als Wissenschaftler für genial und glaubt, dass man es nicht nötig habe, sich kollektiv zu organisieren. Zwar verschlechtert sich auch die Lage der Professoren durch die neuen Hochschulreformen: Viele werden nicht mehr verbeamtet, sie werden zum Teil zunächst nur befristet eingestellt; ein Teil ihres Gehalts ist von der Beurteilung durch die Hochschulleitung abhängig; die Ausstattung der Professuren hängt zunehmend von der Einwerbung von „Drittmitteln" (Geldern privater Geldgeber) ab; die Professoren müssen immer mehr Verwaltungsarbeit übernehmen und haben immer weniger Zeit für Forschung und Lehre. Doch die Einführung marktähnlicher Steuerungsinstrumente in den Hochschulen und die Verschärfung von Konkurrenz und Leistungsdruck erleichtern die kollektive Organisierung und den Protest nicht, im Gegenteil. Die Erfahrungen des Bildungsstreiks zeigen, dass viele Professoren sich nicht einmal mehr trauen, sich wie normale Staatsbürger zu verhalten und ihre Meinung frei zu äußern, weil sie negative Konsequenzen für ihr Verhältnis zur Hochschulleitung befürchten.

Unterstützung für den Bildungsstreik kommt eher von Seiten des sogenannten „Mittelbaus", also der wissenschaftlichen MitarbeiterInnen bzw. der Lehrenden, die keine Professuren innehaben. Und dies, obwohl die Lage des Mittelbaus prekärer ist als die der Professoren. Je höher AkademikerInnen in der Hierarchie an der Hochschule klettern, desto unwahrscheinlicher wird es, dass sie sich oppositionell engagiert. Aber auch im Mittelbau ist es nur eine Minderheit, die sich oppositionell engagiert.

Unterwürfigkeit: Sehr gut

Der Mittelbau befand sich in der alten Ordinarienuniversität in einer quasi feudalen Abhängigkeit von den Professoren. Die demokratischen Hochschulreformen der frühen 1970er Jahre haben daran nicht viel geändert. Die Professoren haben als Vorgesetzte die Möglichkeit, Mehrarbeit auf ihre MitarbeiterInnen abzuwälzen. Wer an der Hochschule Karriere machen will, war und ist auf das Wohlwollen einzelner Personen angewiesen. Mit der reaktionären Entwicklung der letzten Jahre verstärkt sich diese alte Abhängigkeit wieder, was eine einheitliche Artikulation der Interessen der wissenschaftlichen MitarbeiterInnen erschwert. Diese tendieren dazu, in den hochschulpolitischen Auseinandersetzungen die Sichtweise ihres jeweiligen Chefs zu übernehmen.

Hinzu kommt, dass die Beschäftigungsverhältnisse im Mittelbau in den letzten Jahren ungeheuer ausdifferenziert wurden, was ganz unterschiedliche Interessen mit sich bringt und die gemeinsame Organisierung erschwert.

Ein großer Teil der Lehre wird von Lehrbeauftragten erledigt, die zum Teil keinerlei Vergütung oder allenfalls ein lächerlich geringes Honorar für ihre Lehrtätigkeit erhalten. Ein Lehrbeauftragter kann von seiner Arbeit nicht leben, es sei denn, er hat gleichzeitig mehrere Lehraufträge. Lehrbeauftragte gehen in der Regel noch einer anderen Erwerbstätigkeit nach und übernehmen die Lehraufträge vor allem, um sich weiter zu qualifizieren und Lehrerfahrung zu erwerben. Manchmal handelt es sich auch um Linke, die bereit sind, unbezahlt oder für einen geringen Lohn zu arbeiten, um ihre Kritik der herrschenden Verhältnisse überhaupt in die Hochschulen tragen zu können.

Forschung und Lehre: Schwach ausreichend

Die herrschende Hochschulpolitik hat auf die steigenden Studierendenzahlen u.a. mit der Einrichtung von „Hochdeputatsstellen" reagiert. Hier handelt es sich um befristet eingestellte Lehrkräfte, die umfangreichere Lehrverpflichtungen als Professoren haben, einen niedrigeren Lohn als diese erhalten und keine Zeit für Forschung haben, so dass sie sich nicht weiter qualifizieren können.

Eine weitere problematische Konstruktion der letzten Jahre ist die „Juniorprofessur". Die befristet beschäftigten Juniorprofessoren haben die gleichen Pflichten wie ein regulärer Professor, was die Teilnahme an der Verwaltung, das Einwerben von Drittmitteln etc. anbelangt. Anders als für die assistent professors im angelsächsischen Raum, gibt es für die Juniorprofessoren aber keinen tenure track, also in der Regel keine Möglichkeit, entfristet zu werden. Gleichzeitig wurde die Habilitation (Prüfungsverfahren zur Lehrbefähigung) in Deutschland nicht abgeschafft, so dass sich viele Juniorprofessoren weiterhin genötigt fühlen, zu habilitieren, um Aussicht auf eine Professur zu haben.

Eine Spaltung besteht nicht nur zwischen Professoren und Mittelbau, sondern auch zwischen dem wissenschaftlichen und dem nicht-wissenschaftlichen Personal. Die Kämpfe dieser Gruppen verlaufen weitgehend getrennt voneinander. Das nicht-wissenschaftliche Personal ist hauptsächlich bei ver.di organisiert, das wissenschaftliche Personal zum Teil bei der GEW. Bestimmte Dienste wie z.B. die Gebäudereinigung oder Hausmeister- und Wachdienste sind vielfach längst an Fremdfirmen ausgegliedert worden; die Belange dieser Beschäftigten werden in den hochschulpolitischen Auseinandersetzungen kaum berücksichtigt.

Klassenziel Klassenkampf: Stark gefährdet, aber möglich

Dass eine erfolgreiche gewerkschaftliche Organisierung der Beschäftigten an den Hochschulen nicht ganz ausgeschlossen ist, zeigt z.B. ein Blick nach Kanada. An der York University in Toronto sind die Lehrenden gewerkschaftlich organisiert und haben durch Streik eine Reduzierung ihres Lehrdeputats erreicht. Allerdings sind die Erfahrungen aus anderen Ländern auch nicht ohne weiteres übertragbar, weil die Bedingungen für eine gewerkschaftliche Organisierung doch sehr unterschiedlich sind. Hierzulande haben Tutoren und Hilfskräfte schon erfolgreich für Lohnerhöhungen und für eine tarifliche Regelung ihrer Arbeitsverhältnisse gestreikt.

Es wäre zwar wünschenswert, dass die Beschäftigten an den Hochschulen gegenüber den Regierungen und den Hochschulleitungen an einem Strang ziehen, aber angesichts der unterschiedlichen Beschäftigungsverhältnisse und Interessenlagen ist eine einheitliche Artikulation der Interessen der lohnabhängig Beschäftigten an den Hochschulen schwierig. Realistischer ist, dass subalterne Gruppen für ihre je spezifischen Interessen kämpfen – und dadurch die Verhältnisse zum Tanzen bringen.

Thomas Sablowski

Thomas Sablowski unterrichtet Politik an der Goethe-Universität in Frankfurt am Main

Gehorche deinem Prof!

Provinzposse in Münster: „Gehorche keinem" prangt in großen Lettern von der Universitäts- und Landesbibliothek. Die Leuchtbuchstaben stammen vom iranischstämmigen Künstler Babak Saed. Das Kunstwerk ist ein Geschenk der Staatskanzlei NRW an die Bibliothek. Für Emanuel Hübner, einen Mitarbeiter der Sportwissenschaft, ist das ein Aufruf zur Anarchie, eine Gefährdung von Demokratie und Freiheit und ein spätes Denkmal der „sogenannte[n] 68er-Bewegung mit ihrer Antiautoritäts-Duselei". Er forderte die umgehende Entfernung des Kunstwerks. Die Münsteraner Theologen reagierten prompt und meinen, man müsse doch wenigstens Gott gehorchen. „Horche hin" antworten sie von der gegenüberliegenden Petrikirche aus. Den Vogel abgeschossen haben die Germanisten, wobei man sich fragen muss, ob sie nicht die ganze Debatte ad absurdum führen wollten, als sie anmerkten, grammatikalisch korrekt heiße es „Gerhorche niemandem". Es wäre komisch, wenn es nicht gleichzeitig so traurig wäre. Immerhin, die ULB steht zum Kunstwerk: Das Kunstwerk „wird bleiben, und zwar dauerhaft" heißt es von dort.

Arbeitszwang im Strafvollzug

Möglichkeiten der Arbeitsverweigerung

Strafgefangene und Sicherungsverwahrte sind gemäß Strafvollzugsgesetz verpflichtet, eine ihnen zugewiesene Arbeit auszuüben, zu der sie körperlich in der Lage sind (§ 41 StrVollzG). Hierfür erhalten sie eine Arbeitsentlohnung, die 9% des durchschnittlichen Verdienstes der ArbeiterInnen und Angestellten beträgt (§ 43 Abs. 2 StrVollzG). Wer sich der Zwangsarbeit verweigert, davon spricht selbst das Grundgesetz in Artikel 12 Abs. 3, muss in aller Regel damit rechnen, an den Haftkosten beteiligt zu werden. Jeden Monat fallen dann ca. 360 Euro für Unterbringung und Verpflegung an.

Weitere Sanktionen sind die Regel: Angefangen beim Entzug des Fernsehers, über Beschränkung der Teilnahme an Freizeitaktivitäten innerhalb der Anstalt und Einschränkungen eventueller Vollzugslockerungen; vor allem aber keine Möglichkeit, sich Dinge wie Tabak oder Kaffee zu kaufen, denn Nahrungsmittel dürfen nur vom Arbeitsentgelt erworben werden (§ 22 StrVollzG).

Gefangene wollen arbeiten

In der Praxis ist es so, dass der Großteil der Inhaftierten Arbeit wünscht. Einige betteln sogar regelrecht um Zuteilung einer Arbeit, um es etwas scharf zu formulieren. Zwar erhalten unverschuldet ohne Arbeit auf ihren Zellen sitzende Gefangene ein Taschengeld von zur Zeit 31,50 Euro im Monat. Das reicht jedoch kaum zur Deckung grundlegender Bedürfnisse – erst recht nicht, wenn jemand raucht und Kaffee trinkt. Die meisten langweilen sich, wenn sie 23 Stunden am Tag in ihren Zellen sitzen müssen. Sie sind froh, aus der Zelle zu kommen, Gesellschaft zu haben und sich dann beim 14-tägigen Einkauf eine Kleinigkeit kaufen zu können; wobei in vielen Gefängnissen darüber geklagt wird, dass die Knast-Shops überteuerte Preise verlangen.

Möglichkeiten der Arbeitsverweigerung

Eine erste Strategie der Arbeitsverweigerung besteht in kontinuierlicher sogenannter „Schlechtleistung", d.h. man unterschreitet das geforderte Pensum erheblich, meldet sich regelmäßig krank und geht täglich zum Arzt. Je nach Anstalt wird hierauf unterschiedlich reagiert. Bei „Schlechtleistung" ist es heute üblich, die Gefangenen disziplinarisch zu belangen. Man unterstellt ihnen, sie könnten mehr leisten als sie abliefern.

Eine zweite Strategie der Arbeitsverweigerung besteht darin, sich bei der Betriebsleitung unattraktiv zu machen, indem man sich regelmäßig beschwert. Kaum ein Betrieb in einer JVA ist frei von Mängeln. Diese gilt es herauszufinden, um sich dann bei allen nur denkbaren Einrichtungen darüber zu beschweren. Meist wird man daraufhin dem Meister derart unbequem, dass er den Gefangenen freiwillig als „unverschuldet ohne Arbeit" in die Zelle zurückschickt.

Eine dritte Strategie ist die offen politisch begründete Ablehnung von Arbeit im Gefängnis. Hier argumentieren Gefangene, dass sie für diesen Staat keine Zwangsarbeit zu leisten bereit sind, kein System unterstützen, welches sie ablehnen und welches ihnen die Freiheit nimmt und zugleich ihre Arbeitskraft möglichst effizient ausnutzen möchte (bei gleichzeitig niedrigster Entlohnung). Bei dieser Argumentation ist mit den eingangs skizzierten Konsequenzen zu rechnen.

Eine vierte Möglichkeit bestünde in der Verweigerung der Arbeit aus Gewissensgründen gemäß Artikel 4 des Grundgesetzes (GG). Im Gegensatz zur vorgenannten dritten Alternative, würde man sich hier zumindest teilweise auf das System und dessen Regeln einlassen, indem man die hier bestehenden Schlupflöcher nutzt. Im Folgenden möchte ich diesen Weg näher erläutern:

„Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich", so heißt es in Artikel 4 Absatz 1 GG.

Die Gewissensfreiheit wird vorbehaltund schrankenlos gewährleistet, sie kann also beispielsweise nicht durch ein Gesetz eingeschränkt werden. Nur auf der Grundlage verfassungskonformer Schranken darf in dieses Grundrecht eingegriffen werden.

Was ist eine Gewissensentscheidung? Das Bundesverfassungsgericht bestimmte sie als jede ernste, sittliche, d.h. an den Kriterien von „gut" und „böse" orientierte Entscheidung, die der Einzelne in einer bestimmten Lage als für sich bindend und unbedingt verpflichtend erfährt, so dass er gegen sie nicht ohne ernste Gewissensnot handeln kann.

Es gibt (auch in der Literatur zum Strafvollzugsrecht) zahlreiche Stimmen, die von einer Verletzung der Menschenwürde ausgehen, wenn einem Gefangenen zwangsweise die Leistung von Arbeit abverlangt wird.

Grafik: CSS Tinderbox

Wer also ernsthaft begründen kann, dass die Ausübung der ihm angebotenen Arbeit innerhalb des Gefängnisses als elementarer Verstoß gegen die eigene Würde erfahren wird, (auch) aus politischen Gründen, die für ihn bzw. sie essentiell sind, kann meiner Meinung nach mit gutem Erfolg die Arbeit verweigern, ohne dafür in Regress genommen zu werden. Wahrscheinlich wäre die Frage gerichtlich zu klären, denn von sich aus dürften die wenigsten Anstalten eine solche Gewissensentscheidung anerkennen. Da diese Thematik bislang weder von Obergerichten noch vom Bundesverfassungsgericht geklärt ist, besteht zwar eine gewisse Unsicherheit, jedoch kommt der Gewissensfreiheit im deutschen Recht hohes Gewicht zu.

Interessant wäre es zudem, wenn sich auch Menschen in „Freiheit", die von der ARGE in Ein-Euro-Jobs gezwungen werden, überlegen, ob ihr Gewissen nicht eine Verweigerung dieser Arbeitspflicht erfordert.

Thomas Meyer-Falk, z.Zt. JVA Bruchsal

www.freedom-for-thomas.de
www.freedomforthomas.wordpress.com



Der große Bruder schaut dich an.

KONTROLLE, ÜBERWACHUNG, EINSCHÜCHTERUNG

Neue Personalausweise ab 1. November 2010

Am 14. Dezember gab die Bundesregierung offiziell bekannt, dass am 1. November 2010 ein neuer Personalausweis eingeführt wird. Der neue Ausweis ist berührungsfrei aus der Distanz lesbar und hat die Größe einer EC-Karte. Neben den bisherigen Personalausweismerkmalen soll er zusätzliche digitale Kodierungen enthalten. Dazu gehören u.a. zwei Fingerabdrücke. Außerdem enthält jeder Ausweis eine einheitliche Identifikationsnummer, die zur Authentifizierung etwa beim Online-Shopping oder bei der Altersverifikation genutzt werden soll. Datenschützer kritisieren, dass durch den neuen Ausweis die Kontrolle über den Zugriff auf die eigenen Ausweisdaten verloren gehe könne. Der Ausweis ist grundsätzlich mit einfachen technischen Möglichkeiten aus der Distanz lesbar. So soll er z.B. zur Altersverifikation an Zigarettenautomaten verwendet werden können. Er würde es damit grundsätzlich ermöglichen, z.B. große Menschenmenge über Kontrollschleusen zu erfassen oder Bewegungsprofile anzulegen. Wer vor dem 1. November einen Personalausweis beantragt, erhält noch den alten, derzeit gültigen Ausweis und kann sich für einige Jahre vor der neuen Datenkrake in Sicherheit bringen.

ELENA: Wer streikt, wird erfasst

Wir berichteten bereits vor einiger Zeit über ein neues, bundeseinheitliches Datenmonster mit dem klangvollen Namen ELENA. Das Kürzel steht für „Elektronischer Einkommensnachweis". Das System ist mit dem 1. Januar 2010 in Betrieb genommen worden. Gefüttert wird es bundesweit und zentral mit den Entgelt-Daten aller Firmen. Aus diesem Pool können sich verschiedene Behörden und Einrichtungen bedienen, etwa bei der Bewilligung von Arbeitslosengeld, Wohngeld oder Sozialleistungen. Als ob das nicht schon problematisch genug wäre, sind die Firmen verpflichtet, einen insgesamt 40-seitigen Katalog abzuarbeiten und die dort angeforderten Daten in ELENA einzuspeisen. Dazu gehören Angaben über eventuelle Fehlzeiten ebenso wie Angaben darüber, ob Beschäftigte an Streiks teilgenommen haben. Weitere Fragen sind etwa die, ob ein/e Mitarbeiter/in Abmahnungen erhalten hat oder sich fehlerhaftes Verhalten hat zu Schulden kommen lassen. Der Arbeitgeber soll auch über die Gründe für Abmahnungen oder Kündigungen Auskunft geben. Alles Daten, die mit der eigentlichen Lohnzahlung nichts zu tun haben, die aber auf Betreiben der Bundesagentur für Arbeit in den Katalog aufgenommen worden sind. Schließlich kann ein „vertragswidriges Verhalten" eine Sperre beim Arbeitslosengeld auslösen. Dank ELENA würde so etwas automatisiert möglich. Die politisch und administrativ Verantwortlichen haben auf Kritik an der völlig ausufernden Datenbank bislang nur mit dem Hinweis reagiert, dass das System sicher und ein Missbrauch ausgeschlossen sei. Als ob bei ELENA der Missbrauch und nicht der Gebrauch das eigentliche Problem wäre!

EU-weites Überwachungsprojekt für „abweichendes Verhalten"

„Indect" ist ein EU-weites Überwachungsprojekt zur Vereinheitlichung der Erfassung von Überwachungsmaßnahmen wie Videoüberwachung, Erfassung von Personengruppen in Datenbanken, Beobachtung des Internets auf verdächtige Aktivitäten etc. Besonderes Interesse haben die EU-Überwachungsbehörden dabei an sog. „sozial abweichendem Verhalten". Im Neusprech der Polizeibehörden liest sich das wie folgt: „Gefährliche und untypische Ereignisse sollen automatisch erkannt werden. Das dabei beobachtete Verhalten muss nicht notwendigerweise illegal sein, um als relevant eingestuft zu werden" – so formuliert im „Bericht über die Sammlung und Analyse der Benutzeranforderungen" für „Indect". Verhaltensweisen wie „Herumlungern" sollen vom System ebenso „proaktiv" entdeckt werden wie Aufrufe zu Flashmobs oder Spontandemonstrationen. Ebenso soll EU-weit verstärkt ein elektronisches Auge auf Hooligans und Sprayer geworfen werden.

USA: Verhaftung von Demo-Tweetern

Während der Proteste gegen einen G20-Gipfel in Pittsburgh im September letzten Jahres hat die Polizei zwei Medienaktivisten aus New York in Haft genommen. Die beiden hatten während der Proteste einen Kanal des Microblogging-Dienstes Twitter betrieben, in dem aktuell über die laufenden Polizeimaßnahmen gegen DemonstrantInnen informiert wurde. Daraufhin stürmte die Polizei das Hotelzimmer der beiden Medienaktivisten und beschlagnahmte ihr Equipment. Ein Polizeisprecher rechtfertigte den Überfall damit, dass die beiden „ganz klar die Arbeit der Behörden behindert" hätten. Ein sofort eingeleitetes Ermittlungsverfahren wurde inzwischen wieder eingestellt.

Lidl: Mitarbeiterdaten offen zugänglich

Der europaweit agierende Lebensmittel-Multi Lidl, der bereits mehrfach durch Verstöße gegen den Datenschutz seiner MitarbeiterInnen aufgefallen ist, versucht derzeit, sein Image mit einer Kampagne aufzupolieren. Demnach seien die Preise der Firma alles, außer teuer. Teuer darf scheinbar auch die Sicherheitstechnik für die IT-Infrastruktur des Konzerns nicht sein. Das legt jedenfalls eine Sicherheitslücke nahe, durch die auf einem Server des Konzerns tausende Dokumente mit sensiblen Informationen innerhalb des Unternehmens offen zugänglich waren. Dazu gehörten auch Personalunterlagen wie Abmahnungen, Krankmeldungen und Schriftverkehr mit Ärzten. Ein ehemaliger Lidl-Mitarbeiter erhielt eine Festplatte zugespielt, auf der sich mehr als 200.000 solch sensibler Dokumente befanden, die offensichtlich von dem Server abgezogen wurden. Nach Angaben des Mitarbeiters habe dieser versucht, Lidl von dem Leck in Kenntnis zu setzen. Dort habe man ihn aber mit einem einfachen „Na und?" abgewimmelt. Erst als er die Presse eingeschaltet habe, habe Lidl ihn aufgefordert, die Festplatte unverzüglich der Staatsanwaltschaft zu übergeben.

§§§-Dschungel

Kündigungsschutzklage innerhalb von drei Wochen erheben!

Wollen Beschäftigte gegen die Kündigung ihres Arbeitsverhältnisses vorgehen, müssen sie innerhalb einer Frist von drei Wochen nach Zugang der schriftlichen Kündigung Klage beim Arbeitsgericht erheben. Nur wenn sie unverschuldet verhindert waren, die Klage rechtzeitig zu erheben, können sie unter bestimmten Bedingungen die nachträgliche Zulassung der Klage nach § 233 Zivilprozessordnung beantragen. Haben Betroffene die Klage verschuldet zu spät erhoben, gilt die Kündigung von Anfang an als rechtswirksam. Auch wenn Prozessbevollmächtigte das Fristversäumnis verschuldet haben, ist dieses Verschulden dem Arbeitnehmer zuzurechnen. (BAG vom 11. Dezember 2008 – 2 AZR 472/08)

Wichtig für ArbeitnehmerInnen:

1. Unbedingt und in jedem Fall innerhalb von drei Wochen auf eine Kündigung mit einer sogenannten Kündigungsschutzklage reagieren. Kein Spiel mit Argumenten à la „ich war ja in Urlaub", „habe die Kündigung nicht erhalten", „der Betriebsrat wurde ja nicht angehört" usw.
2. Nicht auf Rechtsanwälte und Gewerkschaftsvertreterinnen vertrauen. Auch die können Fehler machen! Immer kontrollieren, z.B. durch Nachfragen oder schriftliche Zwischeninformation, ob eine Klage eingereicht wurde.

Kündigung per SMS?

Eine SMS wahrt die für eine Kündigung vorgeschriebene Schriftform des § 623 Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) nicht. Entsprechendes gilt für eine Auflösungsvereinbarung. (LAG Hamm, 10 Sa 512/07)
Anmerkung: Kündigungsversuche per SMS sind unzulässig. Generell dürfen Kündigungen nicht auf elektronischem Weg ausgesprochen werden. Das gilt auch für Medien wie E-Mail und Fax. Trotzdem in solch einem Fall immer erst einmal Kündigungsschutzklage einreichen! Ob etwas an einer Kündigung unwirksam war oder nicht, kann nur ein Gericht feststellen.

Kündigung wegen „Stromdiebstahls" im Wert von unter 1 Cent

Weil er den Akku seines privaten Mobiltelefons im Betrieb aufgeladen hat, ist einem Arbeitnehmer nach 15 Jahren Betriebszugehörigkeit fristlos gekündigt worden. Der Schaden soll sich auf 0,014 Cent (= 0,00014 Euro) belaufen.
Der Arbeitgeber hat neben der fristlosen Kündigung gleich auch noch ein Hausverbot ausgesprochen. Er hielt den „Stromdiebstahl" für eine Straftat, anscheinend nach § 248c StGB. Diebstahl nach § 242 StGB wäre vermutlich daran gescheitert, dass Strom keine Sache ist. Ein Kammertermin war auf den 29.10.2009 anberaumt (4 Ca 1228/09). Der Prozess wurde inzwischen eingestellt, da der Chef einen Rückzieher machte.

Wichtig für uns:

Nach wie vor entscheiden die Gerichte bei Diebstahl auch geringwertiger Güter gegen die Beschäftigten. Auch ohne vorherige Abmahnung wird eine Kündigung für rechtens erklärt. Hier hilft nur der im Moment immer stärker werdende Druck der öffentlichen Meinung, solche Kündigungen ohne vorherige Abmahnung als völlig überzogen abzulehnen. Öffentlicher Widerstand ist daher auch außerhalb des Rechtsweges unbedingt angesagt und führt gelegentlich zum Erfolg. So auch der am 11.10.09 im Fernsehen diskutierte „Frikadellenfall" (Verzehr einer Frikadelle, die für eine Konferenz bestimmt war), bei dem die Kündigung kurz vor der Sendung zurückgenommen wurde.

Altersdiskriminierung bei Kündigung?

Im § 622 Abs. 2 BGB steht nach wie vor folgender Satz: „Bei der Berechnung der Beschäftigungsdauer werden Zeiten, die vor der Vollendung des 25. Lebensjahrs des Arbeitnehmers liegen, nicht berücksichtigt." Dazu zwei aktuelle Urteile:
§ 622 Abs. 2 Satz 2 BGB verstößt gegen das europarechtliche Verbot der Altersdiskriminierung (Richtlinie 2000/78/EG des Rates vom 27.11.2000). Die Vorschrift darf nicht mehr angewandt werden. Eine Vorlage an den Europäischen Gerichtshof ist nicht erforderlich. (LAG Schleswig-Holstein, 28.05.2008, Az: 3 Sa 31/08)
Die Regelung des § 622 Abs. 2 Satz 2 BGB ist altersdiskriminierend. Sie verstößt gegen die Grundsätze der Gleichbehandlung (Richtlinie 2000/78/EG des Rates vom 27.11.2000). Daher ist diese Vorschrift bei der Berechnung der Kündigungsfrist nicht anzuwenden. (LAG Berlin, 24.07.2007, Az: 7 Sa 561/07)

Rauchverbot – Verstoß rechtfertigt Kündigung!

Verstoßen ArbeitnehmerInnen mehrfach und trotz Abmahnung gegen ein betriebliches Rauchverbot, kann dies eine ordentliche Kündigung nach sich ziehen.
(LAG Köln vom 1. August 2008, Az: - 4 Sa 590/08)

Thersites, FAU Neustadt/W.

Der Lohn wuchert nicht gerade

FAU Westmecklenburg geht gegen sittenwidrige Löhne in der „persönlichen Assistenz" vor

Ursprünglich sollte die „persönliche Assistenz", eine Errungenschaft der Behindertenbewegung, körperlich oder geistig beeinträchtigten Menschen ein möglichst selbstbestimmtes Leben ermöglichen. Und eigentlich sollten die AssistentInnen, die sie dabei unterstützen, von ihrem Gehalt auch ein würdevolles Leben führen können. Soweit die Theorie.

Ein undurchsichtiges Geflecht von Kostendrückern, bestehend aus Kranken- und Pflegekassen, Sozialämtern, Arbeitsämtern und Pflegediensten verhindert aber, dass diese Absicht Wirklichkeit wird. In unserem Fall arbeitet ein Mitglied des Allgemeinen Syndikats Westmecklenburg für den Rostocker Verein „Ohne Barrieren" – zu einem Bruttolohn von 5,98 Euro pro Stunde. Gegen diesen Dumpinglohn wird er – mit Unterstützung der FAU Westmecklenburg, der FAU Region Nord und der Unabhängigen ArbeitnehmerInnenvertretung in der persönlichen Assistenz (UAPA) – Klage wegen sittenwidrigen Lohns beim Arbeitsgericht Rostock erheben. Das Gericht kann die Lohnvereinbarung im Arbeitsvertrag für nichtig erklären und einen eigenen Satz festlegen. Im Idealfall wird die Differenz für die gesamte Dienstzeit nachgezahlt.

Branchenübliches Knausern

Im Fall der „persönlichen Assistenz" ist die Ermittlung eines für die Klage notwendigen Durchschnittslohns nicht ganz einfach. Zum einen liegt der Assistenz keine geschützte Berufsbezeichnung zugrunde, und zum anderen sind die möglichen Tätigkeiten in der Assistenz sehr breit gefächert.

Durch die Vielzahl von Firmen, die teilweise schwierig aufzufinden sind oder aber auch aus verschiedenen Gründen keine Daten zu ihren Löhnen herausgeben, ist es sehr arbeitsaufwendig, ein umfassendes Bild über die Lohnsituation in der Assistenz zu bekommen.

In unserem konkreten Fall passierte, ungeachtet einer Reportage des ARD-Magazins *PlusMinus*, zunächst nichts. Erst einige Monate nach der Sendung wurden die Kostensätze neu verhandelt. Das Ergebnis: Der Verein bekommt jetzt pro Assistenzstunde mehr als drei Euro zusätzlich, ist aber nur bereit, in Verbindung mit einem neuen Arbeitsvertrag (und einer neuen Probezeit von sechs Monaten), 80 Cent davon an die Beschäftigten weiterzugeben.

Da unser Genosse in der Zwischenzeit einen neuen Arbeitgeber gefunden hat, bei dem er für eine vergleichbare Arbeit statt bisher 5,98 brutto nun 9,48 Euro bekommt, hat er dieses „unwiderstehliche" Angebot von „Ohne Barrieren" e.V. nicht angenommen. Es ist also durchaus möglich, auch im Osten als Assistent ein verhältnismäßig akzeptables Gehalt zu bekommen.

Hoffen auf die Klage

Im Idealfall ist die Klage erfolgreich und es geht von ihr neben der individuellen Entschädigung ein politisches Signal für die gesamte Branche aus. Zumindest KollegInnen mit ähnlich miesen Gehältern können dann problemlos Gehalt nachfordern und ein derart krasses Lohndumping würde der Vergangenheit angehören.

Unsere Bitte an die LeserInnen der DA: Unterstützt uns beim Sammeln von Belegen, dass der Lohn unseres Genossen sittenwidrig ist! Kennt ihr Menschen, die Assistenz in Anspruch nehmen oder AssistentInnen sind? Dann fragt sie nach Kopien von Arbeitsverträgen, Betriebsvereinbarungen zur Lohnhöhe oder bittet sie, den von uns vorbereiteten und unter http://fauwm.systemausfall.org abrufbaren Fragebogen auszufüllen.

Alexis Schwartz

Kontakt zur FAU Westmecklenburg: fauhwi@fau.org

Fortsetzung von Seite 1 „Berliner Provinzposse"

Konkrete Aussagen zur rechtlichen Stellung von Gewerkschaften, aber auch zum Streik, sind dort allerdings nicht zu finden. In Grundgesetz Artikel 9 Absatz 3 heißt es: „Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig."

Damit ist garantiert, dass eine solche Koalition existieren kann, ohne dass es einer besonderen staatlichen Genehmigung bedarf. Die Koalition genießt Autonomie und hat das Recht, ihre internen Verhältnisse nach eigenen Vorstellungen zu gestalten. Dem Staat ist es damit verboten ein „Gewerkschaftsstatut" zu erlassen, das diesen Rahmen einschränkt.

Gewerkschaften und „tariffähige Gewerkschaften"

Um aber die Beschäftigten und ihre Koalitionen (Gewerkschaften) in die Bahnen der Tarifpolitik zu nötigen, ihre Rechte gegenüber den Unternehmern zu beschneiden, aber auch um Gefälligkeitstarifverträge mit Pseudo-Gewerkschaften zu erschweren, hat das Bundesarbeitsgericht seit den 1950er Jahren die „tariffähigen Gewerkschaften" erfunden. Seitdem gibt es daher in der BRD zwei Formen von Gewerkschaften, denen unterschiedliche Rechte zugestanden werden.

Die normalen Gewerkschaften, wie auch die"tariffähigen Gewerkschaften" müssen gewisse Anforderungen erfüllen. In einem der aktuellsten Urteile (1 ABR 53/05) befindet das Bundesarbeitsgericht (BAG): „Eine Arbeitnehmervereinigung ist eine Gewerkschaft im arbeitsrechtlichen Sinne nur, wenn sie sich als satzungsmäßige Aufgabe die Wahrnehmung der Interessen ihrer Mitglieder in deren Eigenschaft als Arbeitnehmer gesetzt hat und willens ist, Tarifverträge abzuschließen. Sie muss frei gebildet, gegnerfrei, unabhängig und auf überbetrieblicher Grundlage organisiert sein und das geltende Tarifrecht als verbindlich anerkennen."

Um „tariffähig" zu sein, muss eine Arbeitnehmervereinigung (Gewerkschaft) zusätzliche Voraussetzungen erfüllen. Dazu gehören Durchsetzungskraft gegenüber dem sozialen Gegner und ausreichende organisatorische Leistungsfähigkeit.

Die uns bekannten Urteile des Bundesarbeitsgerichts (BAG) zum Thema „Tariffähigkeit", hatten in den vergangenen Jahrzehnten den Hintergrund, dass Organisationen landes- oder bundesweite Tarifzuständigkeiten für bestimmte Berufsgruppen oder Branchen beansprucht hatten, ohne dort eine größere Zahl von Mitgliedern zu haben und ohne sich jemals in einem Arbeitskampf befunden zu haben.

Bis jetzt ist noch nie einer kämpfenden Gewerkschaft, die sich mitten in einem Arbeitskonflikt befunden hat, die Tariffähigkeit, oder gar der Name oder Status einer „Gewerkschaft" aberkannt worden. Wenn die einstweiligen Verfügungen bestätigt würden, wäre die FAU Berlin die erste.

KC (FAU VAB Frankfurt/M)

Wer hat uns verraten ...

Internationale Solidarität durch Parlamentarismus ausgehebelt. Hinter dem Votum für die Kriegskredite des deutschen Reiches steckte 1914 sozialdemokratisches Machtkalkül

Vor 95 Jahren, an Weihnachten, brach die Westfront im Ersten Weltkrieg für kurze Zeit zusammen. Der Grund: Die Soldaten wollten nicht mehr kämpfen und verbrüderten sich. Dennoch dauerte es fast vier weitere Jahre, bis das industrielle Morden ein Ende hatte.

Es ist ein weit verbreitetes Bild, dass die Arbeiterbewegungen insbes. in Frankreich und Deutschland der „Verteidigung des Vaterlandes" den Vorzug vor der Klassenidentität gegeben hätten. Tatsächlich war zwar mit dem Beginn des Krieges auf beiden Seiten der „Burgfrieden" hergestellt und breite Teile der Arbeiterschaft von einer nationalen Begeisterung angesteckt worden. Eine differenziertere Betrachtung wirft jedoch ein brennendes Schlaglicht auf die Rolle der Organisationsformen und -konzepte in der Arbeiterbewegung, die dieser beidseitigen Endsolidarisierung zugrunde lagen. Dies ist ebenso relevant für ein besseres Verständnis z.B. der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik, die nicht mal zwei Jahrzehnte nach der Katastrophe von 1914 erneut ihren Bankrott erklären musste.

Ignorierung der französischen Arbeiterbewegung

Anders als in Deutschland waren in Frankreich Anfang des 20. Jahrhunderts die SyndikalistInnen die dominierende Kraft in der Arbeiterbewegung. Deren Organisation, die CGT, startete zwischen 1905 und 1914 mehrfach Initiativen, die internationale Arbeiterbewegung im Falle eines Krieges handlungsfähig zu machen. Zum Beispiel trat sie während der Marokkokrisen 1905/1911 und ebenso während der Balkankrise 1912/13 für parallele Antikriegsdemonstrationen in Deutschland und Frankreich ein. Ab 1907 versuchte sie immer wieder, das Thema Antikriegsstreik auf die Tagesordnung internationaler Treffen zu setzen. All diese Initiativen wurden stets von der deutschen Sozialdemokratie blockiert. In der Regel verweigerten sich die deutschen Gewerkschaften den CGT-Bemühungen, weil sie sich in ihrer Reduktion auf „rein gewerkschaftliche" Belange nicht für eine solche politische Problematik zuständig sahen.

Eben jene Zuständigkeit sahen sie beim politischen Arm der Sozialdemokratie: der SPD. Diese wiederum setzte konzeptionell jedoch allein auf ihr parlamentarisches Betätigungsfeld und zog z.B. politische Generalstreiks nicht wirklich in Betracht. Wie der Historiker Arno Klönne schreibt, wurde „die eigene [antimilitaristische] Propaganda ... offenbar nicht sehr ernst genommen, denn es gab keinerlei Konzepte der Partei für den Fall eines in den Krieg der Völker umschlagenden internationalen Konflikts."[1] Symptomatisch hierfür war die Begründung für die Nichtteilnahme der deutschen Gewerkschaften am großen Baseler Antikriegskongress 1912: dass „wir eine Beteiligung der Gewerkschaften offiziell nicht angebracht erachten bei einer solch rein politischen Veranstaltung."[2] Deutlich werden hier die fatalen Implikationen des sozialdemokratischen Bewegungskonzeptes.

Denn die Macht der Arbeiterbewegung lag im Wesentlichen im Produktionsbereich; der aber wurde durch die Arbeitsteilung zwischen Gewerkschaften und Partei entpolitisiert.

Kreuzzug gegen den Syndikalismus

Bereits Ende des 19. Jahrhunderts hatte die deutsche Sozialdemokratie auf nationaler Ebene abweichende Sozialismuskonzeptionen wirkungsvoll marginalisiert und den Zentralismus, die Arbeitsteilung von Partei und Gewerkschaft sowie das parteipolitische Primat institutionalisiert.[3] Die Historikerin Susan Milner zeigt auf, wie die SPD diese Uniformierungspolitik auch international – v.a. in Konkurrenz zur CGT – fortsetzte, indem sie während der Zweiten Internationale (1889–1914) Organisationen mit abweichenden Modellen unter Druck setzte.[4] „[D]eutlich wurde ... der Versuch ... die Gewerkschaften der anderen Länder nach deutschem Vorbild zu zentralistischen Organisationen ... umzugestalten. ... Damit etablierten sich aber auch innerhalb der internationalen Gewerkschaftsbewegung jene bürokratischen Verhaltensweisen, wie sie gerade für die deutschen Gewerkschaften typisch waren," so Leich und Kruse.[5] Es sollte deshalb nicht verwundern, dass die CGT, die weiterhin für die Einheit von ökonomischen und politischem Kampf in Form revolutionärer Gewerkschaften warb, letztlich isoliert und damit konfrontiert war, dass auch die international verbündeten Gewerkschaften „nicht bereit waren, über Formen antimilitaristischer Politik auch nur zu diskutieren".[6]



Weihnachten 1914 an der Westfront: Britische und deutsche Soldaten legten die Waffen nieder und verbrüderten sich. Den Generälen beider Seiten gelang es nur mittels Repressionen und Versetzungen, die Soldaten wieder in die Gräben zu treiben.

Dass es Ende Juli 1914 unter den Gewerkschaften nicht einmal mehr Konsultationen gab und ein Vorstandstreffen der Zweiten Internationalen lediglich einen formellen Beschluss zu Antikriegs*demonstrationen* fasste, kann nur als Resultat dieses Prozesses betrachtet werden. Auch die Enttäuschung der CGT über die deutsche Sozialdemokratie, die man zunehmend als einen dem deutschen Wesen entsprechenden bürokratischen und autoritären Apparat verstand – womit die nationale Integration der CGT in die *union sacrée*[7] ein stückweit psychologisch vorbereitet wurde –, muss in diesem Zusammenhang gesehen werden. Dennoch war die Kriegsbegeisterung aufgrund des energischen Antimilitarismus der CGT in Frankreich grundsätzlich geringer. Wie Peter W. Reuter feststellte, hatte die überwiegende Mehrheit der französischen Arbeiterbewegung den Kriegseintritt „eher aus Resignation vor dem Unvermeidlichen akzeptiert".[8] Selbst nachdem sich die CGT in das nationale Bündnis eingereiht hatte, stand die Loyalität der französischen Arbeiterklasse stets auf wackligen Füßen.[9]

Der deutsche Weg: Zentralismus, Disziplin und politisches Primat

Neben der konfigurierenden Arbeitsteilung darf auch die Bedeutung des Zentralismus in der Sozialdemokratie nicht unterschätzt werden. Wie Bernt Engelmann feststellt, war Ende Juli 1914 in der deutschen Arbeiterschaft „noch ein entschiedener Wille spürbar, den Kriegstreibern in den Arm zu fallen und „alle Räder still" stehen zu lassen ... Die Mehrheit der Partei- und Gewerkschaftsführung sowie der Reichstagsfraktion aber war bereits entschlossen, jeden weiteren Widerstand gegen den Krieg zu verhindern."[10] Die nationale Euphorie, die sich Anfang August 1914 in großen Teilen der deutschen Arbeiterschaft zeigte, muss notwendigerweise wesentlich durch die Entscheidung der Führungsspitzen beflügelt worden sein. Hierbei gilt es sich vor Augen zu halten, dass die Sozialdemokratie eine Bewegung war, die auf erhöhter Disziplin gegenüber der Zentrale basierte. Mit der geschlossenen Zustimmung der SPD-Fraktion (Fraktionszwang) zu den Kriegskrediten – obwohl in der Vorabstimmung die Mehrheit nicht so deutlich ausfiel – gab die SPD ein Signal an die Arbeiterklasse, das keineswegs dem Querschnitt der Bewegung entsprach. Ein differenzierteres Votum der Fraktion hätte sicherlich den kämpferischen Teilen der Arbeiterbewegung, wo das Bekenntnis zum Internationalismus nach wie vor ausgeprägt war, enormen Auftrieb gegeben.

Rudolf Rocker stellte im Rückblick auf die Entwicklung der Sozialdemokratie fest: „Indem [sie] ... ihre ganze Wirksamkeit allmählich völlig auf ... die Eroberung der politischen Macht als angebliche Vorbedingung für die Verwirklichung des Sozialismus einstellten, schufen sie im Laufe der Zeit eine ganz neue Ideologie ... In den Köpfen der Führer dieser neuen Richtung vermengten sich die Belange des nationalen Staates mit den geistigen Belangen ihrer Partei ... So konnte es nicht ausbleiben, dass [sie] sich allmählich in das nationale Staatsgefüge ... eingliederten..."[11]

Ironie der Dialektik: Marxismus als Nationalismus-Faktor

Tatsächlich folgte das machtpolitische Kalkül der sozialdemokratischen Führer abstrakten Erwägungen, die aus der marxistischen Theorie hergeleitet wurden. So sollte mit dem Burgfrieden das politische Gewicht der SPD erhöht und die Rolle der Gewerkschaften in den industriellen Beziehungen gestärkt werden. Die Sozialdemokratie vertrat dabei u.a. die Auffassung, der Krieg gegen Russland richte sich gegen den Zarismus; die Errungenschaften des kapitalistischen Fortschritts und der deutschen Arbeiterbewegung würden so in das noch halb-feudale Russland exportiert und dessen Entwicklung zum Sozialismus beschleunigt. Albert Camus hatte insofern nicht ganz Unrecht, wenn er im Zusammenhang des Marxismus von der „deutschen Ideologie" und der „cäsarischen Revolution" sprach, die „von der Doktrin ausgeht und mit Gewalt die Wirklichkeit in sie einführt."[12] Auch Rudolf Rocker verwies öfters auf dessen preußischen Charakter, was wiederum Erich Mühsam unter dem Begriff „Bismarxismus" spöttisch zu pointieren versuchte.

Es wäre falsch, diese Tendenz nur als das Resultat eines bestimmten politischen Kurses zu bewerten. Es gibt gewisse Grunddispositionen, die im marxistischen Konzept der politischen (nationalen) Machteroberung und des historisch-materialistischen Revolutionsverständnisses vorangelegt waren. So argumentierten bereits 1870 Marx und Engels, dass der Deutsch-Französische Krieg von Vorteil sei, da er international zu einem Übergewicht des zentralistischen, deutschen Konzeptes in der Arbeiterbewegung führen würde.[13] Es gibt gute Gründe zu behaupten, dass die Politik, die aus diesem abstrakten Revolutionsverständnis rührte, Anfang des 20. Jahrhunderts eine „Germanisierung" der internationalen Arbeiterbewegung bewirkt hatte, während – wie es einst Hans-Ulrich Wehler herausgearbeitet hat – die Sozialdemokratie wesentlich zu einer „Nationalisierung" des deutschen Proletariats beigetragen hatte.[14]

Die Weichen sind gestellt

Durch die umfassende Hegemonie der Sozialdemokratie hatte es eine Kriegsopposition in Deutschland schwer, sich zu artikulieren, und war zu diesem Zwecke notwendigerweise gezwungen, erstmal organisatorisch mit der Sozialdemokratie zu brechen. Der Syndikalismus in Deutschland war vor dem Ersten Weltkrieg weitgehend unbekannt.[15]

So zeigte sich der Unmut gegen den Krieg zunächst in unorganisierten Formen, z.B. im sog. „Weihnachtsfrieden" von 1914, als die Front für mehrere Tage praktisch nicht existierte, weil die Soldaten beider Seiten an der Westfront sich verbrüderten – eine regelrechte Massenbewegung von unten. Nur mit äußerster Mühe, Repressionen und Versetzungen gelang es den Generälen beiderseits, die Soldaten wieder in die Gräben zu treiben. Für die Folgejahre war man vorgewarnt und verlegte in der „besinnlichen Zeit" nur die verlässlichsten Truppenteile an die Front.[16]

Es dauerte eine Weile, bis in Deutschland die Antikriegsbewegung zum Durchbruch gelangte. Die revolutionären Folgen dieser Zeit sind allseits bekannt. Es war die Zeit, in der organisatorische Konsequenzen innerhalb der Arbeiterbewegung hätten gezogen werden müssen. Edo Fimmen, der Vorsitzende der Internationalen Transportarbeiterföderation (ITF), stellte damals fest, dass das Versagen der internationalen Arbeiterbewegung wesentlich durch den Zentralismus und die Entpolitisierung der Gewerkschaften bedingt gewesen sei.[17] Er machte sich mit der organisatorischen Neuausrichtung der ITF, hin zu einer revolutionären Gewerkschaft, für eine Syndikalisierung der Arbeiterbewegung stark. Die Hegemonie des marxistischen Organisationsmodells konnte aber nicht gebrochen werden. Auch die KPD hielt an dem Konzept der Arbeitsteilung, dem Zentralismus und dem parteipolitischen Primat fest, ja intensivierte dies sogar.[18] Der „Kriegssozialismus" von SPD und Gewerkschaften erfuhr z.T. seine Fortsetzung durch industrielle Arbeitsgemeinschaften und die staatliche Einbindung der Gewerkschaften. Der Idee der Volksgemeinschaft wurde damals ein stückweit der Boden bereitet.[19]

Mit dieser weiteren Deaktivierung von Basistendenzen, der zunehmenden Disziplinierung der Arbeiterschaft und weiteren Nationalisierungstendenzen war das erneute Versagen der Arbeiterbewegung am Ende der Weimarer Republik fast vorprogrammiert. Das deutsche Modell von Zentralismus, Disziplin und Arbeitsteilung zeigte erneut seine Wirkung – und ließ die Arbeiterklasse unresistent und handlungsunfähig zurück.

Holger Marcks

Anmerkungen:

[1] Klönne, *Die deutsche Arbeiterbewegung*, Düsseldorf/Köln 1981, S. 127.
[2] Zitiert nach Leich & Kruse, *Internationalismus und nationale Interessenvertretung*, Köln 1991, S. 42.
[3] Der dtsch. Anarchismus/ Syndikalismus formierte sich als eigenständige Bewegung z.T. in Reaktion auf diese Entwicklung.
[4] Milner, *The Dilemmas of Internationalism*, New York u.a. 1990.
[5] Leich & Kruse, S. 51-4.
[6] Leich & Kruse, S. 54
[7] „Heilige Union": das Burgfriedensbündnis in Frankreich.
[8] Reuter, „Gewerkschaftlicher Antimilitarismus und staatliche Gegenstrategien in Frankreich vor dem Ersten Weltkrieg", in: *Francia*, Nr. 10 (1982), S. 425.
[9] Schon Anfang 1915 bildete sich Opposition in der CGT gegen den Burgfrieden; auf dem Kongress 1917 konnte sich der regierungstreue Flügel nur mit knapper Mehrheit durchsetzen. Auch gab es immer wieder Desertionswellen in der franz. Armee, ab 1917 nahm dies den Charakter von Revolten an. Siehe Willard, *Geschichte der französischen Arbeiterbewegung*, Frankfurt a.M. u.a. 1981, S. 115-8.
[10] Engelmann, *Wir Untertanen*, Frankfurt a.M. 1976, S. 320.
[11] Rocker, *Nationalismus und Kultur*, Bd. 1, S. 313. Der Sozialist Kurt Eisner bezeichnete die Sozialdemokratie als „eine bis zur Komik getreue Volksausgabe des Staates, in dem sie lebt".
[12] Camus, *Der Mensch in der Revolte*, Reinbek b.H. 1969, S. 241-2.
[13] Ähnlich war auch die Argumentation der österr. Sozialdemokraten/Marxisten für den Anschluss ans Dritte Reich 1938, gemäß derer dies zu einer für die Entwicklung zum Sozialismus günstigen Zentralisierung führen würde.
[14] Wehler, *Sozialdemokratie und Nationalstaat*, Würzburg 1962, S. 211-9.
[15] Die zahlenmäßig kleine Freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften (FVdG) kann dennoch als erste Kriegsopposition gelten. Im Zuge der Kriegserklärungen wurde sie als erste Organisation verboten, deren Mitglieder wurden gezielt an den übelsten Frontabschnitten eingesetzt.
[16] Siehe Jürgs, *Der kleine Frieden im Großen Krieg*, München 2003.
[17] In dieser Analyse stellte das Zusammenspiel von Arbeitsteilung und Zentralismus quasi eine Entwaffnung und Deaktivierung der Arbeiterklasse dar, weil sie so zum Anhängsel politischer Parteien und zum bloßen Objekt ihrer Entscheidungen wurde.
[18] Auch der Historiker Hannes Heer führt das Scheitern der Weimarer Arbeiterbewegung v.a. auf die Arbeitsteilung zurück; siehe Herr, *Burgfrieden oder Klassenkampf*, Berlin/Neuwied 1971.
[19] Siehe z.B. Huhn, *Der Etatismus der Sozialdemokratie*, Freiburg i.B. 2003.

Streiks und drohender Staatsbankrott

Die griechische Regierung gerät von oben und unten unter Druck

Nach den Unruhen zum Jahrestag der Ermordung des 15jährigen Aléxandros Grigorópoulos, am 6.12.2008 durch Polizeibeamte in Athen, gerät die sozialdemokratische Regierung Griechenlands in der EU immer stärker unter Druck. Das Gerücht eines bevorstehenden Staatsbankrotts hält sich so hartnäckig, dass es der Vorsitzende der Eurogroup und Ministerpräsident Luxemburgs, Jean-Claude Juncker, explizit dementieren musste. Finanzexperten warnen vor Liquiditätsproblemen des Staates, falls Athen keine „ökonomischen Reformen“ durchführt, sprich Kürzungen der Sozialausgaben gegen die Bevölkerung durchzieht. Auch der Chef der Europäischen Zentralbank Jean-Claude Trichet zeigt sich besorgt und fordert „harte Maßnahmen“ von der Regierung. Immer wieder ist die Befürchtung zu hören, Griechenland destabilisiere Europa und die gemeinsame Währung. Die Rating-Agentur „Standard and Poors“ setzte die Regierung in Athen noch zusätzlich unter Druck, indem sie aufgrund der desolaten Finanzlage die Kreditwürdigkeit des griechischen Staates herabsetzte. Was zur Folge hat, dass Athen auf den internationalen Geldmärkten höhere Zinsen zu zahlen hat. Für Geld, das es zur Deckung der öffentlichen Ausgaben, wie die Unterhaltung der Krankenhäuser, die Auszahlung der Renten und Staatsgehälter oder des Arbeitslosengelds, dringend benötigt. Die seit Oktober regierende sozialdemokratische Pasok unter Ministerpräsident Giórgos Papandréou setzt die arbeitnehmerfeindliche Politik ihrer konservativen Vorgängerin Néa Dimokratía (ND) fort. Geplant ist die Erhöhung des Renteneintrittsalters, ein dreijähriges Einfrieren der Löhne und Renten und die Privatisierung von Staatsbetrieben. Während derartige Maßnahmen unter der ND zu Protesten der von Pasok-Mitgliedern dominierten Gewerkschaftsdachverbände GSEE und ADEDY geführt hatten, halten die sich nun vornehm zurück. Statt Druck auf der Straße aufzubauen, setzt die Gewerkschaftsspitze auf „Verhandlungen unter Sozialpartnern“. Widerstand gibt es trotzdem. So bei den Kämpfen gegen weitere Privatisierungen wie die der Wasserversorgungsbetriebe Thessaloníkis oder bei der ebenfalls von der ND-Regierung „geerbten“ Auseinandersetzung mit den Hafenarbeitern von Piräus. Ein Treffen mit den seit Anfang Oktober Streikenden hatte Loúka Katséli, die Ministerin für Wirtschaft, Wettbewerb und Handelsschifffahrt, am 5.11.2009. Die Arbeiter verlangen einen bereits unterzeichneten Vertrag des griechischen Staates mit der staatlichen chinesischen Firma Cosco rückgängig zu machen, der Cosco für 35 Jahre die Nutzungsrechte für den wichtigen Verladekai 2 im Hafen von Piräus überträgt. Dort hatten sich bis November rund 10.000 nicht abgefertigte Container angesammelt. Papandréou hatte vor der Wahl angekündigt, dass der Vertrag „geändert“ werden müsse. Der Vorsitzende der Athener Industrie- und Handelskammer, Konstantínos Michálos, klagte, dass der Streik täglich drei Millionen Euro koste, worauf das Verwaltungsgericht in Piräus die Kampfmaßnahmen am 10.11.2009 für illegal erklärte.



Besetzte Universität Athen am 6.12.2009. Quelle: Indymedia Athen. Übersetzung des Transpi-Slogans: Staat und Kapital morden tagtäglich – und nicht nur mit Kugeln – Alle auf die Straße – Für die Würde – Für die Freiheit – Für die Anarchie

Klassenkampf und Boss-Terror

Anfang Dezember trat die Müllabfuhr Athens für höhere Löhne und die Festanstellung von 200 KollegInnen mit Zeitverträgen in den Ausstand. Die Streikenden ließen sich auch nicht von Innenminister Giánnis Rangoúsis unter Druck setzen, der den Abtransport des Mülls verlangte, damit dieser nicht zum Barrikadenbau bei den Demonstrationen zum Todestag von Grigorópoulos benutzt werden könne. Die von der stalinistischen KKE dominierte Gewerkschaftsfront Pame hatte schon im November einen Generalstreik für den 17.12.2009 vorgeschlagen, was von der Gewerkschaftsspitze bei GSEE und ADEDY abgelehnt wurde. Pame mobilisierte deshalb in knapp 60 Städten zu eigenen Streiks und Demonstrationen, wobei allein in Athen mehrere tausend AnhängerInnen auf die Straße gingen.

Unterdessen kam es in Thessaloníki zu einem neuen Fall von so genanntem Boss-Terror. Auf den Wagen der Basisgewerkschafterin Venetía Monalopoúlou, die als Reinigungskraft am Flughafen arbeitet, wurde Ende November ein Säureanschlag verübt. Dies wird allgemein als Warnung für die kämpferische Aktivistin verstanden und erinnert fatal an den Mordanschlag auf Konstantína Koúneva in der Nacht des 23.12.2008. Koúneva war von beauftragten Schlägern mit Säure überschüttet und gezwungen worden diese auch zu schlucken. Wochenlang schwebte sie in Lebensgefahr, auf einem Auge ist sie erblindet und noch immer werden ihre inneren Verätzungen behandelt. Der Mordversuch hatte während der Dezemberunruhen 2008 zu einem Aufschrei in weiten Teilen der Bevölkerung gesorgt. Bestärkt durch die weiterhin kämpferische Haltung und die physische und psychische Stärke Koúnevas, kam es in der Folge zu verstärkten Arbeitskämpfen im prekären Bereich. Vor allem der Kampf der – meist migrantischen – Putzfrauen erfährt viel Solidarität aus der anarchistischen Bewegung und Teilen der Arbeiterschaft. Seit einem Jahr kommt es immer wieder zu Gebäudebesetzungen bei Arbeitskämpfen und zu Anschlägen auf Leiharbeitsfirmen. Darüber hinaus bildeten sich viele kleine Gewerkschaften, die dem Beispiel der PEKOP (Basisgewerkschaft der Reinigungskräfte Athens) folgten und Arbeitskämpfe unabhängig von den staatstragenden Gewerkschaften begannen. Monalopoúlou ist eine derjenigen, die sich organisierten und spielt eine wichtige Rolle in den Kämpfen des Reinigungspersonals am Flughafen. Zu Streiks der Reinigungskräfte kam es ebenso in Krankenhäusern Athens, an der Universität in Thessaloníki, in der städtischen Verwaltung von Vólos und in den zentralgriechischen Knästen. Selbstorganisierte Arbeitskämpfe begannen in Callcentern, im Buchhandel, bei KurierfahrerInnen, den ArchäologInnen des Kulturministeriums und den Stahlarbeitern, die wiederholt die Autobahn südlich Athens blockierten. Überall im Land finden seit Sommer Aktionen der beim Staat angestellten ZeitarbeiterInnen für feste Verträge statt.

Am 12.12.2009 besetzten die 250 ArbeiterInnen der Elite-Schuhfabrik in Athen die Firma, um die Auszahlung der seit Monaten fälligen Löhne und eine Arbeitsplatzgarantie zu erzwingen. Papandréou hat also die Wahl – entweder Stress in Brüssel oder brennende Barrikaden in Athen, wahrscheinlich bekommt er beides.

Ralf Dreis

Der Kampf der Entrechteten

In Frankreich streiken mehr als 6.000 ArbeiterInnen für Aufenthaltspapiere, auch die CNT nimmt teil

Es ist ein unfairer Kampf: Meist kommen sie in den frühen Morgenstunden, in großen Gruppen, sie dringen in Büros und Baustellen ein und halten dort Versammlungen ab. Gegen die Polizei verteidigen sie sich mit Journalisten und dem Verweis auf das Streikrecht. Und wenn sie dann doch geräumt werden, ziehen sie weiter zur nächsten Firma. Man könnte die französische Regierung, das Ziel dieser „Angriffe“, fast bedauern. Doch es sind die Opfer dieser Regierung, einfache ArbeiterInnen, die sich so zur Wehr setzen.

Anfang Oktober kündigten elf Organisationen, darunter die größten Gewerkschaften des Landes, aber auch die traditionsreiche Menschenrechtsliga, diese Streikwelle an: In einem offenen Brief forderten sie von der konservativen Regierung einheitliche und vereinfachte Regelungen bei der Vergabe von Aufenthaltsgenehmigungen für Beschäftigte. Damit stoßen sie auf ein enormes Echo: Als der Streik am 15. Oktober begann, beteiligten sich 2.000 Beschäftigte. Mit jeder Woche wuchs ihre Zahl auf das nunmehr Dreifache.

Leben in der Dauerkrise

Bis zu 400.000 Menschen leben illegal, d.h. ohne gültige Papiere in Frankreich. Die allermeisten arbeiten, häufig unter falschem Namen. Es sind vor allem die arbeitsintensiven Branchen, in denen die „Sans Papiers“ unverzichtbar sind: auf dem Bau, in Leiharbeit und Gastronomie, sowie im Reinigungs- und Pflegebereich. Sie zahlen Steuern und Sozialabgaben, haben aber keinen Anspruch auf die sozialen Leistungen.

So berichten Einwanderer von mittelalterlichen Arbeitsbedingungen bei der Erneuerung der Pariser Metro-Stationen: Da wird der Teer auf kleinen Wagen per Hand herbeigeschafft, ohne Masken, Sicherheitsschuhe etc. Wer einen Unfall hat, pflegt sich selbst. Ganz anders, aber ebenso prekär ist die Lage der Frauen, die in unzähligen Privathaushalten die Kinder- und Altenpflege übernehmen – in ihrer Vereinzelung haben sie kaum Gelegenheit, ihre Lage zu verbessern.

Obwohl sie nicht zu den Unterzeichnern gehört, unterstützt die anarchosyndikalistische CNT die Bewegung im Großraum Paris nach Kräften. Mit dem Reinigungssyndikat beteiligt sie sich auch direkt und trägt den Streik in zwei der 2.000 vom Streik betroffenen Firmen. In Lyon nutzten die GenossInnen die Gunst der Stunde und setzten die Legalisierung zweier Köche durch. Im übrigen Land begannen die Sammlungen für die Streikkasse. Denn allen ist klar: Dieser Kampf wird ein langer.

Auch die anderen Organisationen, insbesondere die Gewerkschaft CGT, bemühen sich, Lehren aus den vorhergehenden Streiks zu ziehen: Eine erste große Mobilisierung hatte es im Frühjahr 2008 gegeben. Auch damals beharrte die Regierung auf einer „Einzelfallprüfung“. Die CGT ihrerseits wurde von den eigenen Mitgliedern scharf kritisiert, die mitstreiken wollten, aber nicht durften, weil ihre Gewerkschaft dies ablehnte. Daraus resultierte die Besetzung der CGT-Arbeitsbörse durch Sans Papiers, die den Mitgliedsausweis der Gewerkschaft besaßen. Diese Besetzung wurde im Sommer 2009 von CGT-Ordnern brutal geräumt.

Die neue Bewegung setzt nun darauf, dass sich alle beteiligen können. Dazu dienen die besetzten Örtlichkeiten größerer Baustellen, Firmen oder Verbände. Vereinzelte Beschäftigte finden hier Unterschlupf.

Wir arbeiten hier, wir leben hier, wir bleiben hier!“ Die CNT unterstützt seit langem die Bewegungen der illegalisierten ArbeiterInnen. Quelle: CNT-F

Ein verbissener Kampf

Nach zehn Wochen des Kampfes zeichnet sich ein gewohntes Bild: Die Regierung bleibt hart, die CGT bleibt vernünftig, und die Sans Papiers bleiben fest entschlossen. Inzwischen beteiligen sich mehrere hundert Hausangestellte, und auch die chinesische Community, insbesondere Frauen, stellt einen beachtlichen Teil der Bewegung.

Mitte November hatte das Immigrations-Ministerium ein neues Dekret zur Vergabe der Genehmigungen erlassen. Die Verbesserungen waren minimal, etwa für LeiharbeiterInnen, die sich besonders stark an dem Streik beteiligen. Auf 1.000 Genehmigungen „schätzt“ der zuständige Minister den Umfang möglicher Legalisierungen. Die Regierungsvertreter bemühen sich nun, ArbeiterInnen ohne Papiere mit Sozialbetrügern in einen Topf zu werfen. Schließlich sind die Regionalwahlen im Frühjahr nicht mehr fern.

In der Bewegung herrscht derweil Einigkeit, den Streik fortzusetzen und keine Anträge einzureichen, solange wesentliche Forderungen nicht erfüllt sind. Erwogen wird auch die Ausweitung der Bewegung auf die Provinz, wie sie die CNT seit langem fordert. Aber ohne die Mitwirkung der CGT wird das nicht möglich sein. Und jene hält sich noch sehr bedeckt.

André Eisenstein,
STICS 13 CNT, Marseille

Frankreich: Ein gewerkschaftliches Trauerspiel

Paradox ist sie, die Lage an der französischen Klassenfront: Streiks sind nach wie vor auf der Tagesordnung, besonders im Transportwesen. Und es geht nicht immer nur um die Verhinderung von Entlassungen oder Umstrukturierungen.
So erlangte eine Gewerkschaftsallianz (CGC, FO, CFDT, CGT und CFTC) mit einer Streik- und Blockade-Drohung im Vorweihnachtsgeschäft u.a. Lohnerhöhungen im Flächentarif der Lkw-FahrerInnen.
Allgemein aber kommen die kämpfenden Belegschaften bzw. Berufsgruppen in ihren Bewegungen nicht zusammen. Die CNT ihrerseits ermutigt und unterstützt kämpfende ArbeiterInnen zwar, wo es ihr möglich ist. Aber auch hier beschränkt sich das Geschehen zumeist auf einen Betrieb oder eine Branche. Die etablierten Gewerkschaften sehen sich ebenfalls mit dieser „Isolation“ konfrontiert; indes – sie tragen daran erhebliche Mitschuld.
Im Winter 2008 hatten sich acht von ihnen auf einen Aktionstag im Januar 2009 verständigt. Und es folgten weitere eintägige „Generalstreiks“ – im März beteiligten sich bis zu drei Millionen ArbeiterInnen, insbesondere in der Privatwirtschaft. Nach dem Einbruch der Teilnehmerzahlen im Juni um mindestens 90% dankte die „historische Gewerkschaftsallianz“ klammheimlich ab: Der „heiße Herbst“ wurde nicht ausgerufen und mit ihm blieben weitere Großdemonstrationen aus. Weitgehend unbeachtet verliefen die Regional-Demonstrationen am 7. Oktober, die von einigen CGT-Gliederungen zur Fortsetzung der Frühjahrsmobilisierungen erklärt wurden. Nicht anders erging es der Demonstration am 22. Oktober in Paris. Unter dem Motto „Für industrielle Entwicklung und Arbeitsplätze“ versammelten sich, auf den Aufruf von CGT und SUD hin, nur etwa 20.000 GewerkschafterInnen aus dem ganzen Land. (AE)

„Big disturbance, big solution“

Arbeiterunruhen in China

Dass erboste Arbeiter im Juli diesen Jahres den Boss ihres zur Privatisierung vorgesehenen Stahlwerks zu Tode prügelten, sollte auch den letzten Illusionen westlicher Investoren und Helfersyndrom-geplagter NGOs über die Passivität, Disziplin und Opferrolle der chinesischen Arbeiterklasse ein Ende bereitet haben. Seit Beginn der 1990er Jahre verzeichnen Arbeiterproteste einen nicht zu leugnenden kontinuierlichen Zuwachs (siehe Grafik). Nichtsdestotrotz herrscht unter den (wenigen) BeobachterInnen chinesischer Arbeitskämpfe Uneinigkeit über deren Charakter und die Entwicklungsperspektiven.

> *„Big disturbance, big solution; small disturbance, small solution; no disturbance, no solution.“*
> *– Protestweisheit aus Shenyang*

Bevor wir uns den Debatten um die Potentiale des Arbeiterwiderstandes in China widmen[1], seien noch einmal die wichtigsten Veränderungen der Situation der arbeitenden Klassen seit dem Beginn der kapitalistischen Öffnungspolitik 1978 rekapituliert. In den städtischen Staatsbetrieben wurde ab den 1980er Jahren die Verfügungsgewalt des Managements gegenüber der Kontrolle der Parteiorgane und der ArbeiterInnen stetig ausgeweitet, ab 1995 folgten die flächendeckende Einführung von Arbeitsmärkten und eine großangelegte Privatisierungswelle. Der Produktionsprozess wurde nun gänzlich nach Profitabilitätskriterien umgestaltet, weshalb zwischen 1996 und 1999 jährlich sieben Millionen StaatsarbeiterInnen ihre Jobs verloren.

Folgen der Privatisierungen

Auf dem Land wurde die maoistische Kollektivwirtschaft in Form von Volkskommunen durch eine Rückkehr zu kleinbäuerlichen Produktionsmethoden abgelöst, die auf der staatlichen Garantie haushaltsbezogener Landrechte beruhte. Mit der großangelegten Entwicklung ländlicher Industrieproduktion in den 1980er Jahren nahmen viele Bauern neue Jobs an, verloren jedoch ihre Landtitel nicht. Bis heute ist der typische ländliche Haushalt durch eine semi-proletarische Lage gekennzeichnet: ein Teil der Familie – vor allem die Alten – verbleibt auf dem Land, die Hauptquelle des Einkommens entspringt aus der Wanderarbeit eines oder mehrerer Familienmitglieder.

Die chinesische Binnenmigration – die mit einer Zahl von mittlerweile 200 Millionen MigrantInnen jährlich mehr Personen umfasst als die internationale Migration des gesamten Globus – ist das Rückgrat der Exportwirtschaft, die durch überseechinesisches und transnationales Kapital aus allen kapitalistischen Kernländern aus dem Boden gestampft wurde. Während die lokalen Kader der Kommunistischen Partei selbst als private Unternehmer tätig werden und in hohem Umfang öffentliches Kapital in die eigene Tasche wandern lassen, verhindert die institutionelle Trennung der Wohn- und Beschäftigungsmöglichkeiten von Land- und StadtbewohnerInnen, dass sich ArbeitsmigrantInnen uneingeschränkt in den Städten niederlassen können.

Die Verlagerung des Eigentums an Produktionsmitteln von einer bürokratischen Staatsklasse auf private und halbprivate Unternehmer und die Aufrechterhaltung der Trennung von Stadt und Land findet ihren Niederschlag in Form und Inhalt der Arbeiterproteste. In den Feldstudien der 1990er und frühen 2000er Jahre dominierte die Ansicht, dass Arbeiterwiderstand entlang der Unterscheidung StaatsarbeiterInnen vs. WanderarbeiterInnen begriffen werden müssten. Im Staatssektor führten Privatisierung, Bankrott und erodierende Renten- und Wohlfahrtsansprüche zu Widerstandsformen, die von kollektiver Arbeitsverweigerung bis zu Straßenblokkaden reichten. Ziel war dabei primär die Einforderung gesetzlicher Kompensationsleistungen und der Erhalt von Arbeitsplätzen. WanderarbeiterInnen hingegen würden aufgrund nicht gezahlter Löhne, physischen Übergriffen und Arbeitsunfällen protestieren. Hier sei das primäre Ziel eine rechtliche Gleichstellung mit den städtischen ArbeiterInnen und eine Einhaltung von Arbeitsstandards. Dieser von Ching Kwan Lee veranschlagte Fokus auf „das Recht“ ging einher mit ihrer Charakterisierung der Proteste als „zellulärer Aktivismus, d.h. spontanen, lokal begrenzten Aktionen, die verebbten, sobald staatliche Stellen zur Regelung der Konflikte einschritten[2]. Für diese Interpretation spricht, dass die chinesischen Lokalbehörden tatsächlich, und in zunehmendem Maße, um die Schichtung von Arbeitskonflikten bemüht sind, um größeren Ausschreitungen vorzubeugen. Hier werden

> *„Wenn die Arbeiterinnen ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen wollen, müssen sie ihre eigenen Ziele verfolgen. Sie dürfen sich nicht einfach an der Meinung der Mehrheit orientieren.“*
> *- Qiuyue, 19 Jahre*

Quantitative Entwicklung von Arbeitskämpfen und Unruhen in China. Quellen: China Statistical Yearbook 1993-2008. Seit dem Jahr 2000 werden keine offiziellen Statistiken zu Massenunruhen mehr veröffentlicht. Die Zahlen der Folgejahre sind von unabhängigen WissenschaftlerInnen zusammengestellt oder geschätzt worden.



Streik der ElektronikarbeiterInnen 2007. Quelle: libcom.org

insbesondere die offiziellen Gewerkschaften aktiv, auch um zu verhindern, dass sich ArbeiterInnen in eigenständigen Zusammenschlüssen, die meist als NGOs getarnt sind, organisieren.

Legalistische Forderungen oder Klassenkampf?

Aktuellere Untersuchungen bestreiten jedoch ebenso den von Lee betonten Legalismus wie die Gültigkeit der Unterscheidung von Protesten im Staats- und Exportsektor. Zwar bleibt festzuhalten, dass sich das Zentrum der Proteste seit den späten 1990er Jahren vom Staatssektor auf die private Leichtindustrie der Sonderwirtschaftszonen verlagert hat, doch hat die innere Umstrukturierung der verbleibenden Staatsbetriebe zu Ausbeutungsverhältnissen geführt, die auch städtische ArbeiterInnen in eine zunehmend ähnliche strukturelle Lage bringt. Besonders scharf wird von BeobachterInnen wie Pun Ngai und Chris Chan die rechtliche Fixierung der Proteste zurückgewiesen. In einer Untersuchung von drei Streikwellen im südchinesischen Shenzhen 1997, 2004 und 2007 stellte Chan fest, dass in den früheren zwei Protesten rechtliche Normen als taktisches Mittel zur Einforderung besserer Arbeitsbedingungen genutzt wurden. Die Streiks 2007 gingen in ihren Forderungen jedoch weit über legale Standards heraus. Deutlich wurden aus Chans Studien zudem zwei weitere Trends: Zum einen richtet sich die Praxis der ArbeiterInnen unabhängig von ihrer subjektiven Wahrnehmung unmittelbar gegen kapitalistische Ausbeutungsverhältnisse, d.h. sie ist Klassenpraxis. Dies zu betonen ist wichtig, da die chinesische moderate Linke – das „sozialdemokratische“ Lager und NGOs – das „Problemthema WanderarbeiterInnen“ vor allem als eines fehlender Gleichstellung behandelt. Während der urbanen Arbeiterklasse ein „Klassenbewusstsein“ zugesprochen wird, weil sie ihre neuen Ausbeutungsverhältnisse in den vom Maoismus geprägten anti-kapitalistischen Termini artikuliert, entdecken auch progressive Intellektuelle in den Protesten der WanderarbeiterInnen meist eine fehlende Reife. Dabei konnte Chan jedoch zeigen, dass ArbeiterInnen ihre Erfahrungen aus vergangenen Widerstandsaktionen in vermehrtem Ausmaß weitergeben und die Zahl an „kampferprobten“ AktivistInnen zunimmt. Internet- und Handy-basierte Kommunikation ermöglicht eine schnelle Verständigung, die zur spontanen Solidarisierung benachbarter Fabriken oder gar geografisch weit getrennter Standorte des selben Unternehmens führen[3].

Diese Entwicklungen hängen auch mit einem demografischen Wandel zusammen. Seit Beginn der 2000er Jahre verlässt die zweite Generation von ArbeitsmigrantInnen die Dörfer – und hat anders als ihre Eltern auf das Stadtleben ausgerichtete Erwartungen. Während einige in ihren Dörfern kein Agrarland mehr besitzen oder nicht mehr wissen, wie sie es bestellen sollen, haben andere schlicht die Einöde des Landlebens satt und verlangen ihren Teil des Kuchens. Dass diese Erwartungen meist bitter enttäuscht werden – insbesondere während der jetzigen Krise, in der zwischen 20 und 40 Millionen WanderarbeiterInnen ihren Job verloren haben und in ihre Dörfer zurückkehren mussten – wird die Zahl von Arbeiterprotesten weiterhin ansteigen lassen. Das zentrale Problem bleibt jedoch nach wie vor das Integrations- und Gewaltpotential des kommunistischen Regimes. Insofern sind sich alle Beobachter einig, dass die Gefahr für den chinesischen Kapitalismus bis auf weiteres nicht von einer organisierten Arbeiterbewegung, sondern von einer massiven sozialen Destabilisierung durch die schiere Anzahl von Protesten und Ausschreitungen ausgeht.

Frido Jansen

Stimmen der dagongmei

„[Der Streik] war eine sehr wichtige Erfahrung für mich, jetzt bin ich mutiger. Selbst wenn ich jetzt alleine ins Büro gehe, um dort meine Meinung zu sagen, habe ich keine Angst mehr. Ich spreche alles offen aus. Wo Unrecht herrscht, muss man sich empören! Für den kollektiven Widerstand ist die Kommunikation entscheidend. Wenn du alle vom gemeinsamen Vorgehen überzeugen kannst, dann kannst du auch Erfolg haben.“
- Weizhen, 27 Jahre

„Die Chefs halten uns, die dagongmei [„arbeitende Schwestern“, geschlechtlich konnotierte Bezeichnung für Wanderarbeiterinnen], für minderwertig. Wenn es keine Arbeit gibt, schmeißt uns der Chef raus. Ist viel zu tun, stellt er uns befristet ein, um uns gleich nach der Auslieferung eines Auftrags wieder rauszuschmeißen – alles ohne Arbeitsvertrag und ohne irgendeine Absicherung.“
- Zhonghong, 20 Jahre

„Er [der Chef] hat ein grausames Herz. Alle Arbeiterinnen würden ihm am liebsten eine reinhauen, wenn sie mal aufhören. Einmal ist er vor einem Krankenhaus in Shiyan verprügelt worden und hat sich dann nicht mehr getraut rauszugehen.“
- A'xiu, 26 Jahre

Anmerkungen

[1] Eine ausführlichere Diskussion der chinesischen Wirtschaftsreformen der letzten 30 Jahre findet sich in der Direkten Aktion, Nr. 184 (November/Dezember 2007), S. 12-13

[2] Ching Kwan Lee (2007): „Is Labor a Political Force in China?“, in: Perry, Elizabeth and Merle Goldman: Grassroots Political Reform in Contemporary China, Cambridge, Massachusetts. London.

[3] Chan, Chris King-Chi (2008a): „Neue Muster von ArbeiterInnenprotest in Südchina“, in: Peripherie, Jg. 28, Nr. 111.

Chinas offizielle Gewerkschaften

Chinas einzig legale und mit ca. 170 Millionen Mitgliedern weltweit größte Gewerkschaftsorganisation ist der All-Chinesische Gewerkschaftsbund (ACGB). Traditionell erfüllt er eine Doppelfunktion: Als „Transmissionsriemen“ der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) soll er einerseits eine Umsetzung politischer Beschlüsse auf Betriebsebene garantieren, andererseits Arbeiterinteressen vertreten. Der ACGB funktioniert nach dem Prinzip des demokratischen Zentralismus und ist gesetzlich zu Betriebsfrieden und Vertretung von ArbeiterInnen und Unternehmern verpflichtet – ein Streikrecht existiert in China ohnehin nicht. Seit neueren Kampagnen der Hu Jintao-Regierung zur Organisierung von WanderarbeiterInnen, tripartistischen Tarifverhandlungen und zum Ausbau von Schieds- und Schlichtungsverfahren ist die Funktion der Gewerkschaften für die Regulation der Arbeitsverhältnisse immer wichtiger geworden. Eine Vielzahl von BeobachterInnen entdecken darin eine vermeintliche Umorientierung der Gewerkschaften zu einem sozialpartnerschaftlichen Modell westlichen Typs. Obwohl unbestreitbar ist, dass der ACGB neue – sozialpartnerschaftliche – Aufgaben wahrnimmt, sind die jüngsten Veränderungen eher als Versuch quasi-staatlichen Kontrollerhalts zu interpretieren. Eine paternalistische Vereinnahmung von Arbeiterinteressen ist nicht unwahrscheinlich; noch deutlicher als im Westen gilt hier allerdings, dass die ArbeiterInnen selbst so gut wie keinen Einfluss auf die Politik der Gewerkschaften haben und in näherer Zukunft auch nicht haben werden.

Fruchtbarer Boden für Gewalt

Die rechtsextreme Gewalt in Russland fordert ein weiteres Todesopfer. Zudem wurden inzwischen erste des Mordes an Stanislaw Markelow und Nastja Barburowa Verdächtigte verhaftet. Ein Kommentar

Iwan Chutorskoj, ein legendärer Moskauer Antifa und Mitbegründer der dortigen RASH (Red + Anarchist Skinheads) wurde am Abend des 16. November im Eingang seines Wohnhauses mit zwei Genickschüssen ermordet. Er wurde nur 26 Jahre alt.

Iwan arbeitete zuletzt als Jurist in einer Hilfsorganisation für Straßenkinder. Seitdem sein Vater vor einem Jahr gestorben war, ernährte er seine Familie allein. Früher Punk, seit 1999 Redskin und libertären Ideen nahestehend, sah er seine Aufgabe vor allem darin, die immer brutaler werdende Gewalt ultranationaler und rassistischer Gruppen zu bekämpfen. Dieser Kampf ist in erster Linie Selbstschutz, also Schutz der eigenen linken, anarchistischen und antifaschistischen Strukturen. Iwan (Spitzname Kostolom, d.h. Knochenbrecher) sicherte deshalb Konzerte, Pressekonferenzen und Treffen linker Gruppen und Organisationen.



Kundgebung der Anarchistisch-syndikalistischen Jugend (ASJ) vor der russischen Botschaft in Berlin

Dass man als russischer Antifa gefährlich lebt, weiß jeder der Mitkämpfer. Kostolom war aktiver Kampfsportler, lehnte jedoch den Gebrauch von Waffen ab – seine Gegner nicht. Iwan selbst war schon mehrmals Opfer von Anschlägen auf sein Leben geworden, denn den Nazis war er verhasst wie kaum ein anderer. Aber weder Schläge, Rasierklingen über den Kopf, noch Messer im Bauch und Schraubenzieher im Hals jagten ihm Angst ein oder ließen ihn an der Richtigkeit seiner Überzeugung und der Notwendigkeit seiner Taten zweifeln. Das hat ihn das Leben gekostet.

Kurz vor dem Mord an Iwan gab es auch neue Entwicklungen im Fall des im Januar 2009 in Moskau auf die selbe Art ermordeten Rechtsanwalts Stanislaw Markelow (die Direkte Aktion berichtete in Nr. 192). Vor kurzem wurden die mutmaßlichen MörderInnen Markelows und der Journalistin Nastja Baburowa vom Inlandsgeheimdienst FSB der Öffentlichkeit präsentiert. Allerdings ist über die Hintergründe der Festnahme der zwei Angehörigen einer Moskauer Neonazizelle wenig bekannt und die Sicherheitsbehörden verschleiern die Umstände eher als dass sie darüber aufklären.

Nationalismus und Russentum – die neue Staatsdoktrin

Auf den Straßen herrscht schon seit Jahren und täglich Krieg, ins Blickfeld der Öffentlichkeit rückt dieser jedoch nur bei Morden. Und selbst dann nur, wenn die Opfer Russen sind. Zwar sind rechtsradikale Gruppierungen marginale Minderheiten (was an der mit Blick auf die eigene Geschichte immer noch vielen bewussten Absurdität von Faschismus in Russland liegen mag) – Ultranationalismus, Militarismus und Rassismus aber sind mehrheitsfähig. Das waren sie schon in der Sowjetunion, wo selbst in den Kreisen der Intelligenz rassistische Überzeugungen verbreitet waren. Die ethnische Zugehörigkeit wurde stets betont, besonders bei den Ernennungen in Parteistrukturen. War der erste Sekretär Uzbekistans ein Uzbeke, dann musste der zweite Russe sein. Darin lag die Gewähr des Interessenausgleichs im sowjetischen Imperium. Auch der Antisemitismus hat als staatlich propagiertes Massenphänomen Kontinuität.

Der neue, aber gewohnt zentralistische und brutale russische Staat, der sich seine Ideologie des „russischen Nationalstolzes" zur Rechtfertigung der eigenen Herrschaft erst aus verschiedenen Bruchstücken der eigenen Geschichte zusammenbrauen muss, fördert Nationalismus und kann auch dessen radikale, rassistische Ausprägung gut gebrauchen. Er braucht nationalistische Stimmungen in der Gesellschaft als Blitzableiter, damit die Mehrheitsbevölkerung kaukasischen und chinesischen MigrantInnen oder JüdInnen, also den Anderen, die Schuld an der sozialen Lage zuschreibt und nicht dem System. Die russischen Sicherheitsdienste wissen zwar von allen faschistischen Organisationen und ihrer Tätigkeit. Allerdings werden diese benutzt, um Jugendliche von echten Missständen, gegen die man kämpfen müsste, abzulenken. Zudem zieht der Staat sich auch selbst „RussInnen" heran, wie durch die Kreml-nahe Jugendorganisation *Naschi*, im Volksmund Naschisten genannt. Zu dieser unseligen Allianz trägt auch die überaus einflussreiche russische Kirche bei, die auf ihre Weise „Russentum"fördert. In einem Kloster bei Moskau etwa werden Kinder in Uniform unter dem Dach der Kirche und unter den Augen orthodoxer Priester paramilitärisch erzogen – angeblich um sie von Kriminalität und Drogen fernzuhalten.

Der Boden für die Saat der Gewalt wird gezielt kultiviert. Unser Respekt und unsere Solidarität gelten allen, die dagegen kämpfen.

Andreas Loktjew

Ein Monopol bröckelt

In Argentinien stellen Basisinitiativen die Monopolstellung des Gewerkschaftsverbandes CGT in Frage

Im vergangenen November wurde die U-Bahn in Buenos Aires mehrmals durch Streiks komplett lahmgelegt. Die Streikenden kämpften allerdings nicht etwa für höhere Löhne oder bessere Arbeitsbedingungen, sondern für das Recht, sich in einer eigenen Gewerkschaft zu organisieren. In einer Abstimmung im Februar 2009 hatten sich 98,8% der 1.800 abstimmenden TransportarbeiterInnen dafür ausgesprochen. Bereits im Jahr 2008 hatten sie die Zulassung beim Arbeitsministerium beantragt, von dem der Antrag allerdings ignoriert wurde. Da das Ministerium bisher auch ein Urteil des Obersten Gerichtshofes, das den ArbeiterInnen Recht gab, nicht umgesetzt hat, legten sie am 5. November die Arbeit nieder, indem sie die Zugänge zum U-Bahnnetz und die Gleise blockierten. Perfekt wurde das Verkehrschaos durch die gleichzeitige Blockade der wichtigsten Autobahn Lateinamerikas, der Panamericana, durch Mitglieder der Baugewerkschaft. Wenige Tage darauf wurde die U-Bahn erneut erfolgreich bestreikt, obwohl die Regierung ein massives Polizeiaufgebot mobilisiert und Druck auf die Betreibergesellschaft der U-Bahn, Metrovías, ausgeübt hatte, um den Betrieb zu gewährleisten.

Die Transportgewerkschaft Unión Tranviarios Automotor (UTA/Gewerkschaft der Triebwagenführer), in der die U-Bahn-ArbeiterInnen organisiert sind, ist traditionell eine wichtige Stütze des offiziellen Gewerkschaftsdachverbandes Confederación General del Trabajo (CGT/Allgemeine Konföderation der Arbeit). Über 20 Jahre lang hatte bei der UTA mit Juan Manuel Palacios ein enger Vertrauter des CGT-Vorsitzenden Hugo Moyano das Sagen, Moyano selbst gilt wiederum als enger Verbündeter der peronistischen Kirchner-Regierung. Zudem verfügt er über gute Kontakte in das Arbeitsministerium. Diese Verbindungen wiederum erklären, warum das Arbeitsministerium den Antrag der U-Bahn-ArbeiterInnen auf Anerkennung als eigene Gewerkschaft verschleppt. Die Anerkennung würde es ihnen erlauben, offen in Konkurrenz zur CGT zu treten.

Der Kampf bei der U-Bahn ist ein weiterer Höhepunkt in der Auseinandersetzung um die Gewerkschaftsfreiheit in Argentinien, während der die jahrzehntelang unangefochtene Dominanz der monolithischen CGT immer mehr in Frage gestellt wird. Inzwischen haben in zahlreichen Betrieben und Branchen die gewählten Vertretungen der Beschäftigten mit der zentralistischen Gewerkschaftspolitik der CGT gebrochen, so zum Beispiel bei der Bahn, im Gesundheitsbereich, an Universitäten, sowie bei den Nahrungsmittelmultis Pepsi und Kraft. In letzterem Fall wurde ein Werk des Konzerns rund zwei Wochen lang besetzt gehalten, um gegen Entlassungen zu protestieren; auch dieser Konflikt wurde von der Beschäftigtenvertretung im Betrieb vehement geführt, bis schließlich die CGT und die Regierung mit einstiegen. Diese Tendenz erkennen auch die Bosse, die den Wandel in der Gewerkschaftslandschaft zu spüren bekommen. „Wir betrachten den Ausbruch der Konflikte mit Sorge, weil es einige Betriebsräte gibt, die mächtiger als die eigentliche CGT zu sein scheinen", sagte der Unternehmer Hugo Biolcatti gegenüber der Tageszeitung Clarín.

Bereits in den 90er Jahren hat sich von der CGT die Central de los Trabajadores Argentinos (CTA/Vereinigung der argentinischen Arbeiter) abgespalten, die inzwischen zum zweiten großen Gewerkschaftsdachverband mit rund 1,1 Millionen Mitgliedern angewachsen ist. Die CTA unterstützt die Forderungen nach Gewerkschaftsfreiheit, auch sie ist trotz ihrer zahlenmäßigen Stärke nicht offiziell anerkannt. Ob die CTA eine Alternative zur CGT ist, bleibt fraglich, da auch ihr Generalsekretär Hugo Yasky dem peronistischen Lager angehört. In jedem Fall öffnet das Aufbrechen des Monopols der zentralistischen und mit der Regierung verbandelten CGT neue Räume für kämpferische und selbstorganisierte Gewerkschaften.

Daniel Colm

Anklage gegen „Belgrad 6" erhoben – Prozess im Frühjahr 2010?

Sechs serbischen GenossInnen drohen langjährige Haftstrafen



Transparent auf der Demonstration für Gewerkschaftsfreiheit in Berlin am 19.12.09
Quelle: Oliver Wolters

Anfang September 2009 nahm die serbische Polizei insgesamt sechs AktivistInnen aus der libertären Bewegung der serbischen Hauptstadt Belgrad fest. Seit dieser Zeit befinden sich alle in Untersuchungshaft (siehe auch Direkte Aktion, Nr. 196).

Was wir zuletzt als Befürchtung in den Raum gestellt hatten, ist zwischenzeitlich eingetroffen. Am 7. Dezember wurden Tadej Kurepa, Ivan Vulović, Sanja Dojkić, Ratibor Trivunac, Nikola Mitrovic und Ivan Savic vor einem Belgrader Gericht formell des Deliktes des „Internationalen Terrorismus" angeklagt. Das Gericht verfügte weiterhin, dass alle Beschuldigten bis zum Beginn des Prozesses in Untersuchungshaft zu bleiben hätten. Mit diesem Prozess wird nicht vor Frühjahr 2010 gerechnet.

Der Straftatbestand des „Internationalen Terrorismus" ist die serbische Variante einer Gesetzgebung, mit der sich diverse Regierungen weltweit das Phänomen des islamistischen Terrors in der Folge des 11. September 2001 zu Nutze gemacht haben. Bereits mehrfach war davor gewarnt worden, dass sich staatliche Repressionsorgane dieser Gesetze auch – wenn nicht gar in erster Linie – im Kampf gegen missliebige soziale Bewegungen bedienen werden. Bei den Anklagen gegen die „Belgrad 6" scheint es sich um genau solch einen Fall zu handeln. Das Delikt, das ihnen vorgeworfen wird – und für das ihnen im Verurteilungsfall 10 bis 15 Jahre Haft drohen – ist nicht etwa ein Massenmord, sondern eine Brandflasche, die an der Außenmauer der griechischen Botschaft in Belgrad geringfügige Schmauchspuren hinterlassen hatte. Was anderswo im Falle einer Verurteilung vielleicht mit einigen Monaten auf Bewährung geahndet würde, entwickelt in Belgrad hingegen ganz andere – weil politische – Dimensionen. Schließlich will das Land mit Macht in die EU und sieht dabei in der griechischen Regierung einen ihrer größten Fürsprecher. Was liegt da näher, als gegenüber der griechischen Regierung Handlungsbereitschaft zu signalisieren und dabei gleich noch lästige anarcho-syndikalistische KritikerInnen zu schwächen?

Gegen die Konstruktionen der Staatsanwaltschaft und gegen die Haftbedingungen – darunter eine vollständige Kontaktsperre mit Ausnahme der Anwälte und des engsten Familienkreises – regt sich derweil weiterer Widerstand. In den Reihen der IAA und darüber hinaus sind über die bereits laufenden Proteste hinaus weitere Initiativen in Planung. Sollte der Prozess wie geplant stattfinden, ist mit einer internationalen Beobachterkommission zu rechnen, die einen sehr genauen Blick auf den Prozessverlauf werfen wird. Wir hoffen jedoch, dass die Verfahren, bevor es so weit kommt, eingestellt und die Inhaftierten unverzüglich freigelassen werden.

robot

strug·gle ['strʌgl]

NACHRICHTEN VON DER KLASSENFRONT

Slowenien: Bossnapping bei Automobilzulieferer

Anfang Dezember legten 900 Beschäftigte in drei Werken des slowenischen Autositzbezüge-Herstellers Prevent Global die Arbeit nieder. Zuvor hatte der größte Kunde, die Prevent DEV GmbH mit Sitz in Wolfsburg, die Aufkündigung der Lieferverträge angekündigt. Die Firma ist einer der beiden Teilhaber an der slowenischen Firma und stellt u.a. Sitzbezüge für den Golf V und den Touran für VW her. Mit der Aufkündigung der Verträge stünden 1.300 Arbeitsplätze in der slowenischen Zulieferindustrie vor dem Aus. Wenige Monate zuvor hatte Prevent DEV auch den niederösterreichischen Zulieferer Eybi International übernommen. Gestreikt wurde in Slovenj Gradec, dem Stammwerk von Prevent Global, unweit der österreichischen Grenze, in Radlje ob Dravi und einem weiteren Werk. Im Stammwerk besetzten die wütenden ArbeiterInnen die Managementbüros und hielten den Vorstandschef Ivan Majcen, mehrere Stunden in seinem Büro fest.

Den vollständigen struggle gibt es aus Platzgründen dieses mal nur online unter: www.direkteaktion.org/197/struggle

„Zündstoff der schwarzen Flamme“

Lucien van der Walt und Michael Schmidt leisten mit „Counter-Power“ einen imposanten Beitrag zu Theorie und Geschichte des Syndikalismus

Enlightenment ideas: Progress, rationalism, liberty, conscious design of society
→ Fourier; libertarian „utopian“ socialists
→ Proudhons federalism and Economic analysis → Marxist economics
→ Emergence of innovative „anarchist“ tradition in First International (1864-1877) late 1860s onward; Bakunin and the Alliance

Schaubild „The Anarchist Tradition“ – aus: Black Flame*, S. 114*

The broad anarchist tradition
→ Mass Anarchism / Insurrectionist Anarchism
Mass Anarchism → Syndicalist approaches / Antisyndicalist mass anarchism
Syndicalist approaches → Anarcho-syndicalism / Revolutionary syndicalism

Schaubild „The Broad Anarchist Tradition“ – aus: Black Flame*, S. 171*

Hintergrund-Buchschau

Pünktlich zum Jahresbeginn möchten wir an dieser Stelle einige neue Bücher vorstellen. Besonders hervorzuheben ist dabei das „Counter-Power“-Projekt von Lucien van der Walt und Michael Schmidt, das einen wichtigen Beitrag zur syndikalistischen Theoriebildung darstellt. Die zentrale Annahme des Buches – die die Autoren historisch zu belegen versuchen – ist, dass es die „Klassenpolitik“ insbes. des Syndikalismus war, die einst den Anarchismus hat zu einer Massenbewegung werden lassen. Demgemäß bezeichnen sie den Klassenkampfansatz als „Zündstoff der schwarzen Flamme“.
Dabei entwerfen sie u.a. eine Systematik für die taktischen, strategischen und methodischen Fragen in der Arbeiterbewegung, um zu einem besseren Verständnis konzeptioneller Differenzen jenseits der meist nur identitären Selbstzuschreibungen (kommunistisch, marxistisch, kollektivistisch usw.) zu kommen, welche falsche Trennlinien schaffen und reelle Trennlinien oftmals verdecken. Das daraus resultierende Anarchismus-Verständnis mag für viele provozierend sein, es darf dabei aber nicht unterschätzt werden, dass es auf einer fundierten Systematik beruht, dass es eine Typologie der Bewegungskonzepte ebenso enthält wie eine Genealogie der Bewegungen und Strömungen. Besondere Beachtung verdient ihr Versuch, die Perspektiven eines klassenkämpferischen Anarchismus anhand der Entwicklung der historischen und politischen Systeme sowie der globalen Arbeiterklasse auszuloten. Die Bedeutung der anarchistischen bzw. syndikalistischen Konzeption wird hier v.a. im Kontext kapitalistischer Akkumulationszyklen und Krisen sowie systemischer Hegemonien (über den Ost-West-Konflikt und den Neokolonialismus hin zum Neoliberalismus) zu verstehen versucht. Das Urteil ist für die Autoren klar:
Zum einen weist die gegenwärtige neoliberale Phase wesentliche Gemeinsamkeiten mit jener Phase auf, in der der Syndikalismus seinen Aufstieg erlebte, zum anderen war die Ausbeutungs- und Proletarisierungsrate auf der Welt noch nie so hoch wie heute, was die Aktualität des Klassenkampfes verdeutlicht.
Nicht zuletzt wird dem Anarchismus/Syndikalismus ein großes Potential als Alternative zu gescheiterten politisch-ökonomischen Konzepten (insbes. der zentralen Planwirtschaft) attestiert.

Fortsetzung gegenüber

Black Flame ist der erste Band eines ausgesprochen ambitionierten Projekts namens „Counter-Power“: Lucien van der Walt und Michael Schmidt versuchen darin gleichzeitig, zu einem „klaren Verständnis“ des Anarchismus zu gelangen [43] und eine umfassende Geschichte dessen zu schreiben, was sie die „breite anarchistische Tradition“ nennen [6]. Genauer: „Was wir in diesen zwei Bänden tun wollen, ist, ... Geschichte und Analyse miteinander zu verbinden, um die Politik der breiten anarchistischen Tradition zu studieren, die Leben, Kämpfe und Bewegungen von AnarchistInnen und SyndikalistInnen darzustellen sowie die historische Bedeutung der breiten anarchistischen Tradition aufzuzeigen“ [9]. Der Syndikalismus wird von den Autoren als der „seit jeher wichtigste Zweig“ des Anarchismus bezeichnet [7].

Anarchismus und Klassenkampf

Was die Definition des Anarchismus betrifft, so bedarf es den Autoren zufolge eines „neuen Zugangs“ [41], der „einigen herkömmlichen Definitionen widerspricht“ [19]. Für van der Walt und Schmidt ist Anarchismus ausschließlich das, was im deutschen Sprachraum allgemein als Sozialanarchismus bekannt ist: ein Anarchismus, der sich auf die ökonomischen Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft konzentriert, die Klassenfrage in den Mittelpunkt stellt und sich klar zu einer sozialistischen Tradition bekennt. Van der Walt und Schmidt machen deutlich: „Wenn wir Spezifikationen wie ‚Klassenkampf‘ oder ‚sozial‘ dem Wort Anarchismus hinzufügen, dann würde das implizieren, dass es AnarchistInnen gäbe, die dem Klassenkampf keine besondere Aufmerksamkeit zukommen lassen oder individualistisch sind. Dies wäre jedoch keine korrekte Verwendung des Begriffs ‚Anarchismus‘ „ [71]. Als Folge dieser Haltung werden eine Reihe von Denkern, die häufig als anarchistische Größen gelten, aus der anarchistischen Geschichtsschreibung ausgeklammert: Godwin ebenso wie Proudhon, Stirner ebenso wie Tolstoj.

Auch Gedanken an einen „alten“ oder „ewigen“ Anarchismus scheinen den Autoren des Buches verschwendet. Der Anarchismus sei eine „moderne“ Bewegung, die in den 1860er Jahren „mit Bakunin, der [Ersten] Internationalen und der Allianz [der sozialistischen Demokratie]“ [44] beginne. „Wir weisen die Vorstellung zurück, dass die menschliche Geschichte immer wieder anarchistische Strömungen kannte. Die anarchistische Bewegung entstand erst in den 1860er Jahren als ein Flügel der modernen sozialistischen Arbeiterbewegung ... Die Schlüsselfiguren bei der Bestimmung des Anarchismus und Syndikalismus waren Michael Bakunin und Peter Kropotkin“ [9]. Die einzige gröbere Unterscheidung, die von den Autoren zugelassen wird, bezieht sich auf die „strategische“ Differenz zwischen einem „Massenanarchismus“, der „betont, dass nur Massenbewegungen eine revolutionäre gesellschaftliche Änderung schaffen können“ [20], und einem „aufständischen Anarchismus“, der „die bewaffnete Aktion ... als wichtigstes Mittel erachtet“ (ebd.).

Der Ansatz der Autoren wird jene, die ihre Arbeit bisher verfolgt haben, nicht überraschen. Beide stehen der südafrikanischen Zabalaza Anarchist Communist Front (ehemals Federation) (www.zabalaza.net) nahe, die sich auf jene „plattformistischen“ Prinzipien gründet, die 1926 von Nestor Machno und Genossen im Pariser Exil formuliert wurden: die Forderung nach einer anarchistischen Organisation, die sich einem gemeinsamen Programm verpflichtet, eine gewisse Avantgarderolle nicht zurückweist (die Autoren sprechen gar von „libertarian leadership“ [261]) und den Klassenkampf im Zentrum revolutionärer Aktivität sieht.

Anarchismus und Syndikalismus

Mit seinen über 400 Seiten ist *Black Flame* eine beeindruckende Studie zur internationalen Geschichte des (Sozial)Anarchismus und eine Auseinandersetzung mit dessen Kernfragen wie Organisierung, Strategie und Taktik. Das Buch beinhaltet eine Reihe spannender, theoretischer Aspekte, etwa die Zurückweisung eines Konflikts zwischen Anarcho-Syndikalismus und Anarcho-Kommunismus, die bereits angedeutete, enge Verwobenheit von Syndikalismus und Anarchismus (die die Autoren dazu führt, auch selbsterklärte Marxisten wie Daniel De Leon oder James Connolly der „breiten anarchistischen Tradition“ zuzurechnen) oder die Ablehnung der These, dass der Anarchismus „in Spanien eine Massenbewegung wurde wie sonst nirgends“ – eine solche „spanische Besonderheit“ gibt es für van der Walt und Schmidt nicht [15].

Was Umfang und Reichweite des gesammelten Materials betrifft, muss das Buch bereits jetzt als Standardwerk gelten und es wird zweifelsohne eine bleibende Rolle im Kanon anarchistischer Geschichtsschreibung einnehmen. Das völlig zu Recht. Die internationale Dimension der Materialiensammlung – eingeschränkt einzig durch die limitierte Aufnahme nicht-englischsprachiger Literatur – ist einzigartig und höchstens mit dem Nachlass Max Nettlaus zu vergleichen, allerdings mit zwei wesentlichen Unterschieden: van der Walt und Schmidt konnten weit mehr Information zu Lateinamerika, Asien und Afrika sammeln, und sie hatten die Zeit, ihre Daten in einem ausgezeichnet strukturierten und ausgesprochen lesbaren Text zu verarbeiten.

Was an der Herangehensweise der Autoren zwangsläufig Diskussionen auslösen wird, ist der enge definitorische Ansatz. Es ist kühn, einen großen Teil klassischer anarchistischer Geschichtsschreibung als „nicht wirklich anarchistisch“ [18, 71] über Bord zu werfen. Viel hat damit freilich mit unserem Verständnis von Definition zu tun. Definitionen sind kommunikative Vereinbarungen, die es uns erleichtern, uns zu verständigen. In diesem Sinne haben sie primär pragmatische Funktion und keinen Wahrheitsgehalt. Insofern sind kategorische Aussagen wie „es gibt nur eine anarchistische Tradition und sie ist in der Arbeit Bakunins und der Allianz verwurzelt“ [41] oder „[diese Sekten] haben keinen Platz in der anarchistischen Tradition, weil sie nicht anarchistisch sind“ [170] tautologisch und sagen wenig mehr als: Anarchismus ist, was ich Anarchismus nenne. Natürlich lässt sich der vielfältige Komplex Anarchismus mit Hilfe einer „effektiven Definition“ [41] als „kohärente intellektuelle und politische Strömung“ [143] fassen, wenn wir soviel von den konventionellen Definitionen wegschneiden, bis das übrig bleibt, was unseren eigenen Vorstellungen entspricht. Die Frage ist nur, was uns das hilft.

Van der Walt und Schmidt versprechen sich von ihrer Vorgangsweise offensichtlich bessere anarchistische Forschung und eine stärkere anarchistische Bewegung. Ich bin von diesem Punkt nicht ganz überzeugt. Abgesehen davon, dass ich ideologische Grabenkämpfe als Bedrohung für antiherrschaftliche und damit auch (radikale) sozialistische bzw. syndikalistische Politik begreife (und dazu gehört seit jeher das gegenseitige Absprechen „wahrer“ anarchistischer Identität), glaube ich, dass wir auch von GenossInnen lernen können, die sich auf den Kampf gegen Herrschaftsformen wie Patriarchat, Heteronormativität oder Rassismus konzentrieren. Solange sie sozialen Dimensionen gegenüber nicht völlig blind sind, würde ich es dabei für ihre anarchistische Glaubwürdigkeit nicht als entscheidend erachten, welchen Status sie dem ökonomischen Kampf nun genau einräumen.

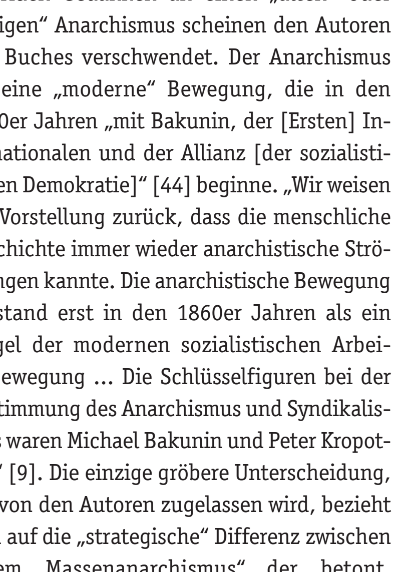
Anarchismus und Antistaatlichkeit

Die Autoren betonen, dass ihr Ansatz kein „Reduktionismus“ sei, und dass ihr Verständnis nicht als „plumper Proletarismus“ [7] oder als „Ökonomismus“ [21] missverstanden werden dürfe. Dies sind nicht nur Lippenbekenntnisse. Ein Kapitel zu „Anarchist Internationalism and Race, Imperialism and Gender“ untersucht die Zusammenhänge des Klassenkampfes mit antirassistischen und antipatriarchalen Kämpfen. Dennoch wird das Buch von einer Aufarbeitung syndikalistischer Geschichte dominiert, und das erwähnte Kapitel bestätigt zwar, dass es in diesem Rahmen ein Bekenntnis zum Kampf gegen Patriarchat und Rassismus gibt, der auch relative Erfolge verzeichnen konnte, doch wird dem Widerstand gegen diese und andere Unterdrückungsmechanismen eine vom Klassenkampf unabhängige revolutionäre bzw. anarchistische Bedeutung abgesprochen. Dies öffnet Tür und Tor zu einer neuen Verstrickung in „Hauptwiderspruchsdebatten“, die meines Erachtens antiherrschaftliche Bewegungen noch nie weitergebracht haben.

Die stärkste Kritik, die van der Walt und Schmidt an konventionellen Definitionen des Anarchismus formulieren, ist jene, dass „Antistaatlichkeit“ alleine für eine sinnvolle Definition des Anarchismus nicht ausreicht, weil dann auch Anarcho-KapitalistInnen oder MarxistInnen (die schließlich auch in letzter Konsequenz den Staat ablehnen) mit aufzunehmen wären [41ff]. Hier stellt sich allerdings die Frage, warum es zwischen einer einfachen Gleichsetzung von Anarchismus mit Antistaatlichkeit und einer engen Definition des Anarchismus als „bestimmte rationalistische und revolutionäre Form des libertären Sozialismus, die in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entstand“ [71] keine weiteren Definitionsmöglichkeiten geben sollte. Anarchismus lässt sich beispielsweise auch als die Vereinigung egalitärer sozialer Prinzipien mit größtmöglicher individueller Freiheit und der ausnahmslosen Ablehnung staatlicher Strukturen begreifen (auch in Zeiten von „Übergangsperioden“); dies würde einerseits sowohl „anarcho-kapitalistischen“ Sozialdarwinismus als auch marxistischen Bolschewismus ausschließen, uns andererseits jedoch erlauben, einer breiteren anarchistischen Tradition – und Gegenwart – Rechnung zu tragen.

Am allgemeinen Urteil zu *Black Flame* kann kein Zweifel bestehen: Das Buch ist ein außerordentliches Werk und es sei allen am Anarchismus Interessierten wärmstens ans Herz gelegt! AnarchistInnen, die mit der Definition der Autoren übereinstimmen, werden begeistert sein. AnarchistInnen, die das nicht tun, werden viel lernen und sich herausgefordert sehen, ihren Anarchismus im Verhältnis zu Syndikalismus, Anarcho-Kommunismus und Plattformismus zu reflektieren. In diesem Sinne sollen zum Abschluss noch einmal die Autoren selbst zu Wort kommen: „Sicherlich sind einige der hier präsentierten Argumente kontrovers. Aber das ist nur gut so: Anregende Forschungsarbeit entwickelt sich aufgrund kritischer Debatte, nicht aufgrund etablierter O r t h o -doxien. Wenn dieses Buch zu weiterer Anarchismusforschung anregt – selbst wenn diese Forschung unseren Argumenten widerspricht –, dann erachten wir unsere Arbeit als erfolgreich“ [26f].

Gabriel Kuhn





Lucien van der Walt & Michael Schmidt: ***Black Flame.*** *The Revolutionary Class Politics of Anarchism and Syndicalism* **(Band 1 des Projekts „Counter-Power“)**, Oakland 2009. 395 Seiten, 22,95 US-Dollar.

Bilanz einer Krise

Karl Heinz Roth meldet sich mit *Die globale Krise* wieder zu Wort

Erneut hat Karl Heinz Roth das Ergebnis seiner Überlegungen zur aktuellen Weltlage zu Papier gebracht. Er beabsichtigt damit nichts weniger, als „die Umrisse einer alternativen Krisenüberwindung, die in einen globalen Transformationsprozess einmünden könnte" zu skizzieren. Der vorliegende erste Band des Projekts „Globale Krise – Globale Proletarisierung – Gegenperspektiven" gliedert sich in drei Teile: eine ausführliche Darstellung des Verlaufs der aktuellen Krise, eine Beschreibung des letzten großen Zyklus kapitalistischer Entwicklung (1966 ... 2007) sowie eine vergleichende Skizze aller großen Wirtschaftskrisen seit 1857.

Neuordnung am Horizont

In einer „ersten Annäherung" analysiert Roth die derzeitige Krise als eine mehr oder weniger klassische Überakkumulations-/Unterkonsumptionskrise [60], deren Ausbruch durch eine Finanzpolitik des billigen Geldes um ein einige Jahre verzögert wurde. Bemerkenswert beim aktuellen Krisenprozess sei jedoch „das enorme Tempo seiner weltweiten Synchronisierung und das inzwischen erreichte Ausmaß der Kapital- und Einkommensvernichtung" [119].

Die Auswirkungen der Krise und der von ihr hervorgerufenen Reaktionen sind noch nicht eindeutig zu erkennen, jedoch zeichne sich eine „Neuordnung des kapitalistischen Weltsystems" am Horizont ab. Indizien dafür seien die gewachsene Bedeutung internationaler Institutionen wie G20 und IWF, wie auch die Bemühungen in Richtung einer neuen Weltwährung und eines finanzpolitischen Frühwarnsystems [116ff]. In den Unternehmen sei es zudem zu einem „breit angelegten Austausch der Führungsspitzen" gekommen [126] und die Regierungen hätten inzwischen einen Kurswechsel zur (Re-)Verstaatlichung industrieller Schlüsselsektoren vollzogen. Bis dato hätten jedoch weder internationale Institutionen noch die Regierungen mit ihren Stützungsaktionen Erfolg gehabt, allerdings agiere inzwischen der Staat wieder „auf Augenhöhe" mit den Funktionsträgern der Wirtschaft [123]. Als wichtigste Fragezeichen bleiben für den Autor die Entwicklung des bisherigen „Wachstumsmotors" China [112ff] bzw. der ökonomischen Verflechtungen zwischen USA und China [135] sowie die Frage, ob es zum Zerfall oder zur Stärkung der „supranationalen Machtblöcke" komme – mithin, ob die Globalisierung zurückgedrängt oder aber weiter vorangetrieben werde [131f].

Vorboten und Wogen

Dass die aktuelle Krise weder vom Himmel gefallen, noch (alleiniges) Ergebnis von Auswüchsen auf den Finanzmärkten ist, weist der Autor im folgenden Kapitel nach. V. a. die 1960er und 1970er seien von den Anstrengungen des Kapitals geprägt gewesen, die wachsenden Ansprüche (und damit zunehmenden Kämpfe) der ArbeiterInnen zu kanalisieren bzw. einzudämmen. Dies führte zu einer Situation weltweiter „strategischer Unterbeschäftigung", arbeitsorganisatorischen Umstrukturierungen und technologischen Innovationen auf der Ebene der Großbetriebe, der Dezentralisierung und Flexibilisierung der Produktionsstrukturen sowie einem geld- und fiskalpolitischen Strategiewechsel auf staatlicher Ebene. Nach dem Zusammenbruch des Ostblocks kam es zu einem „weltweiten Proletarisierungsprozess mit deutlichen Homogenisierungstendenzen" [156]; die „neue internationale Arbeitsteilung", basierend auf der globalen Industrialisierung der Landwirtschaft und Umwälzungen im Transportwesen, wurde vorangetrieben. Die Länder des Südens wurden „extrem ungleichgewichtig" in die Weltwirtschaft integriert, zum großen Teil rekolonialisiert. Teilweise gelang jedoch einigen Staaten auch der Anschluss an die führenden Ökonomien der Triade. Der Aufstieg Chinas war dabei das folgenreichste Ereignis des vergangenen Zyklus [195ff].

Anfang und Ende des Zyklus gingen mit einem „Generationswechsel" einher. Die Unruhen von 1968 waren von einem weltweiten Bruch in den Generationenbeziehungen geprägt, der tendenziell emanzipatorische Merkmale aufwies, jedoch nicht zum Systemwechsel führte. Stattdessen gelang es, erhebliche Teile der sozialen Bewegungen zu kooptieren und freigesetzte kreative Potentiale zugunsten verstärkter Wertschöpfung in die Produktion zu kanalisieren. Heute finde ein ebenso bedeutsamer, wenn auch stiller und schleichender Generationenwechsel statt. Demnach sei die neue Generation, die soziale Sicherheiten nur noch vom Hörensagen kenne, durch einen „nüchternen, auf individuelle Überlebensperspektiven fixierten Pragmatismus" gekennzeichnet, welcher eine denkbar schlechte Voraussetzung zur Entwicklung von konkreten und positiven Utopien sei und wodurch sich auch der derzeit (noch?) kaum stattfindende Widerstand erklären dürfte [150ff].

Bilanz einer Lektüre

Das Buch bietet einen guten und – mitunter zu – detaillierten Überblick über das Krisengeschehen und seine Vorgeschichte. Die „ersten Annäherungen" des Autors sind stimmig, auch wenn einige seiner Schlüsse etwas vorschnell erscheinen. Insbesondere die These eines „Elitenwechsels" in den Führungsriegen von Staat und Kapital erscheint mir kaum vom realen Geschehen gedeckt, ebenso wie die These einer gestärkten Position des Staates in den Verhandlungen mit der Wirtschaft oder die einer gewachsenen Bedeutung der internationalen Institutionen. Oft bleibt das Buch auch zu sehr auf einer rein ökonomistischen Ebene. Als Hauptakteure der Krise werden zwar die „globale Kapitalvermögensbesitzer und ihre Funktionsträger" bzw. „einige zehntausend Investorenclans" [54] benannt, die „arbeitenden Klassen" z.B. kommen fast ausschließlich als Konsumenten vor. Das war vom Autor auch erst mal so beabsichtigt. Inwieweit das Projekt seinem Anspruch, Perspektiven für Transformationsprozesse aufzuzeigen, gerecht werden kann, wird sich erst nach Erscheinen des zweiten Teils beurteilen lassen. Als Nachschlagewerk zum Krisengeschehen des Kapitalismus und als Basis für weiterführende Diskussionen lohnt sich die Anschaffung des Bandes allemal.

Ludwig Unruh

Karl Heinz Roth: *Die globale Krise* **(Band 1 des Projekts „Globale Krise – Globale Proletarisierung – Gegenperspektiven")**, Hamburg 2009. 226 Seiten, 22,80 Euro.

Fortsetzung von gegenüber (Hintergrund-Buchschau)

Es sind v.a. diese Punkte, die es spannend machen, das Buch in Verbindung mit anderen Neuveröffentlichungen zu setzen. Dazu gehört zum einen Karl Heinz Roths Bilanzierung der aktuellen Krise (in Verbindung mit vergangenen Krisenentwicklungen), die eine Hintergrundfolie für seinen bald folgenden Band über globale Proletarisierung darstellt. Im Weiteren von Interesse ist der von Roth und van der Linden herausgegebene Sammelband *Über Marx hinaus*, der einen Beitrag zu einem Neuverständnis des Klassenbegriffs und damit auch der Widerstandsmöglichkeiten bieten möchte.
Die Hintergrund-Redaktion hofft, den LeserInnen ein paar spannende Lektüreanreize geben zu können. Denn ohne Zweifel bieten sich diese Neuveröffentlichungen bestens als geistiges Rüstzeug für ein möglicherweise heißes Jahr 2010 an.

Holger Marcks

Was ist die Arbeiterklasse?

Marcel van der Linden, Karl Heinz Roth u.a. gehen bei der Beantwortung dieser Frage „über Marx hinaus"

Nahezu gleichzeitig mit *Die globale Krise* (siehe oben) ist der opulente Sammelband (600 Seiten) *Über Marx hinaus* erschienen. Bereits 2007 haben Marcel van der Linden und Karl Heinz Roth begonnen, sich mit befreundeten WissenschaftlerInnen den Marxschen Geschichtsprognosen und v.a. der Marxschen Arbeitswerttheorie zu widmen. Auf 43 Seiten präsentieren dabei die Herausgeber zusammenfassend die Ergebnisse der 18 Beiträge. Wenn in Kürze der zweite Teil des Rothschen Projekts „Globale Krise – Globale Proletarisierung – Gegenperspektiven" mit dem Fokus auf den globalen Widerstand der Arbeiterklasse(n) erscheint, werden diese Ergebnisse Grundlage der Untersuchung sein.

Abrechnung mit dem orthodoxen Marxismus

Bereits in der Einleitung stellen die Herausgeber fest, dass das Marx'sche Theoriegebäude und seine orthodox-marxistische Interpretation für ein modernes Verständnis der Arbeiterklasse nicht ausreichen, und führen dafür zahlreiche Gründe an: Erstens sei die bisherige Grundlage der marxistischen Textexegese, die MEW, unvollständig und ideologisch redigiert – begonnen schon beim zweiten und dritten Band des *Kapitals*, die von Friedrich Engels herausgegeben wurden. Mit der nun vorliegenden MEGA (Marx-Engels-Gesamtausgabe) sei eine vollkommen neue Marx-Rezeption nötig. Zweitens habe Marx das Studium der Arbeiterklasse zugunsten eines Studiums des Kapitals deutlich vernachlässigt. In seinem Beitrag „Eine Theorie der Niederlage" [311-33] erklärt Ahlrich Meyer dies aus dem Scheitern der Arbeiterbewegung von 1848, das Marx dazu getrieben hätte, sich von der Bewegung abzuschotten. Drittens – und dieses Argument scheint das relevanteste zu sein – privilegiere die Marx'sche Theorie ein bestimmtes Segment der (Welt-)Arbeiterklasse, nämlich den „doppelt freien Lohnarbeiter". Und viertens argumentiere Marx methodologisch-nationalistisch und eurozentristisch; besonders deutlich wird dies am Marx'schen Entwicklungsbegriff, wie Max Henninger ausführlich beschreibt [355-61].

Nach Marx bestehe die Arbeiterklasse, so wird zusammengefasst, aus denjenigen, „die, um existieren zu können, ihr lebendiges Arbeitsvermögen an die Eigentümer der vergegenständlichten Arbeit ... veräußern müssen" [557]. Der zweite Aspekt des Marxschen Verständnisses ist die doppelte Freiheit der Arbeiterklasse (rechtlich frei und frei von Produktionsmitteln), und diese wird anhand der vorliegenden Beiträge massiv in Zweifel gezogen: Sehr verkürzt lässt sich zusammenfassen, dass die doppelt freie Lohnarbeit keineswegs der Standard im Kapitalismus sei. Vollkommen außer Acht gelassen werde bei Marx die Rolle der Reproduktionsarbeit (vgl. die Beiträge von Maria Mies & Silvia Federici), aber auch, dass so etwas wie Sklavenarbeit durchaus keine Ausnahmeerscheinung war und ist [581-6].

Die Kritik am Marx'schen Verständnis der Arbeiterklasse ist umfassend; nur die Minderheit der beteiligten AutorInnen glaubt, mit diesem weiter arbeiten zu können. Die Herausgeber benennen schon in der Einleitung, was das bedeutet: Stelle sich der Marx'sche Klassenbegriff als unbrauchbar heraus, müsse auch ein völlig neues Revolutionskonzept her [24]. Aus anarchistischen Kreisen ist bezüglich einer derartig fundamentalen Kritik an den Marx'schen Prämissen mit einer Art Genugtuung zu rechnen. Doch die analytischen Schlussfolgerungen des Bandes können auch für libertäre Revolutionskonzepte weitreichende Folgen haben. Insbesondere die Methoden der Revolution, wie der Generalstreik im anarchosyndikalistischen Konzept, stehen dabei auf dem Prüfstand.

Ein neues Klassenverständnis

Es sind eben nicht nur Lenin und Ché Guevara, die hier in Zweifel gezogen werden. Aber das Klassenverständnis, das sich aus den Analysen ergibt, lässt sich für die LeserIn als Marx-Exeget wie auch als Anarchosyndikalistin durchaus verwenden: „All diejenigen Menschen, die sich im widerständigen Prozess der Enteignung, der disziplinarischen Zurichtung und der Entäußerung sowie Verwertung ihres Arbeitsvermögens befinden, konstituieren das globale Proletariat ... Diejenigen von ihnen, die sich dabei im Prozess der widerständigen Ausbeutung und Verwertung ihres Arbeitsvermögens befinden, bilden ... die Weltarbeiterklasse" [592].

Seit dem „cultural turn" in den Sozialwissenschaften wird sich bemüht, wissenschaftlich die Kategorie der Klasse in kulturellen Begriffen zu fassen. Die entstehenden Analysen verschiedener Schichten oder Milieus sind plausibel, erfassen jedoch den Begriff einer täglich im und gegen den Kapitalismus kämpfenden Klasse nicht. Die postmodern-soziologisch erhoffte Dekonstruktion der Klasse lässt sich nicht haben, indem verschiedene Kulturen der Arbeiterklasse erfasst und kritisiert werden. Denn dass sie nicht *eine* Kultur hat, ist ganz offensichtlich. Van der Linden und Roth präsentieren eine andere Dekonstruktion, die praktikabler ist. Die Arbeiterklasse ist nicht nur nicht mit sich selbst identisch, weil sie kulturell disharmoniert, sondern v.a., weil sie dies auch in den ökonomischen Verhältnissen tut, in vielen „Misch- und Übergangsverhältnissen zwischen Sklaverei und ‚freier' Lohnarbeit" [586]. Die Herausgeber sprechen vom Multiversum der Arbeiterklassen: Eine Weltarbeiterklasse mit durchaus verschiedenen Ausbeutungs- aber auch Widerstandsmöglichkeiten. Hier gilt es – da werden wir mit den AutorInnen und Herausgebern übereinstimmen – anzusetzen.

Torsten Bewernitz

Marcel van der Linden & Karl Heinz Roth (Hg.): ***Über Marx hinaus**. Arbeitsgeschichte und Arbeitsbegriff in der Konfrontation mit den globalen Arbeitsverhältnissen des 21. Jahrhunderts*, unter Mitarbeit von Max Henninger, Berlin/Hamburg 2009. 608 Seiten, 29,80 Euro.



Das beste Konzept für eine kritische Kultur: das eigene politische Leben

Plädoyer für kulturelle Selbstverantwortung anstatt Theoriedogmatismus – Ein Gespräch mit Raul Zelik im Rahmen der Direkte Aktion-Kulturdiskussion

Die letzten Ausgaben waren ein Experiment für die Direkte Aktion-Kulturseiten. Es wurde versucht, mit Euch, den Lesenden, sowie engagierten Kulturschaffenden eine Diskussion über kritische Kunst und Kultur zu etablieren. Dieses Experiment soll mit diesem Artikel ein vorläufiges Ende finden. Vorläufig deshalb, weil wir uns natürlich jederzeit über Zusendungen von Meinungen zum Thema oder Antworten auf einige Artikel innerhalb der Diskussion freuen. Zum Abschluss also traf sich DA-Kultur mit Raul Zelik, Journalist, Autor von Sachbüchern und natürlich Schriftsteller, und zwar einer der wenigen politischen, die es in der linken Szene in Deutschland noch gibt. Der Versuch, aus diesem Treffen soviel wie möglich in Bezug zur vorangegangenen DA-Kultur-Diskussion herauszuholen, scheiterte jedoch zuweilen an der Aufregung des DA-Redakteurs, seinen Lieblingsautor zu treffen …

„Natürlich sind neue Formen in der Sprache und in unserem Umgang wichtig und nötig. Aber der Begriff der künstlerischen Avantgarde spielt für mein Schreiben, meine Schreibhaltung keine Rolle." Puh, ein Glück, meine konfusen Fragen werden verstanden und konstruktiv aufgenommen. Gezeichnet von Grippe, Schlafentzug und dem langen DA-Redaktionstreffen am Tag zuvor sitze ich in einem Kreuzberger Café Raul gegenüber und habe längst jegliche Versuche über Bord geworfen, wie ein professioneller Journalist rüber zukommen. Wie viel hatte ich mir vorgenommen: Endlich mal aus dem Repertoire meines Studiums zu fischen und eine literaturwissenschaftliche Diskussion über die poststrukturelle Idee vom „Tod des Autors" zu führen und die Bedeutung von Sartres „Wieso Schreiben" zur Disposition zu stellen; der abgeflauten und nie richtig lebendig gewordenen DA-Kultur-Diskussion über kritische Kunst ein intellektuelles Ende par excellence (wie einer meiner geschätzten Literatur Profs immer zu sagen pflegt) zu verpassen. Doch schon in den ersten Sekunden des Gesprächs fiel diese aufgesetzte Fassade des selbstbewussten Kulturkritikers in sich zusammen. Stattdessen hatte ich gleich zu Anfang dieselbe journalistische Todsünde begangen, wie ich sie beim Schreiben dieser Zeilen nun wiederhole – ich ließ meiner Aufregung über das Treffen freien Lauf und musste daher zugeben, ein wirklich großer Fan zu sein. Dies schreibt sich nun als ein zwangloses Geständnis an die Lesenden dieses Artikels und als Entschuldigung für fehlende Distanz zum Thema; einem fremden Mann gegenüber, der im Gegensatz zu mir ja nun gar nichts über seinen Gesprächspartner wusste, waren es Worte, die mir unglaublich merkwürdig vor kamen.

Die Veränderung der Gesellschaft ist keine Angelegenheit einer intellektuellen Elite

Ja, Raul sieht in dem künstlerischen Avantgarde-Begriff begrüßenswerte Elemente enthalten – der Bruch mit dem Alten, die Ermutigung zur Aneignung der neuen Zukunft, das Ausprobieren mit neuen Mitteln des kulturellen Ausdrucks – aber die Auseinandersetzung mit der Avantgarde war nie der Ausgangspunkt für sein Schreiben gewesen, weder politisch noch stilistisch. Die Frage nach einer Zusammenkunft von politischer und künstlerischer Avantgarde stellt sich ihm auch gar nicht, weshalb weitere Fragen meinerseits in Richtung der kulturkritischen Veranstaltung der Gruppe Kritikmaximierung in der Hamburger Roten Flora vor zwei Monaten (in der DA kommentiert) überflüssig sind. Raul erinnert an den leninistischen Kerngedanken der politischen Avantgarde-Idee und die in ihm virulente elitär-autoritäre Gesellschaftsauffassung, die er ganz klar ablehnt. Und was seine Literatur angeht – so sieht er sich tatsächlich eher als Einzelgänger, als Autodidakten, denn als Vertreter einer theoretischen Schule oder Richtung. Das ist deshalb bemerkenswert, weil politische AutorInnen sich oft kollektiv eine stilistische und thematische Grundbasis schufen, von der aus sie gezielt gegen die Verhältnisse anschrieben. Raul aber schreibt nicht für eine Idee oder aus Verpflichtung eines revolutionären Gedankens der Literatur gegenüber. Vielmehr begleitet ihn die Literatur, er setzt sich mit ihr über seine Umwelt und sein eigenes Leben auseinander; sie ist sein individueller Ausdruck der Tatsache, dass wir alle Teil gesellschaftlicher Prozesse sind. Die Konsequenz seiner politischen Gedanken ist sein Leben, nicht seine Literatur – sie entspringt diesem Leben aber, sie ist Resultat der Konsequenz.

Eine Rückschau

Kunst und Kultur als politischer Ausdruck – die Positionen, die in den letzten fünf Ausgaben der DA auf den Kulturseiten geäußert wurden, rissen immer wieder elementare Fragen anhand dieses Themas auf. Es gibt keine richtige Kultur in der Falschen, das behauptete die anti-art-action-group zu Beginn der Diskussion und geißelte die Selbstentfaltungsmentalität der zeitgenössischen Kulturschaffenden als entweder Status Quo erhaltenden, neoliberalen Kreativfirlefanz oder bemitleidenswerten Ausdruck einer systembedingten Psychose. Als Reaktion meldete sich ein Vertreter der politischen StraßenmusikerInnen-Szene zu Wort und appellierte an die Entscheidungskraft jedes Individuums, sich der Instrumentalisierung von Kultur durch die Herrschaftsverhältnisse entgegenzustellen und – wie es seitens der politischen Straßenmusik praktiziert werde – Kunst und Kultur als Mittel zur Agitation und Kommunikation anzuwenden, um ihr subversives Potential zur Entfaltung zu bringen. Die DA Kulturredaktion meldete sich mit einem Beitrag aus dem Guggenheim Museum in Bilbao zu Wort, in dem eine Rauminstallation besprochen wurde, die es trotz oder gerade wegen der elitären und entpolitisierten Umgebung in dem Museum schaffte, eine politische und ideologiekritische Botschaft zu entfalten; hier gelang nach Meinung der AutorInnen Subversion durch die Einbettung von Kunst in den gesellschaftlichen Diskurs. Die oben bereits erwähnte Veranstaltung in der Roten Flora, in der genau diese Frage, nämlich nach dem emanzipatorischen Inhalt von Hochkultur und ihrem Verhältnis zur radikalen Linken, beleuchtet werden sollte, fand unser Kommentator aufgrund des von ihm dort empfundenen Snobismus von ReferentInnen und Publikum einfach nur zum Kotzen.


Raul Zelik


Arbeitet hier die Avantgarde? Das besetzte Hamburger Gängeviertel – Kultur irgendwo zwischen Subversion und Assimilation

Geschichten, die das Leben schreibt – individuell erzählt

Und nun zu guter Letzt so eine Art real existierender Existenzialismus. Raul schildert keine Utopien, seine Romane sind nicht der Ort, an dem unsere Fantasie der falschen Realität ein Schnippchen schlägt. Der Grund, warum sich die Handlung in ihnen oft außerhalb Deutschlands entfaltet, ist einfach: Es gibt hierzulande kaum ernstzunehmende, gesamtgesellschaftliche Kämpfe. Und Raul schreibt nun mal über das, was ihn bewegt, was sein Leben ausmacht – wieso sollte er sich da etwas zusammenreimen, was es nicht gibt, fragt er mich. So ist auch zum Teil der humoristische Stil in „Berliner Verhältnisse" zu verstehen, ein Buch, das aus Geschichten besteht, die Raul so, wie er sie schildert, gehört, verstanden und interpretiert hat. Ich musste beim Lesen dieses Romans viel lachen, doch nun wird mir klar, dass mit einer politischen Lesart dieses Buch auch etwas Trauriges transportiert – weil es auf die Absurdität unserer gesellschaftlichen Teilhabe aufmerksam macht. „La Negra", das Buch über den Dauerbürgerkrieg und die verzweifelte Lage der revolutionären Linken in Kolumbien, ist da natürlich ein absolutes Kontrastprogramm. Hier finden sich sogar gehauchte fantastische Elemente, der Stil der Sprache wechselt mit den vielfältigen und vielseitigen Charakteren, es entsteht ein kollagiertes Bild. Raul steht dazu, dass es für ihn so wie für wohl jeden und jede schwierig ist, in Kolumbien den Überblick zu behalten, und so wird „La Negra" den Widersprüchen gerecht, die eine Reflexion über die kolumbianischen Verhältnisse auslöst. Es ist ein sehr persönliches Buch, denn es drückt das aus, was Raul in Kolumbien empfunden hat – wer „La Negra" gelesen hat, weiß, wieviel Schmerz und Angst dieses Buch ausmachen, es ist die Antithese zu den deutschen Latino-Revolutions-Kitschromanen, in denen Kampf und Krieg im Kontext mit der heroischen Eroberung der Zukunft banalisiert werden.

Freund & Feind, Schwarz & Weiß

Doch genau das wurde Raul in Hinsicht auf „Der bewaffnete Freund" von verschiedenen Seiten vorgeworfen. Die TAZ sah in diesem Buch die Glorifizierung des Terrorismus und die Verschleierung des baskischen Nationalismus als linke Folklore. Dabei hatte der Rezensent der TAZ selbst lange Jahre als Verleger des ID-Archivs RAF- und RZ-Texte herausgegeben, und daher mit der Besprechung möglicherweise auch ein bisschen persönliche Vergangenheitsbewältigung geleistet. Allerdings ist Raul ohnehin auf keinerlei Zuspruch aus einer Szene angewiesen, in der die Abgrenzung zur früheren politischen Aktivität zum kollektiven Ritual geworden ist – wie z.B. im Umfeld der Grünen oder eben der TAZ. Ganz zu Beginn des Gesprächs hatte ich den Gedanken umrissen, Raul werde nun zur bösen Anti-These des everybody's darling Uwe Timm stilisiert, der seine politische Literatur ja fast ausschließlich auf die Chiffre „'68" bezieht und somit brav die Diskursmaschinerie bedient. Doch da bleibt Raul skeptisch und nimmt mir den Wind aus den Segeln. Uwe Timms Bücher seien einfach ganz anders, und er fände sie eigentlich ganz gut – und so schäme ich mich dafür, dass ich auf so platte Weise selbst ein schwarz-weißes Bild von guter, revolutionärer und schlechter, angepasster Literatur konstruieren wollte.

Marcus Munzlinger

Alles

Was soll ich sagen
wo ich nichts sagen kann
Sitz in der U-bahn und seh mir die Freakshow an

Viel Potential geht ein
Im grauen Käfig wird der Mensch zu klein

Wir haben die Chancen, doch fehlt der Mut…
Denn an der Flimmerkisten geht's uns gut
Das, was wir waren, sind und wollen
Verlier'n wir, während wir durch die Straßen tollen

Innerlich tot – äußerlich doch froh
Stellt sich die Frage: Bleibt das so?

Doch der Mut die Ketten zu sprengen
Und sich nimmer in die Masse zu drängen
Findet sich schwerlich – und doch ist er da

Und wir bleiben weil er immer war

Wir haben verlernt, verleumdet, vergessen
Was wir einstmals haben besessen
Kein Haus, kein Bett, kein Internet
Wir hatten die Freiheit, heut sterben wir fett

Und traurig schlaf ich zu früh ein
Und stell mir die Frage: Muss das so sein?

Denn wenn wir nicht finden, was noch da
- Besteht für die Ketten keine Gefahr
Und müde und traurig schlafen wir ein

Wir hatten die Chance
Und sterben allein…

Jan Hofmann

Ein Buch im Mainstream gegen den Mainstream

Hanna Poddig: Radikal Mutig. Meine Anleitung zum Anderssein

Hanna ist 24 und „Vollzeit-Aktivistin“. Sich selbst in eine Schublade stecken mag sie eigentlich nicht, liebäugelt aber auch mal mit dem Begriff „Anarchistin“. Nun hat sie ein Buch geschrieben – für den Rotbuch-Verlag – in diesem erzählt sie Anekdoten von Aktionen, beschreibt Teile ihres Alltags und gibt allgemeine politische Statements ab.

Don’t judge a book by its cover!

Die Aufmachung und der Mainstream-Verlag im Hintergrund sorgen bei mir erst einmal für Bedenken: Da ist also dieses Buchcover mit gleich zwei Fotos der Autorin, welches – ganz für den modernen Buchhandel – poppig und rebellisch wirken soll. Dazu kommt dann noch eine fette Werbekampagne und einige Interviews in Mainstream-Medien. Wirkt schon irgendwie dubios. Und riecht nach Ausverkauf.

Allerdings schafft es Hanna in Interviews – trotz der einfallslosen und politisch-harmlosen Fragen – und eben in ihrem Buch, immer wieder herrschaftskritische und libertäre Positionen unterzubringen und zu vermitteln. So schreibt sie in einem Kapitel über die „Abschaffung aller Gefängnisse“ (S.151) und stellt immer wieder Staat, Polizei und Kapitalismus in Frage. „Ich finde Zwangsapparate wie den Staat überflüssig und würde staatlich bezahlte kriminelle Vereinigungen wie die Polizei lieber heute als morgen abgeschafft wissen“ (S. 82) – gerade solche Passagen machen dieses Buch immer wieder sympathisch und geben ein besseres Verständnis für die beschriebenen Aktionsformen. Diese machen auch den Großteil des Buches aus: es geht um Blockaden, Kletteraktionen, Kreide-Malereien und viele andere Direkte Aktionen. Die Geschichten dazu sind von inspirierend bis spannend – und immer unterhaltsam geschrieben.

Ein Buch, mit dem sich streiten lässt

Eine Stelle ist mir dennoch unangenehm hängen geblieben – und zwar in dem, von Hanna als fruchtbare Diskussion angeführten, Mail-Wechsel mit Gerd von der „Deutschen Umwelthilfe“. Dieser behauptet tatsächlich, dass es für eine erfolgreiche Bewegung wichtig ist, dass es Aktivist_innen gibt und „andere, die überzeugt sind, sie [Politik] auch in den Institutionen betreiben zu müssen, auch zur Erlangung von Machtpositionen“ (S. 61). Gähn.

Mein Statement: So ein Quatsch sollte doch schon seit Proudhons Parlamentarismus-Experiment von 1848 als gescheitert angesehen werden! Spätestens jedoch die 68er haben deutlich gezeigt, wie sehr so eine Position zum Scheitern verurteilt ist. Parlamentarismus, Machtpositionen, die „offizielle Politik“ sind und bleiben nicht-revolutionierbar – ein sich Einlassen auf eben diese Institutionen



Mit „Radikal Mutig“ wurde Hanna Poddig über Nacht berühmt – und tourt jetzt mit Lesungen und Vorträgen durch das Land

und Mittel sorgt immer für Verharmlosung der Proteste, tötet jede Bewegung.

Diese Position wird zwar nicht von Hanna selbst vertreten, bleibt aber unkommentiert stehen.

Aber gerade das ist eine Stärke der Positionen von Hanna – eine Diskussions- und Streitbereitschaft, auch und gerade über Grundsatzfragen. Genau dieses offene Herangehen an Diskussionen und die Bereitschaft, sich solidarisch über bestimmte Positionen zu streiten, fehlt mir in der „deutschen Linken“. Eine Diskussionskultur, „die es möglich macht, sich auch kritisches Feedback zu geben“ (S. 71).

Insgesamt hat Hanna hier ein unterhaltsames und kurzweiliges Buch geschrieben – neben den lustigen Anekdoten gibt es immer mal wieder Denkanstöße, auch für erfahrene AktivistInnen. Gerade als Geschenk für den Schulkollegen oder die kleine Schwester sehr geeignet – denn die vertretenen Positionen sind verständlich und nachvollziehbar dargestellt und kommen ohne Szene-sprech aus.

Nils Breiheiser

Kurzinfo:

Hanna Poddig
Radikal Mutig. Meine Anleitung zum Anderssein
Rotbuch Verlag
Taschenbuch, 221 S.
ISBN 978-3-86789-0850-4

Hanna (24) ist „Vollzeit-Aktivistin“ und seit einigen Jahren in den verschiedenen sozialen Bewegungen aktiv. Ihre Themenschwerpunkte umfassen dabei: Militarismus, Gentechnologie, Atomkraft, „Umwelt-Themen“, Kapitalismuskritik u.v.m. In ihrem Buch erzählt sie von verschiedenen Direkten Aktionen, von ihrem Alltagsleben und gibt einen Einblick in ihre Gedanken.

„... das Nichts und das Alles ist das Beseelte“

Interview mit dem Künstler und Musiker Kiddy Citny

Als wir Anfang letzten Jahres Alexander Hacke interviewten, legte er uns Fred Alpi ans Herz, sein Ex-“Sprung-aus-den Wolken“-Bandmitglied von vor dreißig Jahren. Fred Alpi trafen wir daraufhin beim CNT-Festival

Kiddy Citny initiierte immer wieder neue Brüche in Kunst und Musik mit

in Paris. Bei weiteren Recherchen stellten wir fest, dass dieses Bandprojekt von Kiddy Citny mit neuer Energie den Sprung in die Zukunft wagt. So ist eine Veröffentlichung neuer Songs für Anfang 2010 geplant. Anlass für einen Atelierbesuch in Berlin bei Kiddy Citny, der seine Existenz hauptsächlich (noch) als Maler zumeist eruptiv-erotischer Bilder bestreitet.

Fast alle stilprägenden Punk- bzw. Wave-Gruppen von vor dreißig Jahren wie DAF, Einstürzende Neubauten und Fehlfarben haben sich in letzter Zeit ambitioniert zurückgemeldet. Und jetzt Sprung aus den Wolken? „Ich schwimme gegen den Strom bis zur Quelle und finde das Nichts...“ habt ihr vor dreißig Jahren aufgenommen. *„Dass die Texte nach wie vor verständlich sind, ist Teil der Kunst, die einfach zeitlos und beseelt ist. Bei meinen Texten oder Bildern finde ich es wichtig, dass die Werke beseelt sind. Dann ist die Zeit endlos. Das Werk ist für immer aktiv“*, antwortet Kiddy Citny. *„Das Nichts und das Alles ist das Beseelte. Das aktive Leben, das Leben im Strom, aktiv sein.....Energie und sehr viel Liebe zum Leben. Das war ein Samen, und so kam eine Pflanze zum Leben.“* Diese Pflanze hatte im Kontext von alternativen Lebensentwürfen und punkigem Do-it-yourself-Prinzip gegen die triste Alltagswirklichkeit gute Wachstumschancen. Doch scheiterte diese Szenerie keineswegs nur an kapitalistischen Realitäten. *„Wo gibt es heute noch besetzte Häuser, Alternativkultur, Lebendigkeit? Überall diese Durchstrukturierung von Städten, Gentrification, Glasbauten und Coffeeshops. Alte Quartiere werden platt gemacht. Doch langsam regt sich Widerstand. Welche Töne für welche Zeit? Als damals Nena und Hubert Kah kamen, diese Spaßbands, war alles vorbei“*, resümiert Kiddy Citny.

Die Mauer ad absurdum führen

Nach dem vermeintlichen Punkende hat sich Kiddy auf die Malerei konzentriert. Aber nicht nur im Atelier hat er seine explosiv-meditativen Menschenskizzen in intensive Farben gesetzt: *„Die Mauerbilder entstanden, weil Thierry Noir und ich die Mauer ad absurdum führen wollten. Wir wollten Berlin mit Kunst einschließen und haben angefangen, hunderte von Metern zu bemalen. Leider ist uns der Mauerfall zuvor gekommen* (schmunzelt), *sonst wären wir immer noch beim Malen an der Mauer.“* Teile dieser Mauerkunstwerke landeten in internationalen Museen. Im Jubeljahr 2009 ist er mit der Reproduktion seiner Mauermotive beschäftigt, *„damit dann auch wieder sehr viel Zeit und Energie in die Musik fließen kann. Im Frühjahr 2009 kam ich zu dem Entschluss, wieder mehr Musik zu machen.“* Genervt habe ihn, *„dass die Malerei viel sachlicher und trockener behandelt wird. Die Leute flippen ja nicht aus, fangen nicht an zu tanzen.“*

Es fehlt ein Aufschrei bei jungen Bands

Gerade von jüngeren Bands vermisst Kiddy Citny klare Statements zur Zeit: *„Es gibt ja alte und junge Bands, die ambitioniert sind, Peter Fox, Jan Delay..., nur ist das alles so radiotauglich in Watte gepackt. Es fehlt ein Aufschrei. Es geht ja um das Einmischen.“* Kiddy Citny hält fest an der bohèmehaft-rebellischen Attitüde. *„Es ist wichtig, die Klammer zwischen Musik und Engagement hinzubekommen. Bilder sind das Tor zur Welt – wie ein Manifest. Musik ist genau so ein Tor zur Welt. Die meisten Songs werden aber erst mal für einen selbst, nicht für die anderen geschrieben. Im Moment merke ich, wie existenziell meine Arbeit ist. Wie ein Wort trennen kann, wie Wörter die Atmosphäre vergiften können. Ein Wort – und alles ist vorbei. Was für eine Macht ein Satz, ein Wort hat.“* „Sprung“, wie sich die Band jetzt nennt, hat schon immer mit starken und manchmal auch bedrohlich wirkenden Artikulationen gearbeitet.

Ein Tabula-rasa-Gefühl

„Ich mache nach wie vor Realitätsbeschreibungen. Wie im Song ‚Kalte Liebe‘: Du lebst schon in diesem Text, ich hab da was gesungen, was drei Monate später eingetroffen ist. Das hat mir gezeigt, wie wahr Worte sind. Aber Angst kann nur das machen, was man nicht verträgt. ‚Kalte Liebe‘ macht mir selber ein bisschen Angst, da stehe ich selber drin. Bin Täter und Opfer. Täter der Sehnsucht und Opfer der Leidenschaft, mein eigenes Täteropfer. Was für ein Wesen habe ich da erschaffen, das mir selber die Beine weghaut?! Jeder hat seine Angstfaktoren, und wenn man an denen nicht arbeitet, fressen sie dich auf. Dann ist es zu spät. Wenn ich sie bewältige, ist es wie ein neues Leben. Das Leben ist schön. Also bloß nicht in der Nostalgie, in der Wehmütigkeit verrecken. Den identitären Kern bewahren, sich auf das Morgen freuen. Mit ‚morgen‘ meine ich alles, was nach jetzt ist. Ich habe da so ein Tabula-rasa-Gefühl. Das ist schon sehr existenziell, nichts für schwache Nerven. Aber: Schwarz kann das ab.... “

Jorinde Reznikoff / Klaus-Peter Flügel

Sprung aus den Wolken-Cd’s können bestellt werden über: www.klanggalerie.com

Was will die FAU-IAA?

Wir Anarcho-SyndikalistInnen haben die herrschaftslose, ausbeutungsfreie, auf Selbstverwaltung begründete Gesellschaft zum Ziel.

Die Selbstbestimmung in allen Lebensbereichen ist die grundlegende Idee des Anarcho-Syndikalismus.

Daher lehnen wir die Organisation unserer Interessen in zentralistisch aufgebauten Organisationen ab, da diese stets Machtkonzentration und Hierarchie bedeuten. Weder soll, noch kann mensch mit StellvertreterInnen-Politik wie sie z.B. von reformistischen Gewerkschaften, Parteien und Kirchen betrieben wird, unsere Interessen durchsetzen.



Dagegen sind wir direkt und indirekt lohnabhängigen Menschen für Selbstorganisation in unabhängigen Betriebs-, Branchen- und Ortsgruppen. Diese sind bundesweit (in der FAU) und international (in der IAA) zusammengeschlossen.

Zur Durchsetzung unserer Ziele und Forderungen dienen uns sämtliche Mittel der Direkten Aktion, wie z.B. Besetzungen, Boykotts, Streiks etc. Im Gegensatz dazu lehnen wir die parlamentarische Tätigkeit in jeglicher Form ab. Mit dieser Art von Organisation verbinden wir die Möglichkeit, Vereinzelung und Perspektivlosigkeit aufzuheben und so für eine revolutionäre Veränderung auf freiheitlicher Grundlage zu kämpfen.

Da die Macht und die Stärke des kapitalistischen Systems in der privaten bzw. staatlichen Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel und in der tagtäglichen Ausbeutung der arbeitenden Klasse begründet sind, ist der ökonomische Bereich der Hauptansatzpunkt für den antikapitalistischen Kampf.

Revolutionäre Arbeit in den Betrieben trifft den Kapitalismus nicht nur in seinen Erscheinungsformen, sondern an seiner Wurzel. Diese Arbeit kann nur erfolgreich sein, wenn in allen gesellschaftlichen Bereichen gleichzeitig revolutionäre Arbeit geleistet wird, da alle Kämpfe in einer Wechselbeziehung zueinander stehen.

Alle Menschen, die in diesem Sinne mit uns zusammenarbeiten wollen, sind uns willkommen.

Schon wieder ein neuer „Ismus"?

Des letzten Rätsels Lösung: Klassismus

Der Begriff wurde erstmals in New York um 1970 verwandt. Es war die Zeit, als sich in der Christopher Street Schwule gegen Polizeiübergriffe wehrten, als die Black Panther das revolutionäre Subjekt in den schwarzen Ghettos statt in der weißen Facharbeiterschicht fanden, als Feministinnen das Patriarchat auch in der Linken entdeckten und postulierten, dass das Private politisch sei. Klassismus (classism) und Sexismus (sexism) waren sprachliche Parallelbildungen zu Rassismus (racism). Die „Furies", ein Kollektiv von Arbeitertöchtern, konnten mit diesem Begriff eine Diskriminierungs- und Unterdrückungsform benennen, die im subjektiven Erleben Ähnlichkeit mit Rassismus und Sexismus hatte. Sie konnten mit diesem Begriff Handlungsweisen und Strukturen markieren und eigneten sich parallel zu der jungen Bewegung der militanten Schwarzen-, Frauen- und Homosexuellen-Bewegung die Benennungsmacht über ihre Identität an. Unter anderem kritisierten sie mit dem Vorwurf „classism" massiv das pseudorevolutionäre Gehabe ihrer GenossInnen aus reichem Elternhaus.

Klassismus heißt so viel wie Klassendiskriminierung, -abwertung, aber auch Ausbeutung und ökonomische Benachteiligung. Klassismus findet sich im Bildungsbereich, in der Abwertung von Geschmack und Lebensstilen, in der Gesundheitsversorgung, in der Frage, wer wen heiratet und wer mit wem zusammenwohnt, im Bereich des Wohnens, der Stadtpolitik, der Reisefreiheit, der Umweltpolitik, in der Justiz, beim Militär und in den Medien (Kontrolle, Inhalte, Zugang). Der Kapitalismus (die Art und Weise wie die Ökonomie strukturiert ist) ist durch und durch klassistisch, da hier die Klassen überhaupt erst hergestellt werden. Dass Menschen entsprechend ihrer Arbeitsbedingungen und aufgrund ihrer Herkunft arm oder reich sind, ist so selbstverständlich, dass dieser Umstand nicht als Benachteiligung oder Privilegierung wahrgenommen wird. Jemand, der arbeitslos ist, zugewandert oder „geringe Qualifikationen" hat, verdient es angeblich nichts anderes als arm zu sein und ein hierarchisches Gebäude von Chefs über sich zu haben. Diese klassenspezifische Zuordnung haben wir derart verinnerlicht, dass ungleiches Vermögen bestenfalls dann als Benachteiligung oder gar Diskriminierung gewertet wird, wenn diese Benachteiligungen aufgrund von ras-



sistischen, sexistischen oder behindertenfeindlichen Gründen stattfindet.

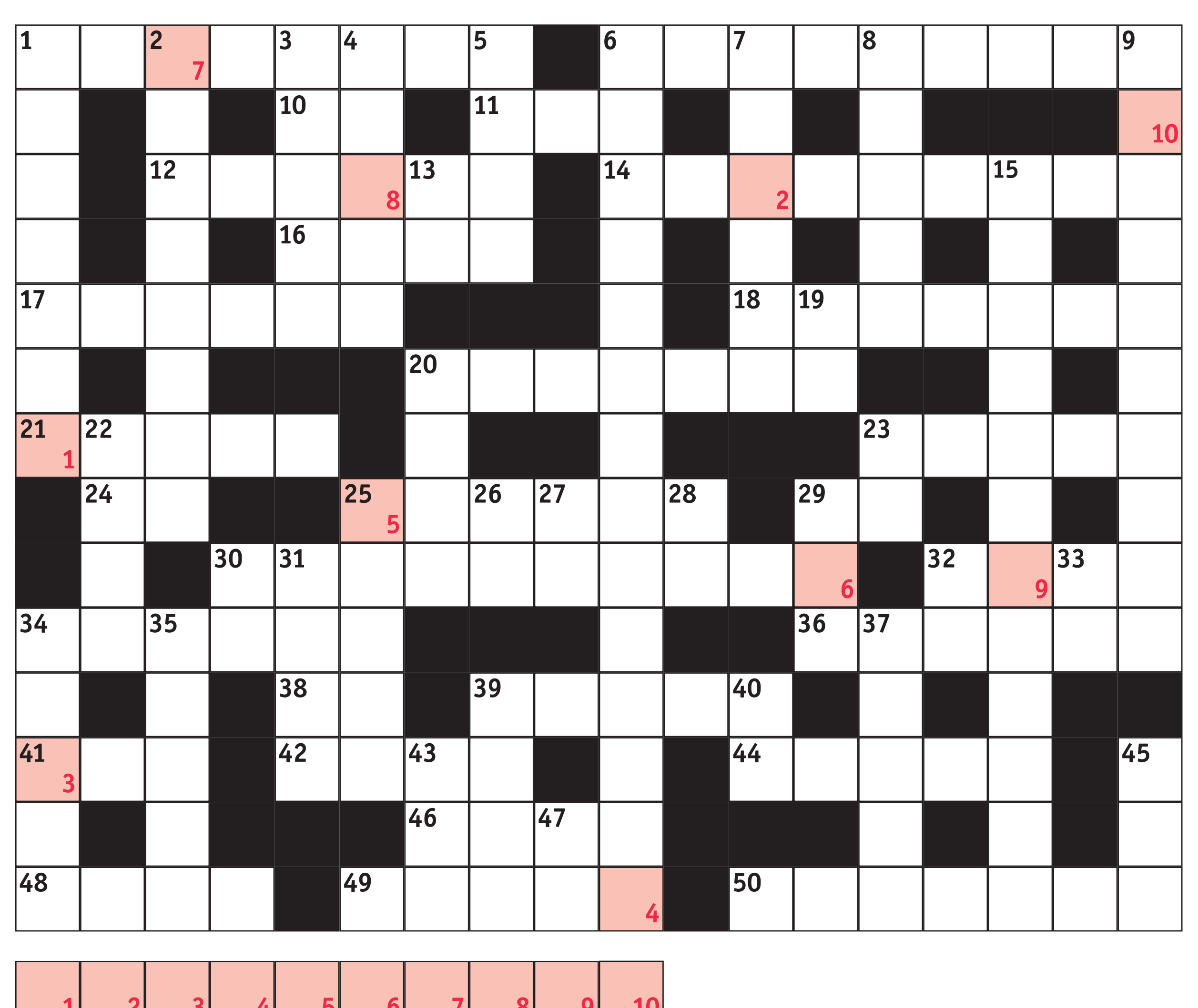
Der US-amerikanische Ökonom Chuck Barone möchte mit dem Begriff „Klassismus" ökonomische Fragen in die Diskriminierungsdebatten einbringen. Dies gestaltet sich schwierig, da im Diskriminierungskontext klassenspezifische Fragen in der Regel ausgegrenzt werden. So wurden alle Klassenfragen aus den EU-Antidiskriminierungs-Richtlinien herausgehalten, obwohl dies nicht nur im Widerspruch zum Grundgesetz und zur EU-Charta steht, wo ausdrücklich erwähnt wird, dass niemand aufgrund seiner sozialen Herkunft benachteiligt werden darf, sondern auch zu aktuellen Erhebungen über Diskriminierung.

Eine Langzeitstudie aus Bielefeld zur gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit nahm nacheinander „Obdachlosenabwertung" und „Langzeitarbeitslosenabwertung" in ihre Untersuchung auf und stellte fest, dass Deutschland sich von einer Marktwirtschaft zu einer Marktgesellschaft entwickelt habe. Gruppenbezogene Abwertungen vollziehen sich demnach immer stärker anhand der vermeintlichen ökonomischen Nützlichkeit von Menschen. Menschen mit Behinderungen, Obdachlose und Arbeitslose seien daher stärker von Abwertungen betroffen als andere Gruppen.

Klassismus ist die allzu gern übersehene Diskriminierung, die Alltag, Beruf und Arbeitslosigkeit mindestens so sehr durchzieht wie Rassismus und Geschlechterdiskriminierung.

Andreas Kemper

Sozialrevolutionäres Kreuzworträtsel Nr. 63



Waagerecht

1. Protestform der virtuellen Gesellschaft 6. sehr frech 10. Kfz-Kennzeichen für Aalen 11. kurz für Ökologe/Ökologin, Ökofreak usw. 12. ein Mittelgebirge, beliebtes Ausflugsziel der Rhein-Main-Region 14. Verhütungsmittel, das den männlichen Samen abtötet 16. drei Palindrome: Bauer Otto und Bäuerin Anna mit der alten ~ 17. im Fußball: VerteidigerIn, die je nach Situation auch im Angriff spielen kann 18. österreichisch für Pflege, sorgende Aufsicht (bes. amtlich) 20. unter Einwirkung von Bakterien hergestellte, eingedickte Milch 21. zunächst Sozialdemokrat, später Rätekommunist und führender Kopf der AAU-E (1874-1943), verfasste u.a. *„Die Revolution ist keine Parteisache"*, Vorname: Otto 23. Kinderlähmung <Kurzform des medizinischen Namens> 24. Kfz-Kennzeichen für Bonn 25. wilde Streiks und selbstverwaltete Betriebe sind für die Machthabenden gefährlich, weil sie ~ machen können 29. Fragewort 30. diese „Ruhestörung" kommt meistens in Verbindung mit Autokorsos nach Sportveranstaltungen und Hochzeiten vor, könnte sich aber zu bestimmten Anlässen zu einer kollektiven Protestform von KraftfahrerInnen entwickeln... 32. NATO-Bezeichnung für eine sowjetische bzw. russische Boden-Boden-Rakete 34. deutscher Kfz-Mechaniker mazedonischer Abstammung, der im Jahr 2000 mit seiner Teilnahme an der ersten Staffel der Fernsehshow *Big Brother* kurzzeitig Bekanntheit erreichte <Vorname> 36. mundartlicher Begriff für Hoden 38. Länderkürzel für Argentinien 39. ein Mineral 41. was jeder Matrose macht: *zur ~ fahren* 42. beinahe Dauerzustand auf manchen Straßen 44. „Insekt", das einige von uns garantiert in der Wohnung haben 46. größter Schweizer Nebenfluss des Rheins 48. Schornstein, im Österreichischen ein offener Kamin 49. multinationaler Konzern <abwertend> 50. EU-Grenzschutzagentur, die v.a. durch militärische Flüchtlings-Abwehrmaßnahmen in der Mittelmeer-Region immer wieder auffällt.

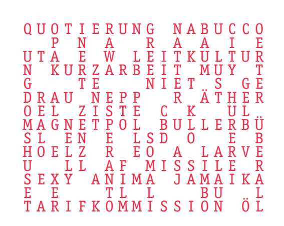
Hinweis zum Rätsel: Umlaute (ä, ö, ü) bleiben, das ß wird (falls vorhanden) als „ss" geschrieben.

Senkrecht

1. alte Bezeichnung für jemanden, der sich am Eigentum des Grundherrn oder der Kirche vergeht (Wilderer, Holzdieb) 2. die Band *Kraftwerk* veröffentlichte 1974 dieses erste Album des Elektropop 3. Beruf im Bergbau 4. tropische Frucht 5. Spätwerk Friedrich Nietzsches: *„Jenseits von Gut und ~"* 6. großer Datensatz mit Angaben über MitarbeiterInnen des Auslandsnachrichtendienstes der DDR; in der Wendezeit gelangten die Daten in die Hände der CIA 7. Stahlschrank für Geld und Wertsachen, der in Gangsterfilmen gerne gesprengt wird 8. großartig, herrlich 9. Investmentfonds mit hohem Risiko, eine Triebfeder des Turbokapitalismus 13. Top-Level-Domain von Uganda 15. was in jeder intimen Beziehung gut tut 19. großes britisches Telekommunikationsunternehmen, das auch auf dem deutschen Markt vertreten ist: ~ Group <Abk.> 20. Karnevalsnarr 22. viele Menschen, die das System Scheiße finde, gehen trotzdem wählen und machen ihr Kreuzchen bei der SPD (oder Der Linken oder den Grünen) als „geringstem ~" 23. Fluss in Norditalien 25. umsatzstarker Wirtschaftszweig (auch ohne Doping, Wetten und Spielmanipulation!) 26. vietnamesischer Kommunist (1890-1969): ~ *Chi-minh* 27. eine deutsche Abkürzung für die Vereinten Nationen 28. Länderkürzel für Estland 29. eine von den reichsten Industrienationen geschaffene Institution, die die Ausbeutung armer Länder vertraglich absichert und marktideologisch begleitet, um die Globalisierung durchzusetzen <engl. Abk.> 30. Was haben die Wörter „acht" und „näht" gemeinsam? 31. Erlass des Zaren; Verordnung <russ.> 32. Kfz-Kennzeichen für Schwabach 34. mit Flüssigkeit gefüllte Geschwulst 35. Vorderseite einer Münze, Medaille 37. Musikstück mit mehrmals wiederkehrendem Hauptthema <ital.> 39. im Sommer 2009 lief eine Antiwahl-Kampagne unter dem Motto *Yes We Can. Kapitalismus abschaffen;* und da das „Superwahljahr" so ätzend war, tauchte auch der bekannte Spruch auf: *Die ~ der Wahl* 40. Kfz-Kennzeichen für Zweibrücken 43. rätekommunistische Organisation während der Weimarer Republik <Abk.> 45. das im Sommer 2007 eingeführte Paket von Überwachungsmaßnahmen wird manchmal scherzhaft als ~ *Schäuble* bezeichnet <lateinisch für „Gesetz"> 47. Raumtemperatur <Abk.>

Wieder gibt es ein DA-Abo (sechs Ausgaben) zu gewinnen. Das Lösungswort könnt ihr der DA-Aboverwaltung schicken, entweder per E-Mail <da-abo@fau.org> oder per Post (DA-Aboverwaltung, c/o FAU München, Schwanthaler Str. 139 Rgb, 80339 München).
Der/Die Gewinner/in des letzten Rätsels wird in der nächsten Ausgabe an dieser Stelle nachgereicht.

Auflösung # 62



DIREKTE AKTION
anarchosyndikalistische Zeitung

anarchosyndikalistische Zeitung der Freien ArbeiterInnen Union (FAU-IAA)

Direkte Aktion
c/o FAU München
Schwanthaler Str. 139 Rgb
80339 München

ISSN 0949-1872

Redaktionsanschriften:
BuG: da-bug@fau.org
Globales: da-globales@fau.org
Hintergrund: da-hintergrund@fau.org
Kultur: da-kultur@fau.org
Zeitlupe: da-zeitlupe@fau.org
Schlussredaktion: da-schlussredaktion@fau.org

Verleger:
Direkte Aktion e.V.,
c/o DFG-VK, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt/M.

ViSdP: Holger Marcks

Druck: Union Druck Berlin

Redaktionsschluss DA 198: 12. Februar 2010